



1. Juni 1918.

Band LV, Heft 5.



Österreichische Rundschau

Mitbegründet von Dr. Alfred Freiherrn v. Berger

herausgegeben von

Leopold Freiherrn v. Chlumecky

(Politik)

Dr. Karl Glossy

(Literatur, Wissenschaft und Kunst)

Dr. Felix Freiherrn v. Oppenheimer

(Volkswirtschaft und soziale Fragen)

6 Hefte vierteljährlich K 6.— = M. 6.—, einzeln K 1.— = M. 1.—.

Am 1. u. 15. jeden Monates erscheint ein Heft von durchschnittlich 5 Bogen.

Inhalt:

	Seite
Geheime Diplomatie	Von Pertinax 193
Der Vertrag von Brest-Litowsk und das Cholmer-Land.	
Von Herrenhausmitglied Hofrat Alexander Barwinski	200
Der Weltkrieg und die immanenten Gesetze der Geschichte.	
Von Heinrich Margulies	208
Geldsorgen und Finanzpläne eines großen Feldherrn (Schluß).	
Von Dr. Max Reinitz	216
Hundert Jahre Marienbad.	
Nach Chroniken und Briefen von Lola Lorme	221
Feuilleton: „Die Neue Schweiz“.	
Von Friederike Marie von Winternitz	225
Rundschau: Volkswirtschaftliche Rundschau. Von Walter Federn. — Neue Erzählungen. Von Prof. Dr. Alexander von Weilen. — Zur Geschichte der öffentlichen Beleuchtung Wiens. Von —ss—. — Wiener Bühnen. Von Theodor Antropp	227

Wien und Leipzig, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Fromme, Ges. m. b. H.
 Für Deutschland: Georg Stilke, Holzbuchhändler Sr. k. u. k. Hoheit des Kronprinzen
 des Deutschen Reiches und von Preußen. Berlin N. W. 7.
 Redaktion und Administration, Wien I., Bräunerstraße 4/6. Telephon Nr. 10817.



Erste k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.



Gegr. 1828. — Aktienkapital 60,480,000. — 47 Personendampfer. — Personendienst 255 km. — 92 Frachtdampfer. — Frachtdienst 4104 km.

859 Schleppe. — 247 Stationen und Ladestellen

Eisenschiffverkehr:

täglich zwischen Linz—Wien in beiden Richtungen mit luxuriös ausgestatteten Eisdampfern. (Verkehrs-Saison laut Fahrplan.)

Personenschiff (Postschiff-) Verkehr*)

mittels Salendampfern (Separatkabinen, vorzügliche Restauration) (Verkehrs-Saison laut Fahrplänen) täglich zwischen Passau—Linz—Wien—Füzessy (Friedburg)—Budapest—Mehács—Zemur—Belgrad;

dreimal wöchentlich zwischen Szeged—Titel—Zemur; ferner Personen- (Postschiff-) Fahrten zwischen Belgrad—Orsova (Eisernes Tor)—Tura Severin—Lom (Bahnanschluss Sofia)—Giurgiu (Bahnanschluss Bukarest—Russe (Bahnanschluss Varas)—Cernavoda (Bahnanschluss Konstanza)—Braila—Galatz—Sulina (Schwarzes Meer).

Zusammenstellbare Rundreise-Fahrscheinhefte sind für die Benützung obiger Dampfschifflinien bei den Fahrschein-Ausgabestellen erhältlich.

Auskünfte aller Art über den Personenverkehr enthält der von der Direktion herausgegebene „Donauführer“, welcher gratis versendet wird.

Frachtschiffverkehr*).

Fahrplanmäßige Frachtschiffahrten auf der Donau zwischen Regensburg und Sulina, in der Save, Theiß, Drau, im Béga, Franzens- und Franz Josefs-Kanal.

Lagerhäuser in Regensburg, Passau, Linz, Wien und Bosn. — Schiffswerften und Füllwerkstätten in Kornsburg, Wien, Budapest, Öbuda, Zemun, Orsova, Galatz.

Auskünfte erteilt die

Direktion in Wien III., Hintere Zollamtsstr. 1.

*) Für Kriegsdauer ist der Verkehr auf einzelnen Strecken geschlossen. Dessenbezüglich gelten die jeweils einschlägigen Kundmachungen.

Wien, im April 1918.

A. E. G.-UNION

Elektrizitäts-Gesellschaft

Zentrale: Wien VI., Rahlhof.

Fabrik: Wien XXI.,

Hirschstetten-Stadlau.



Turbodynamos — Elektr. Zentralen — Elektr. Licht- und Kraftanlagen — Elektr. Vollbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahnen, Industriebahnen — Elektr. Förderanlagen — Krane u. Aufzüge — Elektromotoren — Ventilatoren u. Ventilationsanlagen — Alle elektrotechn. Bedarfsartikel, Bogenlampen, Glühlampen etc.

Gräf & Stift-Lastwagen

haben ihre vorzügliche Qualität durch einzig dastehende Leistungen „im Kriege bewiesen“

Fabrik: Wien XIX., Weinberggasse 70/76

Niederlage: Wien I., Franzensring 16

SÜDBAHNHOTEL SEMMERING

2 Stunden von Wien, 1000m Seehöhe, Hotel ersten Ranges, 300 Zimmer, das ganze Jahr offen, völlig windgeschützt :: Lage, herrliches Alpenpanorama ::

Erstklassiges Restaurant, Neues Café

Mit aussichtsreichen Terrassen. Treffliches Terrain für alle Arten von Sommer- und Wintersport.

Die Hotelverwaltung.

K. k. privilegierte Versicherungs-Gesellschaft

Oesterreichischer Phönix in Wien

Gegründet 1860.

Direktion: Wien I., Riemergasse 2.

Feuerversicherung, Einbruchversicherung, Hagelversicherung zu vorteilhaftesten Bedingungen, Vertretungen in allen größeren Orten der Monarchie.

K. k. priv. Lebensversicherungs-Gesellschaft

Oesterreichischer Phönix in Wien

Lebensversicherung Ausstreuversicherung Leibrenten

Gewinnanteil mit Garantie 3prozentiger Prämien-Vorzinsung. — Prämienbefreiung und Rentenbezug im Falle der Invalidität. — Kostenfreie Kriegsversicherung. — Reisen nach allen Teilen der Erde frei. — Unanfechtbare, unverfallbare Polize.

Einbanddecken

zum Band LIV, sowie zu allen früheren Bänden der ÖSTERREICHISCHEN RUNDschau können zum Preise von K 4.— (mit Postensendung K 4.80) durch alle Buchhandlungen, den Verlag und die Administration der Österreichischen Rundschau, Wien I., Bräunerstraße 4—6 bezogen werden.

Juni-Heft soeben erschienen!

„Das neue Europa“

heißt die aktuellste internationale Monatsschrift (Zürich, Schweizer Druck- und Verlagshaus), die jedermann kaufen, abonnieren, lesen müßte. — Abonnement nur Fr. 5.— pro Jahr. — Einzelverkauf durch jede Buchhandlung.

K. k. priv. Bank und Wechselstuben-Aktion-Gesellschaft

WIEN I., „MERCUR“ Wollzeile 1.

Reservfond und Aktienkapital: K 120,000,000.

Kulanteste Durchführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen, insbesondere: An- und Verkauf aller Gattungen Renten, Obligationen, Staatspapiere, Aktien, Prioritäten, Pfandbriefe, Lose sowie von Devisen, Valuten und Münzen etc. Vermietung von Stahlschrankfächern (Safe-Deposits). Spareinlagen auf Buchel von K 100 anfw. Die Rentensteuer trägt die Bank. Abonnement auf das Verlosungsblatt „Mercur“ und dem „Anzeiger aufgehobener Wertpapiere und ähnlicher Urkunden“ (gemäß kais. Verordnung vom 31. August 1915 im amtl. Auftrage herausgegeben). Börsenordere für die Wiener und alle ausländischen Börsen. Auskünfte auf alle mündlichen und schriftlichen Anfragen, die sich auf bank- und börsenmäßige Transaktionen beziehen, kostenfrei. Geschäftsstelle der k. k. Klassenlotterie.



Geheime Diplomatie.

Von Bertinax.

Sie maximalistische Regierung Rußlands hat die Abschaffung der geheimen Diplomatie zu einem ihrer wichtigsten Programmpunkte gemacht. Sie ist gleich selbst mit gutem Beispiel vorangegangen und hat einen Teil des Notenwechsels des früheren Regimes veröffentlicht. Der Ausdruck „geheime Diplomatie“ hat einen solchen Klang, daß wir uns erst recht besinnen müssen, ob sich denn so etwas, an die längst vergangene Zeit des Absolutismus Gemahnendes bis in unser heutiges demokratisches Zeitalter erhalten konnte! Wir haben es hier nicht etwa mit einem überlieferten, archaisischen Ausdruck ohne Inhalt zu tun, denn der Ausdruck „geheime Diplomatie“ ist neu und stellt eine das Wesen, nicht die Form betreffende Kritik dar. Mit einem Wort: die Diplomatie ist bis zu einem gewissen Grade auch heute noch „geheim“ — genau so, wie sie es im siebzehnten oder achtzehnten Jahrhundert war — sie wird nicht bloß so genannt.

Der Antrag auf Abschaffung einer solchen Institution, an welcher die Entwicklung des demokratischen Prinzips offenbar spurlos vorüberging, ist eigentlich nichts anderes als die logische Konsequenz jedes radikal demokratischen Programms.

Das Schlagwort von der Abschaffung der geheimen Diplomatie hat auch sonst ungemein rasch Beachtung und Anhänger gefunden. Es ist nur allzu begreiflich, daß die furchtbar heimgesuchten Volksmassen, welche seit bald vier Jahren die ungeheuren, immer drückender werdenden Lasten des Krieges zu tragen haben, sich mit Schauern an die Augusttage des Jahres 1914 zurück-erinnern, an welchen die Diplomatie den Völkern Europas den Frieden nahm und den Krieg gab, der allmählich zum heutigen Weltbrand empor-schwoll. Die zahllosen Schriften und Veröffentlichungen über den diplomatischen Notenwechsel, welcher den Kriegserklärungen unmittelbar vorausgegangen ist, sind nicht danach angetan, die Völker zu beruhigen — sie können vielleicht uns (den Zentralmächten), manche Beruhigung bezüglich der Schuldfrage an dem Krieg überhaupt bieten — aber sie zeigen anderseits nur allzu deutlich, wie wenige Hände an dem Abreißen der Fäden des Friedens beteiligt waren.

Unter „Diplomaten“ im weiteren Sinne des Wortes verstehen wir im allgemeinen alle Organe, denen die Pflege der Beziehungen zu anderen Staaten

obliegt. Wir fassen diesen Begriff absichtlich — gegen die allgemeine Gepflogenheit — so weit als möglich, da wir uns die Frage, ob „geheim“ oder „nicht geheim“, bezüglich aller zwischenstaatlichen, insbesondere auch bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen vorlegen wollen. Unter den Begriff „Diplomatie“ möchten wir daher die ganze Beamtenhierarchie des Auswärtigen Dienstes subsumieren, vom Minister des Äußern und Botschafter, welche ihre Unterschriften unter Staatsverträge setzen, angefangen bis zum Konsularfunktionär, welcher dem heimischen Handel im Auslande hilft und seinen Staatsangehörigen an die Hand geht.

Der Diplomat war ursprünglich der bloße Abgesandte seines Souveräns am Hofe eines anderen Souveräns, seine Stellung war eine rein persönliche, seine Tätigkeit und der Zweck seiner Mission waren wohl meist recht geringfügig und belanglos und angesichts des privaten und diskreten Inhalts seinem Volke auch gewöhnlich nicht bekannt. Hier finden wir die Wurzel der „geheimen“ Diplomatie.

Im Verlaufe der Zeit trat der persönliche Charakter in der Stellung des Diplomaten zurück, er wurde immer mehr Abgesandter seines Staates, seines Volkes — nur was die äußere Form anlangt, blieb bei diplomatischen Funktionären von gewissen hohen Rängen das alte Zeremoniell erhalten. In dem Maße als die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten immer zahlreicher und vielgestaltiger wurden, vermehrten sich die Agenden und wuchs die Arbeit der Diplomatie. Heute gehen durch ihre Hände alle Fäden, welche den Staat mit anderen Staaten verbinden; die Diplomaten spinnen diese Fäden an, festigen oder lockern und zerreißen sie, wie wir wissen, gegebenenfalls in erstaunlich kurzer Zeit. Die Diplomaten entwerfen und beraten die Staatsverträge, konzipieren und verabreden alle Offensiv- und Defensivbündnisse, alle wirtschaftlichen Verträge und Kampfmaßnahmen, sie führen alle Verhandlungen, die dem Abbruch oder der Wiederaufnahme der Beziehungen vorausgehen, sie bestimmen alle Einzelheiten der Friedensverträge (Gebietserwerb oder Abtretung, Tausch, Kriegsentuschädigung, Wiederherstellung, Kriegsgefangenenangelegenheiten, wirtschaftliche und finanzielle Abmachungen und dergleichen mehr), kurz die Diplomaten lösen und entscheiden Fragen, erwerben Rechte und gehen Verpflichtungen ein, welche die Völker und den ganzen Staat eventuell auf Generationen hinaus belasten — glücklich oder unglücklich machen.

Die Art der Beziehungen zwischen zwei Staaten ist in letzter Linie in der geschichtlichen Entwicklung der betreffenden Völker begründet. Vom demokratischen Gesichtspunkte aus ist der anzustrebende Idealzustand der, daß die Beziehungen zwischen zwei Staaten gewissermaßen nur eine Funktion des beiderseitigen Volkswillens und Volksvermögens darstellen. Diesen theoretischen Idealzustand könnte man erreichen, wenn man die diplomatischen Organe vollständig ausschalten oder zum mindesten die Selbständigkeit ihres Handelns so einschränken würde, daß sich die Volksvertretungen selbst ihre Politik machen. Inwieweit dies praktisch möglich und durchführbar ist, wollen wir weiter unten untersuchen.

Wenn wir auf das Altertum zurückgehen, so finden wir, daß sich damals

die Beziehungen zwischen den Staaten tatsächlich meist nach dem Willen der Völker richteten, es war fast jeder Krieg populär, denn dies waren Kriege, welche die Völker gegeneinander, im natürlichen Entwicklungskampfe um die Vorherrschaft oder um die Existenz geführt haben.

Schon im frühen Mittelalter, zur Zeit der ersten Kreuzzüge, begannen die Sendboten der Staaten eine größere Rolle zu spielen, als sie im Auftrage ihrer Herrscher Verblündete zum gemeinsamen Zug gegen die Türken zu gewinnen trachteten. Die Weiterentwicklung und Schulung des Diplomatenstandes machte zur Zeit des Streites zwischen Kaiser und Papst um die Investitur bedeutende Fortschritte. Die zahlreichen Römerzüge der deutschen Kaiser waren keine Kriege von Volk gegen Volk, denn der Papst repräsentierte kein Volk, keinen Staat, der aus der Notwendigkeit seiner inneren Entwicklung heraus zum Kriege gegen die deutschen Kaiser trieb. Das Papsttum war darauf angewiesen, durch die Kunst seiner geistlichen und weltlichen Diplomatie andere Völker und Staaten zum Kriege gegen Kaiser und Reich anzustiften, Staaten, deren staatliche und nationale Entwicklung sehr oft vom Deutschen Reiche gar nicht behindert wurde. Es hat auch später noch Volkskriege gegeben, und es wäre eine schwere Aufgabe, festzustellen, wie viel sich von den Ereignissen der Weltgeschichte nach dem Mehrheitswillen der Völker vollzogen hat und wie viel davon auf das Konto der Tätigkeit der Diplomatie zu setzen ist. Es ist natürlich nicht möglich, diese Differenzierung strenge durchzuführen, denn schließlich sind ja auch die Diplomaten Kinder ihres Volkes und unterliegen, wenn auch nur unbewußt, bis zu einem gewissen Grade den Einflüssen und Ideen der führenden Männer ihres Volkes und Staates, dem sie dienen.

Charles Dupuis schildert uns in seinem ausgezeichneten, in der heutigen Zeit doppelt interessanten Buche *Le principe d'équilibre et le Concert Européen de la paix de Westphalie à l'acte d'Algésiras* (Paris 1909), welche ausgesprochen persönlichen, für Staat und Volk völlig nichtigen, unmaßgeblichen und gefährlichen Beweggründe und Ideen die Triebkräfte der Diplomatenpolitik sein können. Es muß sich ja gar nicht immer um die Interessen der diplomatischen Funktionäre selbst handeln: Die Macht des Finanzkapitals reicht heute weit, so weit, daß sie sehr oft der ganzen Außenpolitik eines Staates ihre Richtung gibt*.

Der Großkapitalismus hat überall seine Fäden und Beziehungen und auf jeden Fall mehr Möglichkeiten, die Männer, welche das Steuer der Außenpolitik führen, zu beeinflussen, als das Volk, auf dem die Folgen der diplomatischen Tätigkeit lasten. Die Außenpolitik der Staaten ist aus der kapitalistischen Wirtschaft hervorgegangen und kommt immer mehr und mehr in die Einflußsphäre und in die Gewalt des Kapitals, wie uns Rudolf Goldscheid in seinem trefflichen Buche: „Das Verhältnis der äußern Politik zur innern (Ein Beitrag zur Soziologie des Weltkrieges und Weltfriedens)“ so klar veranschaulicht. Wenn die Tätigkeit der Diplomatie überdies eine „geheime“ ist, so gerät dadurch die Außenpolitik noch mehr in die Hand von

* Eduard Bernstein, „Sozialdemokratische Völkerpolitik und die Frage Europa“. (Leipzig 1917.)

sozialen Oberklassen (Geburtsaristokratie und Hochfinanz), eine Tatsache, welche dem Kampf zwischen den sozialen Schichten neue Nahrung zuführt. Es interessiert uns daher sehr, auch von dem Gesichtspunkte der sozialen Frage aus betrachtet, festzustellen, ob der Ausdruck „geheime Diplomatie“ den wirklichen Tatsachen entspricht.

Das Epitheton „geheim“ kann auf zweierlei Art ausgelegt werden: entweder hat man darunter zu verstehen, daß die Tätigkeit jener Menschen, welche die mannigfachen internationalen Beziehungen in ihren Händen vereinigen und die Vorteile und Interessen ihres Staates gegenüber anderen Staaten zu wahren haben, diesen dritten Staaten gegenüber geheimgehalten werden müsse, oder man spricht von „geheimer Diplomatie“ deshalb, weil die Tätigkeit der Diplomatie auch vor der Mehrheit ihres eigenen Volkes geheim gehalten wird, und sie über ihre Handlungen und Unterlassungen ihr Staatsoberhaupt und höchstens noch einige wenige Auserwählte orientieren.

Bezüglich der erstgenannten Auslegung glaube ich, daß die Geheimhaltung der Tätigkeit der Diplomaten eines Staates gegenüber anderen Staaten und deren Diplomatie eine ebensolche Selbstverständlichkeit ist, als die Wahrung des Berufsgeheimnisses durch einen Anwalt. Auch dieser wird sich im natürlichen Interesse seines Klienten wohl hüten, seine Absichten und Handlungen der Gegenseite und deren Vertretern preiszugeben. Mögen zwei Staaten noch so friedlich nebeneinander leben und noch so gut miteinander auskommen, es wird immer eine Anzahl von Interessengegensätzen und strittigen Punkten zwischen ihnen geben, so daß das Verhältnis zwischen den beiderseitigen Diplomaten tatsächlich mit jenem zwischen gegnerischen Anwälten verglichen werden kann.

In diesem ersterwähnten Sinne wäre demnach gegen die „geheime“ Diplomatie nichts einzuwenden, die Geheimhaltung, welche auch in dieser Beziehung, d. h. anderen Staaten gegenüber von manchen angefochten wird, liegt eigentlich schon im Wesen des diplomatischen Berufs begründet und ist auch zweifellos mit den demokratischen Prinzipien verträglich.

Anders verhält sich die Sache, wenn wir den Begriff „geheime Diplomatie“ in dem zweiterwähnten, strengeren Sinne interpretieren, d. h. so, daß kein Schritt eines Diplomaten ohne Kenntnis und ohne Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren erfolgen darf. Das Wesen des diplomatischen Berufes ist so geartet, daß die Kontrolle durch die Volksvertretung oder deren Organe in den allermeisten Fällen nur im nachhinein, erfolgen kann, da die oben dargelegte Notwendigkeit der strengen Geheimhaltung nach außen hin (nämlich dritten Staaten gegenüber) eine Überwachung der Tätigkeit von diplomatischen Funktionären, so lange eine Aktion im Zuge ist, beinahe unmöglich macht. Zweifellos wäre es die anstrebenswerte ideale Lösung, daß sich die Außenpolitik eines Staates immer nach dem Mehrheitswillen seines Volkes richtet, was zur Voraussetzung haben müßte, daß kein Schritt der Diplomaten ohne Wissen und Willen der Volksvertretung geschieht, eine Forderung, die George Bernard Shaw in seinem im Jahre 1916 erschienenen Artikel »Commonsense about the War« in vollem Ernste er-

hebt, die aber in der Praxis äußerst schwer oder besser gesagt, gar nicht durchführbar ist — ebensowenig als bei einer großen Aktiengesellschaft die Gesamtheit der Aktionäre, beziehungsweise deren Majorität die Geschäfte führt, sondern bloß einige wenige Direkteren oder Verwaltungsratsmitglieder, welche zumeist auch nur im nachhinein der Generalversammlung Bericht erstatten. Beides, Volksvertretung und Gesamtheit der Aktionäre, sind zu schwerfällige Organe, um selbst die Politik zu machen, beziehungsweise selbst die Geschäfte zu führen, sie sind aber auch zu schwerfällig, um das ihnen ja zweifellos zustehende Recht der Kontrolle über die Tätigkeit ihrer Geschäftsführer über ein gewisses Maß hinaus auszuüben, ohne jene dabei zu behindern und der Sache selbst zu schaden. Eine regelrechte, den demokratischen Grundsätzen vollkommen entsprechende Kontrolle der Außenpolitik durch die Volksvertretung oder deren Organe praktisch durchzuführen, ist eine technisch sehr schwer zu lösende Aufgabe, sie ist, wie Ed. Bernstein sehr treffend bemerkt, „selbst in parlamentarisch regierten Ländern noch ein großes Fragezeichen“. Der Zwang zur Berichterstattung an die Volksvertretung oder an deren Vertrauensmänner ist ein nur recht unvollkommenes Mittel, um dem Prinzip der parlamentarischen Kontrolle und Obergewalt über die Außenpolitik zur Geltung zu verhelfen, da das Maß der Aufklärung, welches der Volksvertretung gegeben wird, vom Ermessen der diplomatischen Funktionäre selbst abhängt. Eine parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung bei allen Verträgen und schriftlich fixierten Abmachungen ließe sich noch leichter durchführen und im Verfassungsrechte festlegen — der größere und meist wichtigere Teil der diplomatischen Tätigkeit, der nicht auf dem Papier zum Ausdruck kommt, das Unausgesprochene, das in den Verträgen zwischen den Zeilen zu lesen ist, all das ist wohl jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen. Die einzige Gewähr dafür, daß dieser faktisch unkontrollierbare Komplex diplomatischer Tätigkeit den Intentionen der Volksvertretung entspricht, ist die Persönlichkeit der Diplomaten selbst.

Nach demokratischer Auffassung sind die Diplomaten Geschäftsführer ihres Staatsoberhauptes und ihres Volkes; die beiden gesetzgebenden Faktoren sind ihre Klienten, deren Interessen sie unbedingt und überall zu wahren und miteinander in Einklang zu bringen haben. Die Diplomaten sind (oder sollen sein!) aber auch sachkundiger und erfahrener und aus der Tatsache ihres beruflichen Sachverständnisses und ihrer Erfahrung ist ihr Recht und wohl auch ihre Pflicht nach einer gewissen Selbständigkeit des Handelns abzuleiten.

Wie wir in der jüngsten Zeit oft sehen konnten, ist es nicht zweckmäßig und gar nicht im Interesse des Volkes selbst gelegen, daß die breiten Bevölkerungsschichten über alle Einzelheiten der diplomatischen Tätigkeit, insbesondere über alle Phasen diplomatischer Verhandlungen genau unterrichtet werden, da sie oft gar nicht in der Lage sind, den Sinn der betreffenden offiziellen Preßberichte richtig zu verstehen und das Wesentliche vom Nebensächlichen zu sondern. Einerseits lassen sie sich dabei über scheinbare Mißerfolge oder bloß über das bisherige Ausbleiben des erwarteten Erfolges allzusehr aufregen oder deprimieren — andererseits verfallen sie auch durch allzu optimistische Interpretation einzelner günstiger Nachrichten häufig in das andere Extrem und geben

sich übertrieben rosigten Hoffnungen hin, denen unvermeidliche Enttäuschungen folgen müssen.

Die Presse hat hier eine schwere Aufgabe zu bewältigen — sie soll nach außen möglichst wenig durchdringen lassen — und trotzdem die Bevölkerung des eigenen Staates möglichst genau und gemeinverständlich informieren. Diese Aufgabe kann nur mit Anwendung großer Sorgfalt und Vorsicht halbwegs glücklich gelöst werden. Hierbei bedarf die Presse einer sehr taktvollen Leitung und Beratung von Seite jener sachkundigen diplomatischen Funktionäre, welche in der Lage sind, die Wirkungen der heimischen Pressenachrichten auf das Ausland richtig zu beurteilen und dementsprechend die Veröffentlichung gewisser Nachrichten zu modifizieren und gegebenenfalls ganz zu unterdrücken.

Die Pressezensur, welche die Diplomaten in der Zentralleitung aus den vorgenannten Rücksichten und nach den erwähnten Gesichtspunkten ausüben, ist ein unbedingt notwendiges Requisit der Außenpolitik, und es wäre unklug und den eigenen Interessen widersprechend, wenn eine Volksvertretung die Existenzberechtigung dieser Institution in Frage stellen würde. Aus was immer für Gesichtspunkten eine Pressezensur erfolgen mag, sie stellt stets eine gewisse Einschränkung des obersten Prinzips der Pressfreiheit dar und bildet in der Hand untauglicher Funktionäre eine Gefahr für das demokratische System. Aus diesem Grunde erfordert die Stellung dieser Beamten ein qualifiziertes Taktgefühl, ein Maßhalten und ein besonderes Geschick, welches hauptsächlich darin zu bestehen hat, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Eingriffe stets vertreten und plausibel machen zu können.

Die Volksvertretung kann und soll auf ihrem unbestreitbaren Recht bestehen, daß sich die Außenpolitik in der großen Linie nach ihren Intentionen richte, sie möge ihrem Recht auf Kontrolle und Oberaufsicht vielleicht in einem weitergehenden Maße als bisher zum Durchbruch verhelfen, dadurch, daß sie sich in Geheimausschüssen, welche aus ihren Vertrauensmännern bestehen, noch regelmäßiger berichten läßt und mit den diplomatischen Funktionären in nähere Fühlung zu kommen sucht, als es bisher der Fall war, dadurch, daß sie insbesondere beim Abschluß wichtiger Staatsverträge, bei der Entscheidung über Krieg und Frieden u. d. d. diplomatischen Funktionären besondere Vertrauensmänner beigibt, endlich dadurch, daß sie den ganzen Diplomatenstand auf eine etwas demokratischere Grundlage stellt und ihn entsprechend reorganisiert (was übrigens das Wichtigste wäre). Alles das kann und soll die Volksvertretung tun — nur kleinlich darf sie nicht sein, sie soll sich nicht um die diplomatische „Exekutive“ kümmern und soll nicht den Diplomaten, denen sie sich nun einmal anvertraut hat, durch fortwährendes Rechenschaftsfordern die Ausübung ihres ohnehin nicht leichten Berufes erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Die Willensemanationen der Volksvertretung eines jeden Staates ändern sich leicht und sind starken Schwankungen unterworfen. Die Außenpolitik eines Staates muß jedoch eine gewisse Gleichmäßigkeit und ein Zielbewußtsein aufweisen, sie soll, mit einem Wort, einen „Zug“ haben. Das kann nur

der Fall sein, wenn von der Außenpolitik alle innerpolitischen Parteikämpfe, mögen sie nationaler, wirtschaftlicher oder konfessioneller Art sein, vollständig ferngehalten werden.

Der enge Konnex, der zwischen der äußeren und inneren Politik besteht, wurde in verblüffend klarer Weise von Rudolf Goldscheid in seinem bereits oben erwähnten Buche: „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren“ dargestellt. Der Grundgedanke des vorgenannten Buches, daß eine wirklich demokratische innere Politik auf die Dauer unmöglich ist bei einer imperialistischen auswärtigen Politik, ist gewiß absolut richtig und unanfechtbar. Es ist notwendig, daß die äußere Politik sich nach der inneren richte — das Band zwischen beiden soll eng, sehr eng sein — aber die Staatsraison fordert die Existenz eines Mediums, welches (um mich eines naheliegenden Bildes aus der Automobiltechnik zu bedienen) das Lenkrad der Außenpolitik vor allen brüskten Stößen und Hindernissen des innerpolitischen Lebens bewahrt. Die Lenkung der Außenpolitik muß „stoßfrei“ sein.

Das strenge Nationalitätenprinzip, welches wir Napoleon III. verdanken, hat sich in der heutigen Zeit zu einem viel gebrauchten, insbesondere von unseren Feinden wohlausgenützten, politischen Schlagwort verdichtet, das die natürliche letzte Konsequenz dieses alten Prinzips zu sein vorgibt. Es ist dies das „Selbstbestimmungsrecht“ der kleinen Nationalitäten, welche in einem Staatswesen nebeneinander leben. Seitdem das Nationalitätenprinzip existiert und natürlich auch schon vorher, hat es in fast allen europäischen Groß- und Kleinstaaten — denn es gibt wohl nur in der Theorie ein absolut homogenes Staatswesen — Nationalitätenhader gegeben. Ursprünglich war dies bloß ein Kampf der in dem Staate nebeneinander lebenden Nationalitäten gegen die führende Nation — das Nationalitätenprinzip hatte anfangs bloß innerpolitischen Charakter — erst später erhielt es ein internationales, außenpolitisches Gewand — als es sich darum handelte, daß die großen nationalen Staaten jene unter einem „fremden Joche schmach tenden“, das ist einem anderen Staatswesen angehörenden Stammesbrüder „befreien“ sollen, als diese Staaten aus imperialistischen, annexionistischen Motiven begehrlieh über die Grenze zu schießen begannen. Wir wollen uns hier über die wohl jedermann zur Genüge bekannte Geschichte der „Irrredenta“ (im weitesten Sinne des Wortes) nicht näher auslassen. Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten ist sowohl in ihren allgemeinen Prinzipien, als auch in ihrer individuellen Anwendung auf einzelne Staaten, noch derart weit auch von einer bloß theoretischen Lösung entfernt, daß mit Fug und Recht es keinem auf die Integrität und überhaupt auf Wohl und Wehe seines Staatswesens bedachten Diplomaten oder Staatsmann zugemutet werden kann, in seiner Außenpolitik diesem höchst unklaren und unfertigen Prinzip, bloß etwa zum Gefallen anderer, davon Nutzen ziehender Staaten, Rechnung zu tragen — oder (wie es von manchen Leuten verlangt wird, deren Interessen gerade durch jene Ideen gefördert werden) das Selbstbestimmungsrecht der in seinem Staatswesen lebenden Nationalitäten unter „internationale Kontrolle“ zu stellen. Diesen zentrifugalen Tendenzen nicht nachgeben ist nicht „Imperialismus“,

sondern bloß die natürliche, dem Selbsterhaltungstrieb entspringende Obsorge des Staatsmannes, der wie ein *„diligens et bonus pater familias“* auf sein Haus sieht.

* * *

Wenn wir die einzelnen Resultate unserer bisherigen Untersuchung zusammenfassen, gelangen wir somit zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit der Diplomatie bis zu einem gewissen Grad geheim sein muß, und zwar im erst-erwähnten Sinne des Wortes „geheim“ (nämlich in bezug auf andere Staaten) ohne jede Einschränkung, im zweiterwähnten Sinne (das ist gegenüber den gesetzgebenden Faktoren des eigenen Staates) nur mit ganz wesentlichen Beschränkungen im Interesse der Oberaufsicht und obersten Kontrolle der Volksvertretung über die Grundlinien der Außenpolitik.

Können also die gesetzgebenden Faktoren eines demokratischen Staatswesens etwas tun und was können sie tun, um sich gegen die Gefahren und Nachteile der bis zu einem gewissen Grade ihrer Kontrolle sich unbedingt entziehenden und insoweit „geheimen“ diplomatischen Tätigkeit zu schützen?

Diese Frage ist zu bejahen. Die Antwort darauf liegt eigentlich auf der Hand; denken wir bloß wieder an den bereits oben erwähnten Vergleich mit der Aktiengesellschaft und ihren geschäftsführenden Direktoren: das Mittel, über welches die gesetzgebenden Faktoren in einem Staate verfügen, besteht in der Reorganisation des auswärtigen Dienstes im allgemeinen, welche in erster Linie in der strengen und möglichst sorgfältigen Auswahl und Heranbildung der diplomatischen Funktionäre gipfeln müßte.

Welche Gesichtspunkte bei dieser ebenso wünschenswerten als möglichen, gründlichen Reorganisation des Diplomatenstandes vornehmlich maßgebend sein müßten, soll in einem späteren Aufsatze erörtert werden. Der Staat könnte sich durch eine solche Reformation an Haupt und Gliedern einen ganz neuen, viel tauglicheren und leistungsfähigeren diplomatischen Apparat beschaffen. Dieser würde viel zweckdienlicher arbeiten und sicherer funktionieren als der alte Apparat, so daß die gesetzgebenden Faktoren im Staat, die sich seiner bedienen, weniger Anlaß hätten, nach den Geheimnissen seines Mechanismus zu forschen und die Tatsache, daß es unbedingt solche Geheimnisse geben muß, die bloß der „Techniker“ verstehen kann, zu bedauern.

Der Vertrag von Brest-Litowsk und das Cholmer-Land.

Von Alexander Barwinski, Herrenhausmitglied.

Die Einverleibung des Cholmer- und Podlachiengebietes auf Grund des Vertrages von Brest-Litowsk in den Bereich der neu erstandenen Ukrainischen Volksrepublik hat unter den Polen einen ungewöhnlichen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Eine ganze Reihe von Demonstrationen, Manifestationen

massenhaften Umzügen sollte dieser Entrüstung Ausdruck verleihen. In Parlamentsreden und in einer Unmasse von Zeitungsartikeln oder auch in Aufsätzen mit fachmännischem Anstrich hat man sich Mühe gegeben, die Berechtigung dieser heftigen Aufwallung nachzuweisen, die Bestimmungen des Brest-Litowsk-Vertrags als eine neue Teilung Polens, als einen an der polnischen Nation verübten Raub zu brandmarken und die maßgebenden Faktoren, welche durch diesen Vertrag zwischen dem Vierbund und der Ukrainischen Volksrepublik der durch den Weltkrieg arg mitgenommenen Menschheit den ersten Friedenspalmbzweig gebracht haben, eines heimtückischen Verrats und Treubruchs zu zeihen.

Diese erste Aufwallung ist auf Grund der Massenpsychologie begreiflich und erklärlich, befremdend aber ist jedenfalls die Erscheinung, daß auch manche gewiegte polnische Parlamentarier und Staatsmänner, ja sogar Fachmänner, von der Leidenschaft sich soweit hinreißen ließen, daß ein nüchternes und sachliches Urteil in dieser Beziehung ihnen abhanden gekommen ist. Nachdem aber jetzt eine gewisse Entspannung und Ernüchterung zum Durchbruch zu kommen scheint, will ich einen Versuch machen, diese strittige Frage einer nüchternen und sachlichen Beurteilung, insbesondere aber die im „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 3. März veröffentlichten Ausführungen des Herrn k. k. Ministers a. D. Kasimir v. Chlendorfski einer Prüfung zu unterziehen.

Vor allem möchte ich vorausschicken, daß die Enttäuschungen, welche den Polen hin und wieder widerfahren, größtenteils dem Umstande zuzuschreiben sind, daß sie in ihrem Eigendünkel sehr oft mit unumstößlichen Tatsachen sich nicht befreunden wollen und solche als Phantasiegebilde oder Erfindungen hinstellen trachten. Es ist ja gar nicht lange her, daß die Existenz des ukrainischen (ruthenischen) Volksstammes von den Polen in vollem Ernst verneint wurde, wie dies bis zum letzten Moment von der zaristischen Regierung hartnäckig geschah. Ein so maßgebender und einflußreicher polnischer Staatsmann, wie der gewesene Minister Biemalskowski, hat bekanntlich sogar im Kremsteler Reichstag die Behauptung auszusprechen gewagt, daß die Ruthenen vom Grafen Stadion erfunden wurden. Obwohl nun der ukrainische Volksstamm seit dieser Zeit in seiner nationalpolitischen und kulturellen Entwicklung trotz aller Unterdrückung einen bedeutenden Fortschritt erreicht hat, obwohl die Ukraine als unabhängige und selbständige Volksrepublik zu neuem Leben auf den Trümmern des Zarenreiches aufgestanden ist, wird in der polnischen Presse von einer Fiktion, von einem Phantasiegebilde, welchem jede Existenzberechtigung abgesprochen wird, geseufelt. Allerlei Zeitungs-schreiber bemühen sich allen Ernstes der polnischen Öffentlichkeit einzureden, daß es eine selbstbewußte ukrainische Nation gar nicht gebe, daß die Benennungen Ukraine, ukrainische Nation u. dgl. pure Erfindungen des Prof. M. Gruschkewski seien und diese Suggestion übt auf die polnische Öffentlichkeit einen derartigen Einfluß aus, daß nicht selten hochgestellte Persönlichkeiten ähnliche Behauptungen aufstellen. Kein Wunder also, daß auch der ehemalige Minister v. Chlendorfski, welcher zwar viel über die italienische Renaissance geschrieben, aber offenbar mit historischen Studien Osteuropas sich zu befassen

nicht in der Lage war, von einem „Jonglieren mit den Worten Rusj (Russen), Ruthenen und Ukraine“, von einer „sophistischen Anwendung des in unseren Tagen nur zu diesem Zweck geschaffenen Sinnes der Worte „Ukraina“ und „ukrainisch“ spricht, und behauptet, daß die Anwendung dieser Benennungen „auf eine Vergangenheit und auf Gebiete, die früher niemals unter den geographischen Namen Ukraine fielen, und ausschließlich auf ein Volk, von dem ein Teil zusammen mit anderen Völkern ein ukrainisches, niemals aber für sich allein das ukrainische Volk war“, jedweder Begründung entbehrt.

Es ist eine unumstößliche und quellenmäßig nachgewiesene Tatsache, daß die Benennung „Ukraina“ von alters her in der Geschichte und Geographie vorkommt. Obwohl die Benennung „Ukraina“ seit dem zwölften Jahrhundert anfänglich nur die Grenzländer (Grenzgebiete) bezeichnet, also nicht alle Siedlungsgebiete des ukrainischen Volksstammes in der späteren Ausdehnung umfaßte, so führt doch die Kosakenrepublik im siebzehnten Jahrhunderte die Benennung „Ukraina“.

Insbesondere aber seitdem der ukrainische Volksstamm nach den Kosakenkriegen Bohdan Chmelnyzkij von dem Bewußtsein einer großen nationalen Einheit und der Zusammengehörigkeit der einzelnen ukrainischen Gebiete (auch das heutige Ostgalizien nicht ausgenommen) durchdrungen war, nimmt die alt-historische Benennung „Rusj“ seit dieser Zeit nicht nur die identische Bedeutung mit der Benennung „Ukraina“ an, sondern sie räumt derselben ihren Platz ein. Es taucht wieder im nationalen Gedächtnis die Erinnerung aus der grauen Vorzeit des zehnten Jahrhunderts auf, welche auch im sechzehnten Jahrhundert nicht erloschen war, daß Rusj bis an die Weichsel reichte. Der Kosakenhetman Chmelnyzkij gebraucht beide Benennungen „Rusj“ und „Ukraina“ in derselben ethnischen (nationalen) Bedeutung und führt den Titel „Hetman des Zaporoger Heeres und aller Russen“.

Nach alter Überlieferung* und zur Zeit Chmelnyzkij's reichte das ukrainisch-ruthenische Gebiet bis an die Weichsel und die Äußerung dieses, daß „das ukrainische Volk ihm zur Befreiung des gesamten Volksstammes bis Lublin und Krakau aus der polnischen Sklaverei verhelfen werde“, hat nicht die politischen, sondern die ethnographischen Grenzen im Sinne gehabt. Belege sind auch in der ukrainischen Volkspoesie vorhanden, daß die Ukraine bis an die Weichsel reichte, sowie in einem Drama von Trofimowitsch vom Jahre 1728, in welchem Chmelnyzkij die Grenzpfähle der Ukraina bis an die Weichsel vorschiebt.

Die Anschauung, daß Rusj als ethnographischer Begriff, als Nation bis an die Weichsel reichte, fand einen konkreten Ausdruck in dem Projekt einer Teilung Polens zwischen Chmelnyzkij und dem Fürsten Rakoczyn im Jahre 1657 und in den Artikeln des Kosakenhetmans Doroschenko vom Jahre 1669, in denen außer Kijew auch Peremyshl und Sambor erwähnt werden. Die

* Vermächtnis Mieszkos Witwe Oda v. J. 995, Monum. Polon. hist. I. 449 (fines Russe extendente usque in Cracoa); Herberstein: Rerum Moscov. Commentarii 1549 (Russia montes Sarmaticos haud longe a Cracovia attingit); Krasinski: Polonia etc. 1574 (Roxolania, quae Carpathios montes non longe ab urbe attingit Cracovia).

Identität der Benennungen „Rußj“ und „Ukraina“ wird aktenmäßig* festgestellt.

Schließlich soll hier noch des berühmten französischen Ingenieurs Beauplan Erwähnung getan werden, und seines im Jahre 1651 und 1660 herausgegebenen Werkes »Description d'Ukraine«, sowie seiner Generalkarte der Ukraine (mit Spezialkarten). Auf einer holländischen Karte aus der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts werden als einzelne Gebiete der ganzen Ukraine angeführt: *Ukrainae pars, quae Podolia palatinatus vulgo dicitur*; *Ukrainae pars, quae Pokutia vulgo dicitur*; *Ukrainae pars, quae Kiovia palatinatus vulgo dicitur* uff. Diese einzelnen Gebiete werden auf einer nach Beauplans Atlas in Paris 1655 herausgegebenen Karte als Teile »de la Grande Ukraine«, d. h. der gesamten Ukraine in ethnographischer Abgrenzung angeführt. Auf der holländischen Karte der Ukraine (Pokutia) werden die Städte Halitsch, Kolomea und andere angeführt, auf einer anderen Karte der Ukraine kommt unter den »*Urbes maiores Ukrainae*« — Leopoldis (Luwov seu Lemberg) vor und auf einer französischen Karte vom Jahre 1719 lesen wir: *La Russie Rouge ou Polonoise, qui comprend les provinces de la Russie Rouge, de Volhynie et de Podolie, vulgairement connues sous le nom d'Ukraine ou pays des Cosaques*« und im „Neuvermehrten historisch-geographischen Lexikon“ (Basel 1703, 3. Auflage, Bd. VI, S. 927) umfaßt die Ukraine auch „Cholm“.

Aus dem Angeführten ist ersichtlich, daß seit dem siebzehnten Jahrhundert die Volksbenennung „Ukraina“ schon damals die gesamten ethnographischen Gebiete (Rijeverland, Podolien, Wolhynien, Roth-Reussen samt Pokutien, Cholmerland u. dgl.) umfaßte und daß die Behauptung von einem Jonglieren mit diesen Worten, von einer sophistischen Anwendung dieser angeblich in unseren Tagen zum Zwecke der Begründung historischer Rechte geschaffenen Worte „Ukraine“, „ukrainisch“ ganz hinfällig ist.

Es würde zu weit führen, wenn ich noch weitere Belege zitieren wollte, um noch genauer und gründlicher den historischen Zusammenhang der Benennungen „Rußj“ und „Ukraine“ nachzuweisen und darzulegen, daß von keiner Umstellung historischer Perspektiven die Rede sein kann, wenn man von der ersten Staatenbildung des ukrainischen Volksstammes im neunten Jahrhundert als von einem „altukrainischen“ oder kurz „ukrainischen Staate“ spricht und denselben nicht als ein „Phantom“ bezeichnen darf, zumal doch auch die folgenden Staatenbildungen, das Halitsch-Wladimirsche Königreich zur Zeit Daniels und das Litauisch-Ruthenische Großfürstentum zur Zeit der Gedyminschen Dynastie, sowie die nachmalige ukrainische Kosakenrepublik eine gewisse innere staats- und völkerrechtliche Kontinuität aufweisen.

Wenn die polnischen Sachwalter des Cholm- und Podlachiengebietes

* In der Instruktion des Hetmans Doroschenko für die Kosaken vom Jahre 1670 wird das Volk als „ruthenisches, ukrainisches“ bezeichnet und Hetman Wyhowskij spricht von „*ius totius Ukrainae antiquae vel Roxolaniae*“, da der griechische Glaube gewesen und die Sprache noch ist, bis an die Weichsel, damit sie dasselbe behielten, was sie mit ihrem Schwert gewonnen“.

sich auf ihre „historischen Rechte“ berufen, so ergibt sich aus der unvoreingenommenen und sachlichen Prüfung derselben, daß sie einer tatsächlichen Begründung entbehren. Diese „historischen Rechte“ führen sie auf eine in der Chronik des Rijewer Mönchs Nestor unter dem Jahre 981 enthaltene Notiz zurück, daß „Großfürst Wladimir d. Gr. gegen die Lachen zu Felde zog und ihre Städte Peremyschl, Tschermen und andere in Besitz nahm, welche bis auf den heutigen Tag der Rußj angehören.“

Auf dieser Notiz des Chronisten Nestor bauen die polnischen Historiker ihre Behauptung auf, daß das genannte Gebiet ein urpolnischer Besitz war und von den ruthenischen Fürsten nur vorübergehend erobert und behauptet wurde. Hervorragende böhmische Historiker (Palacky u. a.) weisen dagegen nach, daß das genannte Gebiet nicht den Polen (welche Benennung die polnischen Historiker dem Namen „Lachen“ substituieren), entzogen werden konnten, da der damalige polnische Staat zur Zeit des Fürsten Mieschko I. nicht soweit südlich reichte und daß dieses Gebiet dem böhmischen Staat angehörte. Wenn man auch dieser Anschauung der böhmischen Historiker nicht beipflichten würde, so ist es doch eine historische Tatsache, daß Krakau an der Weichsel dem böhmischen Staat* angehörte und daß Großfürst Wladimirs Rußj im Westen mit dem Polenreich Mieschko I. und dem Preußenlande erst dann in angrenzende Nachbarschaft kam, als Wladimir der Große das Gebiet der Jatwägen (Podlachien, Podlasche)**, eines litauischen Volksstammes, im Jahre 983 eroberte. Aus den Aufzeichnungen Nestors ist es auch bekannt, daß das Gebiet am Sanfluß und weiter östlich von Chroboten besiedelt war und bereits von dem Rijewer Fürsten Oleg besetzt wurde, später aber die Unabhängigkeit wieder erlangte, so daß die in Nestors Chronik 981 erwähnte Besitznahme durch den Großfürsten Wladimir als Revindikation dieses Gebietes erscheint.

In neuester Zeit hat Prof. Stanislaw Zakrzewski sich bemüht (Kwartalnik hist. IV. 1917), die Zugehörigkeit des Krakauer Gebiets zum Polenreich Mieschko I. nachzuweisen, allein seine Ausführungen, daß Krakau nicht den Böhmen, sondern den Polen angehörte, entbehren einer tatsächlichen Begründung. Es ist demnach zum mindesten problematisch, auf der oben angeführten Notiz Nestors „historische Rechte“ der Polen zu den vom Großfürsten Wladimir besetzten Gebieten aufzubauen. Tatsache ist es dagegen, daß zur Zeit des mächtigsten Rijewer Großfürsten Wladimir (im zehnten Jahrhundert) außer anderen altukrainischen Gebieten ebenfalls das Cholmland und Podlachien (Podlasche, das frühere Jatwägenland) angehörte und in kirchlicher Beziehung das Cholmland der Wladimir-Wolynskischen Diözese, Podlachien dagegen der Turower Diözese zugeteilt waren.

Zwischen dem Polenreich und dem Rijewerstaat bildete also die Grenze

* Die Zugehörigkeit Krakaus an der Weichsel zum böhmischen Staat bestätigt der böhmische Chronist Cosmas und der arabische Geograph Ibrahim-ibn-Jakob und daraus ist es erklärlich, warum in der gefälschten Urkunde vom Jahre 1086 als Grenzen der Prager Diözese die Flüsse Bug und Styr angeführt werden.

** Podlachien oder in ruthenischer Form Podlasche bedeutet soviel wie Nachbarland Polens.

der Weichselsluß, welchen erst Boleslaus der Tapfere im Jahre 1018 überschritt und das Lubliner- und Cholmergebiet vorübergehend (auf zwölf Jahre) besetzte, da bereits Wladimirs Nachfolger, Jaroslav der Weise, das Cholmerland revindizierte, so daß dasselbe bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts dem Kijewer Staat angehörte.

Nach dem Tatareneinfall und der Plünderung Kijews hat sich der Schwerpunkt des staatlichen Lebens von Kijew nach Halitsch am Dnestr verschoben, wo der vom Papst mit der Königskrone ausgezeichnete Daniel in der ersten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts ein mächtiges Königreich Halitsch und Wladimir-Wolynsk begründete, welches bis an die Donaumündung und an das Schwarze Meer reichte. In den Bereich dieses Staates gehörte auch das Cholm- und Poblachtiengebiet, wo Daniel in Drohitzhyn vom päpstlichen Legaten zum König gekrönt wurde und dort die Stadt Cholm gründete, wohin er seine Residenz von Halitsch verlegte. Auch die Hauptstadt von Galizien Lwów (Lemberg) wurde von Daniel gegründet und nach dem Namen seines Sohnes Lew (Leo) benannt.

Nach dem Aussterben der Halitscher Fürstendynastie traten Kasimir der Große von Polen und sein Neffe Ludwig, König von Ungarn, als Prätendenten um das Halitsch-Wladimirsche Fürstentum auf, was zu einem beinahe vierzigjährigen Kriege mit den Litauersfürsten führte, welche auf diese Erbschaft ebenfalls Ansprüche erhoben. Kasimir eroberte das Fürstentum Halitsch (Galizien), während das Fürstentum Wladimir (Wolynien) an Litauen kam. Allein das eroberte Cholmgebiet wurde nie dem Polenreich einverleibt, sondern mit der „Ruthenischen Wojewodschaft“ vereinigt, in dem Bewußtsein, daß dieses Land als ruthenisches Gebiet behandelt werden soll.

Erst Napoleon I. hat das Cholmland dem von ihm 1809 geschaffenen Herzogtum Warschau einverleibt und dieser Zustand wurde auch in dem vom Wiener Kongreß (1815) errichteten und mit Rußland vereinigten Kongreßpolen aufrecht erhalten. Im Jahre 1910 wurde unter stillschweigender Zustimmung der polnischen Abgeordneten in der dritten Duma von der Regierung Stolypins das Cholmergebiet vom Lubliner und Siedlecer Gouvernement losgelöst und daraus ein besonderer Kreis von Cholm gebildet. Für das Versprechen einer Selbstverwaltung haben sich die Polen mit dieser „vierten Teilung“ befreundet.

Wenn nun die Polen in ihren Ansprüchen auf das Cholmland und Poblachtien „historische Rechte“ geltend machen wollen und wenn Herr v. Chlendorowski behauptet, daß „Cholm seit 1366 und das im Norden daran grenzende Poblachtien seit 1569 ununterbrochen mit dem polnischen Staate bis zu dessen Untergang vereinigt und ein rechtmäßiger Besitz des Polenreiches war“, so darf der Umstand nicht außer acht gelassen werden, daß diese Gebiete durch Eroberung an Polen kamen und daß die ruthenischen Länder der Vereinigung mit Polen in der Lubliner Union (1569) hartnäckigen Widerstand leisteten, welcher nur durch Androhung der Güterkonfiskation und des Verlustes der Staatsämter gebrochen wurde. Auf diese Art wurde also dieser „rechtmäßige Besitz“ begründet.

Noch weniger kann der „rechtmäßige Besitz“ des Cholm- und Podlachiengebietes vom ethnographischen Standpunkte nachgewiesen werden. Die Polen berufen sich in dieser Beziehung auf die während der jetzigen Okkupation durchgeführte Volkszählung und führen absichtlich nur die Ziffern der Religionsbekenntnisse im Cholm- und Podlachiengebiet, nie aber die Ziffern der Nationalitäten an. Diese Volkszählung wurde aber nach der Evakuierung der ukrainischen Bevölkerung dieser Gebiete durch die Russen zumeist von polnischen Legionären durchgeführt zu dem auch öffentlich nicht verneinten Zwecke, daß diese Gebiete dem Polenstaat anheimfallen sollen. Das ersieht man auch aus dem von Dr. Halecki in der „Neuen Freien Presse“ (Abendblatt vom 8. März) angeführten statistischen Ausweis, in welchem die ukrainische Bevölkerung aus diesen Gebieten fast gänzlich verschwunden ist. Nach der im Jahre 1909 von der russischen Regierung durchgeführten Volkszählung, welche polnischerseits nicht beanstandet wurde, haben die Polen in diesem Gebiet nur in zwei Bezirken (Zamosz und Bilhoraj) eine geringe absolute oder relative Mehrheit, in allen übrigen Bezirken haben die Ukrainer die absolute und nur in zwei die relative Mehrheit. Allein in dem Brester Vertrag wurden die Grenzen der ukrainischen Republik nicht so weit vorgeschoben und außerdem wurde beschlossen, daß die Ausscheidung einzelner polnischer Gemeinden einer speziellen, aus Ukrainern und Polen zusammengesetzten Kommission vorbehalten wird. Es soll auch das Selbstbestimmungsrecht der einheimischen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Konsequent wie in seinen historischen Ausführungen spricht Herr v. Chlendorowski von einem dialektischen Jonglieren mit den Worten „Russen“, „Orthodoxe“, „Unierte“ und „polonisierte Ruthenen“ und beruft sich auf Professor v. Romers „Statistisches Jahrbuch Polens“. Es ist aber bezeichnend, daß ein polnischer Kritiker Dr. T. Brzeski dem auf Grund dieses statistischen Materials herausgegebenen „Atlas Polens“ von Prof. Romer Mangel an wissenschaftlicher Verarbeitung und Begründung vorwirft (Kwart. Hist. 1917, IV). Aus diesem Grunde kann in dieser Beziehung auch das von Chlendorowski zitierte Werk nicht ausschlaggebend sein.

Schließlich wird von den Polen auch die Verletzung des religiösen Gefühls ins Treffen geführt, das Cholmland und Podlachien als ein vom polnischen Märtyrerblut getränktes Gebiet bezeichnet, die unseligen Leiden, welche die dortige Bevölkerung von der russischen Gewaltherrschaft zu ertragen hatte, auf das Konto des Polentums gebucht und dasselbe als Retter des Katholizismus und der Union der griechisch-katholischen Kirche gefeiert. Unter einem werden natürlich sämtliche Katholiken der polnischen Nationalität gezählt und daraus politisches Kapital geschlagen. Unterdessen ist es eine nicht hinwegzuleugnende Tatsache, daß die ukrainische Bevölkerung dieser Gebiete der griechisch-katholischen (unierten) Kirche angehörte, welche von der zaristischen Gewaltherrschaft zur völligen Ausrottung verurteilt war. Da der griechisch-katholische Ritus in Rußland verpönt war, so haben sich die Ukrainer dieser Gebiete zum römisch-katholischen Ritus bekannt.

Wenn aber dem Katholizismus nicht sämtliche Ukrainer des Cholm- und

Podlachiengebietes beigetreten sind, so ist daran nicht in geringem Maße das Bestreben der polnischen Geistlichkeit schuld, welche dabei die Polonisierung der unierten Ukrainer betrieb. Es ist ja historisch nachgewiesen, daß die Union der griechisch-katholischen Kirche auch in dem ehemaligen Polenreiche mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wie dies aus den Schriften zweier polnischer klassischer Zeugen zu ersehen ist, nämlich des Ministers a. D. Dr. Bobrzyński und des verewigten Posner Erzbischofs E. Likowski. Der erstere sagt offen aus: „Die lateinische Geistlichkeit verhalf ihr (der Union) keineswegs zum Siege. Die polnischen Bischöfe widersezten sich der Aufnahme der ruthenischen unierten Bischöfe in den Senat, wodurch die letzteren und die unierte Kirche erst zu vollständiger Gleichberechtigung und zu politischem Einflusse hätten gelangen können. Die Union blieb somit auf halbem Wege stehen“ (Galizien in „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild“ 1898, S. 212). Erzbischof Likowski erwähnt, daß der Papst den Polenkönig inständig gebeten habe, die den ruthenischen Bischöfen und Priestern unrechtmäßig entzogenen Kirchengüter zurückzuerstatten und in bezug auf die Rechte und Privilegien, die ruthenischen Bischöfe und Priester der lateinischen Geistlichkeit gleichzustellen, insbesondere aber den unierten ruthenischen Bischöfen die Aufnahme in den Senat zu ermöglichen. „Leider aber“, schließt Erzbischof Likowski seine Ausführungen, „blieb die letzte Bitte des Papstes ohne Erfolg nicht so sehr durch die Schuld des Königs, als vielmehr des Senates! Was immer manche polnischen Historiker zur Entschuldigung dessen vorbringen, ist sehr schwach, um sich darüber länger aufzuhalten und auch dem Beredtesten wird es niemals gelingen, insbesondere die polnischen Bischöfe von der Schuld in dieser Hinsicht freizusprechen (Geschichte der Union der ruthenischen Kirche, Posen 1875, S. 64).“

Wie ein roter Faden zieht sich dieselbe Methode der Behandlung der unierten griechisch-katholischen Kirche bis auf die neuesten Zeiten und die Schwierigkeiten, mit denen die ukrainische Bevölkerung auch in der ehemaligen griechisch-katholischen Cholmer Diözese zu kämpfen hatte, bis sie der zaristischen Gewaltherrschaft und dem Pravoslawje erlag, finden darin ihre Erklärung. Die ukrainische Bevölkerung des Cholm- und Podlachiengebietes, der es von der zaristischen Gewaltherrschaft verboten war, ihren griechisch-katholischen Glauben zu bekennen, diese Bevölkerung, welche gewaltsam zum Pravoslawje bekehrt werden sollte, hat durch ihr Märtyrertum verdient, daß man ihr das Selbstbestimmungsrecht zuerkennt, zu ihrer griechisch-katholischen (unierten Kirche) und ukrainischen Nationalität zurückzukehren. Es ist demnach vollkommen unbegründet, von dem Cholm- und Podlachienland als von einem „kernpolnischen Gebiet“ zu sprechen; und man darf sich weder vom historischen und ethnographischen, noch vom konfessionellen Standpunkt über die Einverleibung desselben in die ukrainische Volksrepublik entrüsten. Hegemonistische und annexionistische Bestrebungen haben auch den blutigen Weltkrieg verursacht, allein das Blut von Millionen wurde hoffentlich nicht umsonst vergossen und das Prinzip cuique suum wird trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse doch endlich zum Durchbruch kommen und sich be-

haupten. Die freie, selbständige nationalpolitische und kulturelle Entwicklung wird auch der ukrainischen Nation zuteil werden.

Der Weltkrieg und die immanenten Gesetze der Geschichte.

Von Heinrich Margulies.

Die gegenwärtige Zeit ist so recht geeignet, den Menschen die Unzulänglichkeit jeder Geschichtsschreibung erkenntlich zu machen. Wie wird es möglich sein, die Buntheit und Lebendigkeit der jetzt wirkenden Kräfte so der Nachwelt zu übermitteln, daß sie mehr als den rohesten Aspekt erhält, daß sie nicht nur Fakten und Daten zu hören, sondern auch den Rhythmus der Zeit zu spüren bekommt und den verborgenen Sinn und Zusammenhang des Geschehens begreifen lernt? Wie sollte dies möglich sein, da wir selbst noch, die wir es miterleben, in der Subjektivität aller unmittelbar Beteiligten befangen sind und da auch uns notgedrungen in einer mehrjährigen Epoche verschärfster Geheimhaltung und Zensur die meisten Mittel der Bereicherung unseres Wissens genommen sind? Und um wieviel weniger noch als wir wird die Nachwelt in der Lage sein, diesen verborgenen, ja oft schon vertrockneten Quellen nachzuforschen? Wir selbst vermögen heute nicht zu unterscheiden, wie letzten Endes bei dieser großen Epoche das Kräfteverhältnis zwischen Individuum und äußeren Verhältnissen, zwischen Geist und Materie war, wir wissen nicht, was auf das Konto des persönlichen Willens und Könnens einzelner zu setzen, was allein durch den Zwang materieller (etwa wirtschaftlicher, wirtschaftspolitischer) Verhältnisse zu erklären ist. Wie soll es dann die Nachwelt können? In der feindlichen Publizistik (man nehme nur irgend eins der französischen Kriegstagebücher in die Hand, so z. B. das von George Dhnet) sucht man beispielsweise, wie bekannt, einen großen Teil der Geschehnisse auf den persönlichen Willen von „le Kaiser“ Wilhelm zurückzuführen, der in den dortigen Anschauungen jetzt schon vollständig die Rolle einnimmt, die wir vielleicht Napoleon einzuräumen geneigt und gewohnt waren, eine Vorstellung, die dem in deutscher Bürgerlichkeit Erzogenen völlig fremd und unfassbar erscheint: denn dieser ist eher geneigt, wenn er schon die Frage nach der Schuld und dem Urheber des Krieges beiseite läßt, an eine durch Deutschlands Wachstum innerlich bedingte wirtschaftliche Expansionsnotwendigkeit zu glauben und in dem Kaiser, wie überhaupt in den leitenden Einzelpersonen, höchstens das Werkzeug, nicht aber den Urheber historischer Ideen zu sehen. Gleitet aber die Geschichtsschreibung schon jetzt in diese verschiedenen Kanäle, wie wird es erst bei einer späteren Generation sein, die ja nur das Markanteste und Lebendigste der Vergangenheit sieht und daher ohnedies geneigt ist, willkürlich und einseitig zu werden? Sieht man nicht hier schon mit Deutlichkeit, wie leicht es möglich ist, verschiedene, ja geradezu gegensätzliche Darstellungen einer und derselben Geschichtesepoke zu geben? Und welche, so lautet die Frage, aber

eine Frage, auf die wir heute noch keine Antwort zu geben vermögen, welche Betrachtung ist die richtige, und kann man überhaupt die eine oder die andere von ihnen positiv als unwahr, unrichtig und unwirklich nachweisen?

Wir müssen uns weiter fragen, ob nicht auch schon unsere Beurteilung vergangenen Geschehens eine völlig unzureichende, subjektive und falsche gewesen ist? Wie, wenn Napoleon, um bei ihm zu bleiben, der Mann, dessen rein persönlichem Willen und Ehrgeiz wir die Entwicklung der Jahre 1797 bis 1815 zuzuschreiben gewohnt sind, vielleicht auch nur in ungleich größerem Maße Instrument von außer ihm liegenden Bedingtheiten war, als wir glauben? Vielleicht empfand man auch zu seiner Zeit, was man heute in Deutschland empfindet, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen und daß die Verhältnisse allein den Krieg verursachten? Vielleicht empfand man auch damals nur im Ausland die starke Persönlichkeit des Einzelmenschen Napoleon, so wie man ja heute nur im Ausland in Kaiser Wilhelm allein den Träger der deutschen Entwicklung empfindet?

Und wenn es der Fall war, wieso kam es, daß wir zu einer so unrichtigen Betrachtungsweise des Weltgeschehens gelangen, daß wir jene Bedingtheiten übersehen konnten, die sich den Menschen zum Werkzeug nehmen? Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Selbst wenn wir die erste Frage zunächst noch offen lassen und vorläufig annehmen, daß die Ausdehnung des französischen Weltreiches vorwiegend in wirtschafts- und geopolitischen Gesetzen notwendig bedingt war, und daß sich diese Gesetze lediglich in ihrer auswirkenden Kraft einen Napoleon als Werkzeug schufen, selbst wenn wir in aller krassen Übertreibung den persönlichen Einfluß dieses Mannes außeracht lassen und leugnen wollten — selbst dann hätten wir eine andere Geschichtsschreibung, als sie uns überliefert wurde, nicht zu erwarten gehabt. Man hätte nach wie vor Napoleon in den Vordergrund gestellt, hätte seine Persönlichkeit und seinen Willen als die alleinigen Ursachen hingestellt und demgegenüber alles andere zurücktreten lassen. Das liegt einmal in der menschlichen Natur, deren Aufnahmevermögen sich den konkreten, bildhaften, lebendigen Einzelpersonen ungleich leichter und lieber zuwendet, als irgendwelchen immanenten und abstrakten Gesetzen, das liegt an der dem Menschen innewohnenden Anlage zum Heroenkult und zur Heldenverehrung, das liegt an der Trägheit des menschlichen Denkens, welches ja viel weniger in Anspruch genommen wird, wenn man alles mit dem Hinweis auf eine Einzeltatsache, eine zufällige und unmotivierte Persönlichkeit mit ihrem unberechenbaren Willen erklären kann, als wenn man genötigt wird, sich erst die verborgenen Zusammenhänge des Gesamtgeschehens mühsam klarzumachen. All dies kommt natürlich mit ganz besonders verstärktem Maße in einer Epoche zum Ausdruck, die, wie die letzte vor dem Kriege, durchaus geneigt ist, den Individualismus als eine der wesentlichsten Geistesrichtungen anzuerkennen. Feuerbach, Stirner, Nietzsche und die allgemeine Literatur der letzten 30 Jahre sind ja die deutlichen Exponenten einer Zeit, die das „Individuum“, den Menschen, mit seinem Willen völlig in den Vordergrund stellte und alle jene Gesetze vernachlässigte, von denen die Entwicklung und Gestaltung dieses Ich abhängt, die Milieu-

theorie und vor allem die Theorie der wirtschafts- und geopolitischen Gesetze. Die als Gegentendenz um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wichtig einsetzende materialistische Geschichtsauffassung hat sich demgegenüber nur schwer behaupten können und wird sich wohl erst, unter Überwindung der ihr noch eigenen Irrtümern, erst in der folgenden Zeitepoche durchsetzen. Vorläufig war es jedenfalls noch nicht möglich, die allgemeine, d. h. von den breiten Volksschichten getragene Geschichtsauffassung in andere Bahnen zu lenken.

Das will sagen, daß die Art und Weise, in welcher uns die Heroen wie Alexander oder Napoleon überliefert worden sind, noch keineswegs ein Beweis dafür zu sein brauchen, daß diese Individualitäten tatsächlich jene große und ursächliche Rolle auch gespielt haben, die wir ihnen zuschreiben. Es ist durchaus möglich, daß die eigentlichen Zusammenhänge auf anderem Gebiete liegen, und wenn z. B. neuerdings sogar öfters der Versuch gemacht wird, die Entstehung des Christentums unter völliger Außerachtlassung einer gründenden Einzeleristenz darzustellen (z. B. Lublinski, Drews), so ist das zumindest charakteristisch dafür, daß man beginnt, sich von dem Glauben an die ausschlaggebende Wirkung des Individuums zu emanzipieren, und daß man sich heute schon entscheidende Geschichtsevolutionen völlig erklären und verständlich machen kann, auch wenn man nicht in der Existenz einer hervorragenden Einzelperson ein billiges Erklärungsmittel findet. Man sieht, daß es — unabhängig von dem Willen und Können einzelner — allgemein wirkende Kräfte gibt, die sich in jedem Fall durchsetzen, man sieht, daß die großen Träger der Entwicklung nicht notwendig ihre Urheber, sondern ebenso gut ihre lediglich ausführenden Organe sein können.

Das sind die ersten Ausstrahlungen jener erwähnten Geschichtsauffassung, die mit dem Worte „materialistisch“ nichts weniger als richtig und zureichend bezeichnet wird. Es hat sich nämlich in jüngerer Zeit eine Art Skeptizismus hinsichtlich der übertriebenen Wertschätzung des Individuums geltend gemacht, der philosophisch durch Weininger, religiös durch eine Erstarkung der Sehnsucht nach neuen religiösen Werten, literarisch durch eine Neoromanik eingeleitet wurde. Die materielle Ursache dazu dürfte darin zu finden sein, daß die wirtschaftlichen und sozialen Dinge mehr und mehr zur Weltherrschaft gelangten, so daß die Abhängigkeit des einzelnen von außer ihm liegenden Dingen mehr als zu irgend einer anderen Zeit ins Bewußtsein drang. Die Unfähigkeit, dieser Tendenz durch ein Hineinwerfen des Ich in die Wagschale überwindend die Spitze bieten zu können, führte zu einer betonteren Beachtung, zu einem Studium und zur Erkenntnis derjenigen Dinge, von denen das Ich eben abhängig war. Hier wurzelt der Nationalismus (denn nichts formt ja die Individualität so sehr als Familie, Tradition und Nation) nicht minder als die steigende Wertschätzung wirtschaftspolitischer und ökonomischer Zusammenhänge im Weltgeschehen. Offenkundig wird dies zur Folge haben, daß die künftige Geschichtsschreibung eine wesentlich andere sein wird als die bisherige. Zwar wird die Heldenverehrung nie ersterben, und darum wird es nie dazu kommen, daß man Geschichtsepochen nur unter dem Gesichtspunkt wirkender Gesetze und nicht auch unter dem der überragenden politischen Persönlichkeit

betrachten wird. Aber man wird sich in erster Reihe bemühen, die geschichtlichen Wandlungen auf Grund der außerhalb des Ich gelegenen immanenten Gesetze, vor allem wirtschaftspolitischen und geopolitischen Charakters, zu erkennen. Und wenn man von der griechisch-persischen Auseinandersetzung spricht, wird man dem Umstand, daß der Besitz der strittigen Meeresenge allein den Griechen ihre Versorgung mit Getreide gewährleistete, mindestens soviel Beachtung schenken müssen, als dem persischen Eroberungs- oder dem griechischen Freiheitsdrang. Wenn man an Alexanders Weltreich denkt, wird man sich außer seiner Heroengestalt auch noch des Umstandes erinnern müssen, daß das Problem, zwischen dem Balkan und dem persischen Meerbusen eine wirtschaftspolitische Einheit zu schaffen, schon vor ihm bestand und unbedingt zu einer Lösung drängte. Auch bei der angeblich nur der Ruhmesgier und der Abenteuerlust des Alkibiades dienenden Expedition nach Syrakus dürfte die Rolle, die Sizilien als Getreideexportland spielte, einer besonderen Untersuchung wert sein. Und was schließlich die neuere Zeit betrifft, so wird es recht lehrreich sein, die napoleonische Epoche unter dem Gesichtspunkt der zahllosen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Napoleons zu untersuchen, genau so wie man den jetzigen Krieg in erster Reihe wird daraufhin prüfen müssen, wie weit die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zu einer wirtschaftlichen Expansion nach dem Orient, wie weit die wirtschaftspolitische Entwicklung Mitteleuropas dazu drängte, jenem uralten Problem der Herstellung einer wirtschaftspolitischen Einheit zwischen Europa und dem Persisch-Indischen Ozean über die Dardanellen hinweg eine neue Lösung in der Berlin-Bagdad-Politik zu suchen.

Wir sehen daraus, daß Geschichtsschreibung weniger ein Bild der geschilderten, als vielmehr der schildernden Zeit bietet. Was Nietzsche von den Philosophen sagte, daß deren Systeme meist nur als Biographien und Seelendokumente ihrer Verfasser Wert und Interesse hätten, trifft auch auf die Geschichtsschreibung zu. Und das richtigste Wort über sie hat Gustav Landauer in jenem Satz geprägt, welchen ich als Motto dem vorbereitenden Versuch einer geschichtlichen Skizzierung des Altertums unter diesen neuzeitlichen Gesichtspunkten vorangestellt habe*: „Wir verstehen von dem Gewesenen nur, was uns heute etwas angeht. Wir verstehen das Gewesene nur so, wie wir sind; wir verstehen es als unseren Weg.“

* * *

In der Tat, sobald man beginnt, an die Erkennung der Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der allgemein wirkenden immanenten Gesetze heranzutreten, sieht man, wie groß die Versuchung ist, nur in ihnen und nicht in den einzelnen das Ausschlaggebende anzuerkennen, denn diese Gesetze setzen sich manchmal auch gegen den ausgesprochenen Willen desjenigen durch, den man eigentlich als ihren Träger und Urheber betrachtet. Die eminente Wichtigkeit dieses Phänomens rechtfertigt seine ausführliche Exemplifizierung, und zwar

* „Der Kampf zwischen Suez und Bagdad im Altertum.“ Bd. XXI der Deutschen Orientbücherei. Weimar, Verlag Kiepenheuer.

an Hand eines Doppelbeispiels von verblüffender Analogie und Gleichmäßigkeit: Preußen 1806/07 und Rumänien 1916.

Zweifellos gehörte die Niederwerfung Preußens zu den Voraussetzungen einer wirklichen Erfüllung des damaligen französischen Imperialismus, genau so wie ohne Zweifel erst der Zusammenbruch Rumäniens einer wirklichen Ausgestaltung der mitteleuropäisch-orientalischen Einheit und einer befriedigenden Lösung des Balkanproblems seitens Österreich-Ungarns die Wege ebnen konnte. Ein neutral gebliebenes, ungeschwächtes und womöglich Kompensationen verlangendes Rumänien wäre für Österreich-Ungarn bei der Regelung der Balkanfragen nach dem Kriege im höchsten Grade unbequem und gefährlich gewesen. Trotzdem aber in beiden Fällen für die zur Expansion bestimmten Mächte alle Voraussetzungen zu einem Einschreiten aus eigener Initiative gegeben waren (falls man nämlich auf seiten dieser Mächte bewußt nach Expansion strebende Führer voraussetzt), geschah es, daß ihrerseits nicht nur nicht das Geringste in dieser Richtung unternommen wurde, sondern daß sie sich umgekehrt alle nur irgend erdenkliche Mühe gaben, die beiden Staaten, wenn schon nicht zum Bündnis, so doch zur Neutralität zu bewegen. Der rumänische Krieg, der eigentlich von den Zentralmächten hätte gewollt werden müssen, ist ihnen gegen ihren ausdrücklichen Willen aufgezwungen worden, genau so wie der preußische Krieg, der Napoleon zum Vorteil gereichen mußte, ihm aufgezwungen wurde.

Dieses Phänomen, daß immanente Gesetze sich oft gegen den Willen desjenigen durchsetzen, den man fälschlich als ihren Urheber betrachtet, ist so verblüffend und unbegreiflich, daß die Geschichtsschreibung bisher keinen anderen Ausweg als den der Umformung fand. Der preußische Krieg von 1806/07 ist uns legendenhaft als ein Raubzug des hinterhältigen und nimmersatten Welteroberers Napoleon überliefert worden, genau so wie ganz ohne Zweifel auch eine spätere Generation den rumänischen Krieg als von den Zentralmächten gewollt und herausgefordert übernehmen wird. Zwar liegen, was diesen letzteren Fall betrifft, ja die klaren amtlichen Dokumente vor — aber auch damals gab es nicht minder autoritative und beweiskräftige Dokumente, ohne daß sich die Geschichtsschreibung nach ihnen gerichtet hätte: Napoleons Briefe, in denen er gerade vor Ausbruch des Krieges mit Preußen immer und immer wieder auf seine Kriegsmüdigkeit und seine Sätturiertheit hinwies und immer und immer wieder seinen Funktionären die Weisung gab, den Krieg zu vermeiden, er hätte nicht nur keinerlei feindliche Absichten gegen Preußen, sondern wünsche umgekehrt dieses als neutralen, womöglich als gegen Rußland und England verbündeten Staat erhalten zu sehen. Daß dies keine leere Geste war, dafür spricht der ganze Charakter dieser oft rein privaten Briefe. Und wenn es noch eines Gegenzeugnisses bedürfte, so finden wir ein solches in der umfangreichen und überaus aufschlußreichen Denk- und Verteidigungsschrift des damaligen preußischen Generalstabschefs v. Massenbach, einem Buch, das leider viel zu sehr in Vergessenheit geriet.

Gegen den Willen Napoleons, gegen den Willen der Zentralmächte brachen jene beiden Kriege aus, die den sich Sträubenden die größten Vorteile

bringen mußten. Und nicht nur gegen deren Willen, sondern auch gegen ausnahmslos alle Voraussetzungen. Weder hatte Preußen die Möglichkeit eines Krieges gegen Westen, noch Rumänien die eines solchen gegen Österreich-Ungarn rechtzeitig genug ins Auge gefaßt, um sich auch militärisch darauf vorzubereiten. So waren in Preußen nur die Festungen an der Ostfront in Verteidigungszustand gesetzt, die Verpflegsmagazine gefüllt — und in Rumänien waren alle Fortifikationen mit der Front nach Rußland angelegt, während einem Angriff von Westen und Süden her nirgends Halt geboten werden konnte. Die Warnungen Massenbachs wurden so wenig beachtet wie die von Carp und Marghiloman. Sah Rumänien seinen Hauptfeind in der nach dem Balkan tendierenden Expansion Rußlands, des Räubers von Bessarabien, dachte man in Preußen nur daran — und es gab eine mächtige und einflußreiche Partei dafür — in Interessengemeinschaft mit Frankreich schon damals den Kampf gegen England, den zukünftigen Todfeind, aufzunehmen. Die Westgrenze war daher, wie Preußen bald zu seinem Unheil spüren sollte, absolut vernachlässigt und ungeschützt. Hier wie in Rumänien wurde bis zur letzten Minute eine schwankende Schaukelpolitik betrieben. Massenbach wußte als Generalstabschef unmittelbar vor Ausbruch der Feindseligkeiten nicht, welche Richtung obsiegen würde, Haugwitz und Bratianu ließen sich halt- und programmlos bald hierhin, bald dahin treiben, unstät pendelten sie zwischen den nüchtern abwägenden Betrachtungen der Realpolitiker und der Agitation eines hochausschäumenden, blinden Nationalismus hin und her, bis sie sich schließlich in ihre eigenen Netze verstrickten, nicht mehr herausfanden — und endlich in Nervosität drauf losschlugen — nur nach der falschen Seite und in völliger Verkennung der Machtverhältnisse wie der eigenen Interessen. So ermöglichte erst Haugwitz Napoleon, von der preußischen Ostseeküste aus die Kontinentalsperre, das Alpha und Omega seiner Wirtschaftspolitik, zu proklamieren — und so half erst Bratianu Österreich-Ungarn, sein Balkanprogramm, das Zentralprogramm seiner Zukunft, ungehindert zu verfolgen.

* *

Man sieht, wie sehr die Entstehungsgeschichte dieser beiden Kriege einem in Versuchung bringen kann, den immanenten Gesetzen in der Geschichte mehr Bedeutung beizumessen als den einzelnen Persönlichkeiten.

Es ist bisher noch nichts darüber gesagt worden, welcher Art diese immanenten Gesetze sind. Nicht nur würde eine solche Darlegung den Rahmen wie den verfügbaren Raum dieses Aufsatzes überschreiten, es wäre mutmaßlich auch gar nicht möglich, jetzt schon eine halbwegs standhaltende Untersuchung dieser Art zu liefern. Es bedarf einer langwierigen Arbeit, in dieses noch wenig erforschte Gebiet einzudringen. Darum kann hier im wesentlichen nur von dem Vorhandensein und der Bedeutung, nicht aber von dem Wesen dieser Gesetze ausführlich gesprochen werden. Immerhin aber muß auch hier schon, um eine falsche Terminologie zu vermeiden, betont werden, daß diese Gesetze keineswegs nur wirtschafts- oder geopolitischer, also mehr oder minder materiellen

Charakters sein müssen. Nichts wäre irrtümlicher, als wenn man diese Art der Geschichtsbetrachtung als eine rein materialistische auffassen wollte. Die entscheidenden Gesetze können oft ausgesprochen geistiger, ideeller Natur sein und sich als geistige Strömungen den materiellen entgegenstemmen, wobei sie nur zu oft sich als die stärkeren erweisen.

So sprach die materielle (wirtschafts- und geopolitische) Tendenz unter Alexander durchaus für die Errichtung seines Weltreiches. Aber diese Tendenz scheiterte an einer ideellen Gegenströmung: Alexander wollte die gegensätzlichen Kulturen des Okzidents und des Orients gewaltsam miteinander verschmelzen, er zwang sich und seine Offiziere, persische Frauen und persische Sitten anzunehmen, er trieb eine bedenkenlose Gewaltpolitik der Assimilation und Amalgamierung — und die Folge war ein rascher Zerfall des neuen Reiches in seine Grundbestandteile: es zerfiel an der Idee der nationalen Kultur.

Der Napoleonische Imperialismus hatte seinerseits nicht nur die begreifliche Reaktion der der Fremdherrschaft unterworfenen Völkerschaften gegen sich (Tirol 1809, Preußen 1812/13), ihm traten vor allem die Ideen der heiligen Allianz gegenüber, und an denen ist er gescheitert. Die Ehrfurcht vor der Legaltät, das Gottesgnadentum der Monarchen und der Glaube an deren göttliche Mission, christliche Führer der ihnen anvertrauten Völkerschaften zu sein — das waren die damals noch furchtbaren Prellböcke, an denen Napoleon, die Verkörperung des vom Volke geborenen und vom Volke getragenen durchaus irdischen Selbstbestimmungsrechtes, verbluten mußte. (Wie er übrigens selbst sagte, zu Unrecht, denn wäre ihm die Macht geblieben, so hätte er das Ansehen der gottgewollten Monarchie nicht nur nicht geschwächt, sondern er hätte es umgekehrt vor der bereits überall drohenden Schwächung bewahrt und ihm einen neuen Aufschwung verliehen. Wie deutlich er sich dieser seiner Gegnerschaft bewußt war, wie richtig er sie einschätzte, beweisen ja seine Versuche, sich durch kaiserlichen Pomp, päpstliche Krönung, Hofstaat, Adel und Ordenswirtschaft sowie schließlich durch Verschwägerung mit den legalen Höfen die feindlichen Ideen zu eigen und gefügig zu machen.)

Das lehrreichste Beispiel aber dafür, daß eine materiell durchaus bedingte Tendenz noch keineswegs ausschlaggebend zu sein braucht, falls sich ihr in mehr oder minder zufälligem Zusammentreffen eine geistige Tendenz entgegenstellt, bietet der jetzige Weltkrieg und insbesondere Deutschlands Rolle in ihm. Alle logischen, materiellen, wirtschafts- und geopolitischen Voraussetzungen sprechen dafür, daß Deutschland einerseits die offene Meeresküste erreicht, und daß es andererseits jene ungeheure kontinentale Wirtschaftseinheit bis Bagdad zustandebringt, die, in anderer Form, auch zu früheren Zeiten stets im Vordergrund des weltpolitischen Geschehens stand. Das Hineintragen des Kampfes weit in Feindesland beweist, daß auch die militärischen Voraussetzungen für ein Erreichen dieses Zieles gegeben waren. Aber da geschah etwas, was in keines Menschen Berechnung liegen konnte: die ganze Welt erhob sich gegen dieses Streben. Staaten, die sachlich an einer irgendwie gearteten Austragung des Streites nicht das geringste Interesse haben konnten, die untereinander überdies oft in schroffstem Interessengegensatz standen — was band sie anein-

ander und was führt sie gegen die Zentralmächte? Eine ideelle Tendenz: die Idee der Demokratie! Damit soll natürlich nicht im entferntesten gesagt werden, daß diese Staaten aus idealen oder gar uneigennütigen Gründen in den Krieg zogen: nichts weniger als das. Aber sie fanden für ihre Sonderziele in dieser Idee einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen; und so wie Napoleon nicht nur die politischen Aspirationen Deutschlands, Preußens, Rußlands gegen sich hatte, sondern auch die Ideen der Heiligen Allianz, so hat Deutschland heute neben dem wirtschaftlichen Imperialismus Englands, neben den politischen Aspirationen Frankreichs und den Raubgelüsten anderer Staaten auch die demokratische Idee gegen sich.

Noch ist nicht zu übersehen, wie sich diesmal die Idee durchsetzen wird. In Österreich-Ungarn ist seit dem Thronwechsel eine deutliche, in der Thronrede des jungen Kaisers auch präzisiert genug zur Ankündigung gebrachte Wandlung in dieser Beziehung zu spüren, und langsam, aber unaufhaltsam findet auch in Deutschland der Abbau statt. Von dem Tempo dieses Abbaues allein wird es abhängen, ob Deutschland, ob die Zentralmächte die ihnen von den materiellen — immanenten Gesetzen verheißene Mission werden erfüllen können. Die geistige Tendenz erweist sich als ein zäher, hartnäckiger, vielleicht als der gefährlichste Gegner — und ohne einen Ausgleich mit ihr, ohne ein Bündnis mit ihr wird es kaum gelingen, der anderen so zahlreichen Feinde Herr zu werden.

* * *

Langsam und allmählich zeigt sich, daß Österreich-Ungarn in ungleich größerem Maße Träger der durch den Krieg bedingten Neuverschiebung sein wird, als anzunehmen war. Deutschlands Aufgabe in diesem Kriege war eine doppelte und bestand nach einer populär gewordenen Formulierung in der Sicherung der Seegeltung (Besetzung von Calais, Überwindung Englands) und in der Sicherung der Landgeltung (durch Stärkung im Osten und durch das mitteleuropäische Berlin-Bagdad-Programm). Das erste Problem ist bisher noch nicht gelöst worden. Die Lösung des Kontinentalproblems dagegen ist wenigstens militärisch angesichts der gegenwärtigen Balkankonstruktion* erheblich weiter gediehen. Aber dieses Problem ist ja viel mehr ein österreichisch-ungarisches als ein deutsches, und falls der neue Kurs in Rußland tatsächlich den russischen Imperialismus und damit den Expansionsdrang nach dem Balkan endgültig beseitigen sollte, wäre Österreich-Ungarn auch den beachtenswertesten Gegner und ständigen Rivalen auf dem Balkan, diesem Lebensnerv seiner Existenz und Zukunft, los. Zu dieser günstigen Situation kommt noch, daß auch das Verhältnis zu jenem anderen Gegner, zur demokratischen Idee, insofern ein hoffnungsvolles ist, als hier sowohl oben wie unten die Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Idee ernstlich zur Anerkennung gelangt, so daß der Abbau mehr eine Frage der zweckmäßigen Durchführung, nicht mehr aber eine solche des Prinzips ist.

* Dieser Aufsatz wurde noch vor dem Frieden mit Rumänien geschrieben.

Selten hat sich für Österreich-Ungarn ein so herrliches politisches Ziel geboten, wie jetzt. Es kann berufen sein, jenen Ausgleich und Verständigungsfrieden zwischen den Zentralmächten und der ideellen Gegentendenz, der demokratischen Idee, der zur Realisierung der materiellen Tendenz unentbehrlich scheint, herbeizuführen und damit auch bei letzterer die Führung zu übernehmen! Österreich-Ungarns Erneuerung — dies Wort bedeutet nicht mehr nur eine Gesundung der inneren Zustände — auch im Rahmen der Weltpolitik kann seine Erneuerung vor sich gehen!

Geldsorgen und Finanzpläne eines großen Feldherrn.

Von Dr. Max Reinig.

(Schluß.)

Wenn man die Mittel vor Augen hält, wodurch die Fundierung der Bank und der Bankverwaltung zu erreichen getrachtet ward, dann wird es erklärlich, daß die Bankalität eine Fehlgeburt gewesen ist. Die Fonds der Bank sollten nämlich unter anderem aus zugewiesenen belasteten Kammergefällen, die ebenso zweifelhafter Natur, als sehr geringfügig waren, bestehen. Die Liste dieser Gefälle ist ganz interessant. Zu ihnen zählten: Rückstände aus allen Staatsämtern, ferner Kontrebande und Fiskalitäten, Amtstagen und Strafgeelder, ferner sogenannte Arrhen von Banko-Interessenten, Beamten und Juden, welche nach bestimmten Klassifikationen eingehoben wurden. Von den Juden insbesondere dafür, daß sie Geschäfte mit dem Arar schließen und sich im Reiche Toleranz erlangen konnten.

Und angesichts solcher zweifelhafter Sicherstellungsfonds hatten die Gründer der Staatsbank die Naivität zu glauben, daß sich Kapitalisten finden werden, die ihre Einlagen bei der Bank machen und daß Kommerz und Gewerbe bei dieser Anstalt Unterstützung finden könnten. An 25 Millionen Bankalitäts-schulden, welche die Armeen absorbierten, mußte schließlich die gutsituierte Stadtbank übernehmen. Das »bellicum« mußte fortan diese Bank herbeischaffen, insoweit Negotien und Kontributionen nicht hinreichten. Prinz Eugen war eben, wie bereits bemerkt, der maßgebende Berater des Kaisers gewesen. Er war es auch bei allen anderen derartigen Finanzoperationen.

Als aber gegen die Bankalität große Beschwerden erhoben wurden, hatte der Kaiser eine Konferenz zur Reorganisation dieses Bankinstituts einberufen, an deren Spitze wieder Prinz Eugen gestellt wurde. Es waren große Pläne über den Wirkungskreis dieser Staatsbank, über Staatskredit und über Gefällsverwaltung auf dem Programm, die den Prinzen beschäftigten und über die er daher vollends orientiert sein mußte. In der im Jahre 1723 stattgehabten bedeutsamen Kommission handelte es sich darum, die „Wiener Stadtbank“ zu einer jährlichen Leistung von 1,200.000 Gulden an das Arar zu verhalten. Prinz Eugen verlangte dies nachdrücklichst. Er hatte sich in seiner Berechnung, daß die Stadtbank große Einlagen habe und in der Lage

sei, dem Staate mit einer fixen Jahresleistung zu helfen, wirklich nicht geirrt, denn die Bank hatte reichliche Zuflüsse und konnte sogar den Einlagezinsfuß herabsetzen.

Bezeichnend sind die von Karl VI. selbst geschriebenen Berichte an seinen Feldherrn, welche im Haus-, Hof- und Staatsarchiv unter „Große Korrespondenzen des Prinzen Eugen von Savoyen“ enthalten sind. Charakteristisch ist unter anderem nachstehendes Schreiben des Kaisers vom Jahre 1716: „Die Mittel (welche das Prinzipal) betreffend, werden E. D. schon wissen, daß aus dem englischen Anlehen nichts geworden, weil sie das Tüchermwesen in den Niederlanden einmauscheln wollen, welches nicht sein kann. E. D. können versichert sein, daß E. D. die destinirten 2,700.000 Gulden nebst den 200.000 für die Extraspesen auf eine oder andere Art gewiß bekommen werden.“ Und auch nachstehendes Schreiben des Kaisers vom 21. Oktober 1716 ist genug bezeichnend für den maßgebenden Einfluß des Prinzen auf die Staatsfinanzen: „Wegen Negotien will ich E. D. nicht aufhalten, da ich weiß, daß E. D. ohnedies nur zu viel zu tun haben und sich das Nähere besser mündlich wird reden lassen.“

Die glorreichen Erfolge der Kriegsführung waren schließlich zu Ende und Karl VI. hatte eine neue große Sorge, die der spanischen Niederlande, wo er seine merkantilistischen Ideen zur Geltung bringen wollte, trotz der politischen Umtriebe aller Nachbarstaaten. Und auch da sollte der große Feldherr helfen, diesmal nicht mit Waffen, sondern durch eine regsame handelspolitische Betätigung. Die positiven Kenntnisse hierüber hatte sich der Feldherr durch einige Praxis, gewiß auch aus seiner reichhaltigen Bibliothek geholt, in welcher die damalige große staatswirtschaftliche Literatur Frankreichs vertreten war. Gewiß waren darunter die Schriften Vauban, Boisquillebert, Melon, Montechretien, Davenant, Vairignes u. a. vorfindlich.

Er war in der Handelspolitik jenen Methoden gefolgt, die in Frankreich von Colbert und seinen Beamten geübt war. Prinz Eugen interessierte sich für alle kommerziellen Vorgänge in den Niederlanden, miewohl er selbst mit Handelsprinzipien und Handel keine praktische Bekanntschaft hatte. Für die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Niederlande stellte er sich, wie aus seinen Korrespondenzen zu entnehmen ist, stets zur Aufgabe und diese war seine Betriebsfeder: die Verbesserung des Kredits, zur Hebung der politischen Machtentfaltung. Die Niederlande hatten es wahrlich nötig, sich von den unter spanischer Herrschaft erlittenen wirtschaftlichen Drangsalierungen zu erholen.

Von den Niederlanden sollte auch nach dem Reiche und speziell nach Österreich gewirkt werden. Die dortigen Handels- und gewerblichen Einrichtungen waren schon dazumal bewundert; sie beherrschten den internationalen Handel, das Meer. Dort gab es auch gute Kreditinstitute mit entwickeltem Kreditwesen. Und diese hätten sich leicht dazu geeignet, für die Anlehen Österreichs Propaganda zu machen und den Kaiser von den lästigen Wechslern zu befreien. Einen Anstoß zu solch wirtschaftlichen Beziehungen hatte man ohnehin schon in den umfassenden Kupfer- und Quecksilbergeschäften gewonnen, welche

noch aus der Leopoldinischen Zeit her mit großen Vorschußgeschäften Amsterdamer Firmen in Verbindung gebracht waren. Prinz Eugen wollte neue Hilfsquellen für Volk und Staat eröffnen. Als in Ostende angesiedelte englische Kaufleute zur Gründung einer Seegesellschaft rieten und mit derselben den vergeblich erwarteten Aufschwung der österreichischen Hafenstädte Triest und Fiume in Aussicht stellten, wurde der Beschluß der Gründung einer Handelsgesellschaft in Ostende sofort ausgeführt.

Der Prinz selbst beteiligte sich finanziell an dem Unternehmen durch Übernahme von Aktien im Betrage von 60.000 Gulden. Wohl wäre es ihm genehmer gewesen, wenn Karl VI. die Gesellschaft nicht als staatliches, sondern als Privatunternehmen ins Leben gerufen hätte, da er, wie er auch richtig erkannt hatte, die Umtriebe Hollands und Englands fürchtete. „Die Manufakturen werden“, so schrieb Prinz Eugen im Jahre 1720, „einen höheren Aufschwung nehmen, der Einkauf der Waren sowohl, als deren Veräußerung wird besorgt werden, ohne daß einer dem andern zu übervoorteilen sucht.“

In den Prämissen hatte sich jedoch Prinz Eugen getäuscht. Vor allem in den politischen Konsequenzen der neuen handelspolitischen Verhältnisse der spanischen Niederlande gegenüber den Nachbarstaaten, welche ein Aufkommen Österreichs in den Niederlanden scheel ansahen. Es fehlten aber auch, genau wie bei Spanien, die materiellen Kräfte und das Vertrauen der niederländischen Handelswelt zur österreichischen Verwaltung, welche für den Merkantilismus ebensowenig erziehbar war, wie das österreichische Volk selbst. In Österreich blieb alles beim Alten, wie noch zu Zeiten Leopolds I. Denn selbst, was die Regierung zur Stärkung des Handelsgeistes in die Hand nahm, so die Staatsfabriken und den großen Kupfer- und Quecksilberhandel, ferner die Hafenverwaltung in Triest und Fiume ward nicht fruchtbringend ausgenützt. Es war schon ein großes Ereignis, daß einige hundert Tonnen Heringe von Triest nach Wien kamen. Und woher sollten dann die Mittel kommen für eine rege Betätigung in den neu erworbenen Niederlanden?

Die deutschen Kameralisten hatten dazumal in den deutschen Landen bereits große Erfolge auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens erzielt. Nur Österreich ist zurückgeblieben. Literarische Arbeit auf dem Gebiete war, wie aus einem verdienstvollen Werke von Dr. Kurt Zielinger („Die alten deutschen Kameralisten. Jena 1914“) zu entnehmen ist, sehr groß. Georg Obrecht aus Straßburg hatte, schon lange vor der merkantilistischen Propaganda in Österreich, viel Nachahmenswertes über die Verbesserung von Land und Leute geschrieben. Man sollte, so meinte Obrecht, von Seite der Regierung Maßregeln treffen, die Behauung unkultivierten Landes zu erzwingen. Bestellte Aufseher sollten dafür sorgen, daß alle Güter gut bestellt werden und daß man die Arbeiter „alle Jahre was eines jeden Lohn“ bezahle, „auf daß es manniglich dabei bleibe“.

Interessant ist, daß schon Obrecht den „Fürkauff aller victualien“ bestraft und ungeratene Kinder in Arbeitshäuser gebracht wissen wollte, genau wie in London und Amsterdam. In durchaus freiheitlichem Sinne trat er dafür ein, daß der Adel, ja sogar der Fürst selbst sich kaufmännisch betätigen sollten.

Denn er halte die Kaufmannschaft, die mercatura als »pro arte res publicae necessaria et utili.« Nicht wie viele meinen, daß die Kaufmannschaft nur ab hominibus plebeis, und nicht von hohen Standespersonen, betrieben werde. Nach diesen sei nämlich »mercatura ars sordita«. Zur Förderung des Handels sollen tüchtige Kaufleute aus der staatlichen Rentenkammer unterstützt werden. Der Staat sollte auch, wenn Früchte und Wein billig sind, Vorräte anlegen, um sie im Falle der Teuerung billig verkaufen zu können.

Man hat im großen Weltkriege den hohen Wert einer solchen Fürsorge kennen gelernt.

Für die damalige Zeit ist es gewiß überraschend, daß sich ein Kameralist gegen die Zünfte aussprach und für die volle Gewerbefreiheit eintrat. Obrecht sprach sich auch dafür aus, daß das Geld im Lande bleiben solle, weil dies besser sei als eine ausländische Anleihe, indem dadurch die Zinsen dem Lande selbst zugute kämen.

In Österreich waren schon unter Leopold I. berufene Kameralisten, und zwar Becher und Schröder tätig. Sie richteten Manufakturen ein und promagierten gleichfalls gut fundierte Kreditbanken, auch die Förderung des Gewerbes und den Export, kurz eine nationale Wirtschaftspolitik.

So schreibt Becher in seinem politischen Diskurse (Kap. I, S. 107) in schönen Reimen:

„Handlen wandlen und verkauffen
In der Welt herum her lauffen
Bald zu Wasser, bald zu Lande,
Nuzet trefflich jedem Stande.
Wo die Kauffmannschaft recht blühet
Und die Nahrung nach sich ziehet,
Da kann mancher noch auff Erden
Reich und wol begütert werden.“

Für eine Landbank forderte er „Kredit, Geld und ein Fundus“. Er will die Kapitalien dem Lande dienstbar machen. Die Einfuhr französischer Rohstoffe sollte gefördert, dagegen der Import französischer Manufakturen ausgeschlossen werden, zur Förderung der heimischen Industrie. Als Kaiser Leopold I. über sein kostbares Gewand bei seiner Vermählung befragt wurde, so erzählt Becher, antwortete der Kaiser: „Sehet, alles, was ich hier am Leibe trage, ist in meinen Erbländern gemacht worden. Wir brauchten keine französische Mode; warum kleiden wir uns nicht auf polnisch oder spanisch?“

Bechers Kollege, Schröder, empfahl in seiner „fürstlichen Schatz- und Rentenkammer“ vom Jahre 1686, daß sich der Staat mehr auf die Potentiores und nicht auf die kleinen Kaufleute stützen sollte. Sein Bankprojekt war, daß gegen Lombardierung von Waren, die eigentlich den Fundus bilden, Solawechsel ausgestellt werden sollten, welche als Banknoten in Zirkulation zu bringen wären. Ein Kuriosum bleibt es aber, daß dieser berühmte Kameralist auch zur künstlichen Goldproduktion, zum Geldmachen, geneigt hat. Aber von all diesen kameralistischen Vorschlägen ward nur wenig ausgeführt, und das Ausgeführte ist über den Versuch nicht hinausgekommen.

Denkwürdig bleibt gerade aus dieser Periode der weitschauende Rat,

welchen Prinz Eugen dem Kaiser Karl VI. erteilt hat, als sich in den spanischen Niederlanden eine starke Bewegung zugunsten der Law'schen Finanzprojekte kundgab. In Frankreich waren damals die großen Erfolge Law's verherrlicht, und der Taumel hatte auch schon die Niederlande ergriffen. Ein Franzose, namens Marseau, wollte in den österreichischen Niederlanden Law ersetzen und eine ostindische Kompagnie, das Lieblingsprojekt Karls VI., gründen und finanzieren. Aber Prinz Eugen erkannte sofort die Gefahr dieses Projektes, so willkommen auch ihm eine Abhilfe des Geldmangels durch Hebung des Seehandels gewesen ist. Der Feldherr war dazumal Generalstatthalter der Niederlande und als solcher von allen Seiten bestürmt, jenes dem Mississippiprojekte analoge Unternehmen zu favorisieren. Der kaiserliche Feldzeugmeister Graf v. Bonneval umwarb ihn ganz besonders unter Anpreisung des Unternehmens. »Nous avons gagné au Mississippi ma femme et moy cinq cent mille livres, qui sont actuellement dans nos coffres«, so schrieb er im April 1720 an den Prinzen.

Eugen blieb aber bei seiner abwehrenden Haltung. Und so schrieb er über das Projekt Marseaus, wie Arneth nach in den Archiven befindlichen Briefen mitteilt, an den damaligen Oberkommandanten der niederländischen Truppen, Grafen v. Behlen, daß man von einem solchen Manne keineswegs so große Dinge erwarten könne, „dies um so weniger, als das von ihm übergebene Projekt ein gemeines Werk ist, deren verschieden andere vorhanden und eine bessere Präsumtion vor sich haben“. Und ein andermal schrieb er: „In solchen Dingen kann nicht genug Vorsicht gebraucht werden, indem, wenn sie einmal vollzogen sind, eine Änderung gefährlich, ja oft gar nicht mehr zu bewerkstelligen ist.“ Prinz Eugen hatte damit Österreich vor einem großen Unglücke gerettet, welches, wie er später oft bemerkte, in Frankreich und in England so verhängnisvoll geworden ist.

Das sind die *res gestae* des großen Feldherrn in der Finanzkunst, die es ihm schließlich ermöglichten, sein *bellicum*, anstatt wie früher bei kleinen Wechslern, später bei großen Kapitalisten und Kreditinstituten sicherzustellen.

Die ausbeuterischen Gestalten der österreichischen Kriegsfinanzwirtschaft verschwanden mit dem Ableben Karls VI. gänzlich, als an Stelle des Individualkredits die Staatsobligation getreten ist und das strenge Regime Maria Theresias den kleinen Negotien ein Ende machte. Die finanziellen Korrespondenzen der Kaiserin, unter welchen ganz besonders eine der ersteren vom 18. März 1748 registriert werden soll, waren genug charakteristisch für ihre rücksichtslose Strenge in Finanzsachen. „Man meldet, der neue Kammerpräsident (Anton Grassalkovics von der ungar. Hofkammer) sollte Fiskalitäten, die zwar schon resoliert waren, gelten lassen. Das hoffe ich nicht; ich will also nur ordentliche Auskünfte haben und hierüber ernstlich befehlen, daß in Geldsachen nicht ein Kreuzer soll passiert werden, nicht hundert Gulden ohne meine Unterschrift, da sonst der Kassier, oder der, der Geld gibt, mit seinem Kopfe dafür haften wird.“

Und wie hätten es, angesichts solcher Befehle, Wechsler mit den Geschäftsprinzipien Bolza und Gambas, Zanchonis und wie sie sonst

hießen, wagen können, mit Negotien heranzutreten, deren Abschluß ein selbständiges Vorgehen der Hofkammer zur Voraussetzung hatte.

Die kleinen und großen Wechsler verschwanden denn auch aus den ehrwürdigen Räumen der Hofkammer und die Archive erzählen später nicht mehr von dieser Sorte lästiger Geldborger. Für die Kriege wurden andere Finanzmänner mit neu durchdachten Finanzplänen in Anspruch genommen. Die Finanzkunst Prinz Eugens brachte es aber, trotz aller Mängel für die allgemeine Volkswirtschaft, immerhin zustande, daß die vier großen Feldzüge: die Türkenkriege, der spanische Erbfolgestreit, die italienischen und bayerischen Feldzüge insgesamt nur etwa 200 Millionen Gulden gekostet haben und daß von diesen nur etwa 100 Millionen als Schulden zurückgeblieben sind.

Was sind gegenüber dieser Ziffer die Schulden Ludwigs XIV. in der Höhe von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Livres, welche er ungeachtet der großen Finanzkunst eines Colbert und der Ressourcen, die der Merkantilismus geschaffen, als Erbe seinem Nachfolger Ludwig XV. hinterließ?

Hundert Jahre Marienbad.

Nach Chroniken und Briefen von Lola Lorme.

Schon im Jahre 1628 hatte Kaiser Ferdinand II. im böhmischen Ausschowiz die Quellen zur Salzgewinnung nutzbar machen wollen. Die salzhaltigen Mineralwässer und Sauerlinge waren mit ihrem Grenzgebiete, den mächtigen Wäldern und Sümpfen, im Besitze des Stiftes Tepl, und es ist verwunderlich, daß seit der Untersuchung durch die kaiserliche Kommission nichts zur Erschließung der segensbringenden Quellen getan wurde, zumal die Tepler Schulen, die seit dem siebzehnten Jahrhundert verdienten Ruhm genossen, auf eine hohe Geisteskultur der Prämonstratensermonche schließen lassen. Wer sich aber mit der Chronik des Tepler Stiftes vertraut gemacht hat, weiß, wie die stürmischen Zeitläufe seit Rudolf I. von Habsburg, ja noch vor ihm, alle Wirrnis in das gesegnete Egerland gebannt zu haben scheinen. Die eigenen Truppen wie die des Königs Ottokar; im Dreißigjährigen Kriege dann die Wallensteiner und die Schweden, am meisten die Franzosen, sie alle hatten es geradezu auf die liebliche Landschaft abgesehen, sengten und plünderten, flüchteten sich hieher, um dadurch erneute Unbill zu bringen, so daß sich die Tätigkeit der Abte darauf beschränken mußte, Stift und Kirche immer wieder aufzubauen, die Schulen und Spitäler nach Möglichkeit zu erhalten. Kurze Zeit hindurch blühte dann Tepl im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert durch die Anwesenheit junger Adeltiger unter dem Abte Trautmannsdorff. Jetzt wurden Maler und Bildhauer herbeigerufen, ein Tanzmeister lehrte seine Künste, die Disziplin begann sich zu lockern; ja das Spiel um Geld, das Hasard, wurde betrieben, und es war hohe Zeit, nach Josefs II. Eingreifen die Ordensregeln wieder straffer zu handhaben, denn die Aufhebung des Klosters stand zu befürchten.

Die Aushewiger Quellen schienen inzwischen ganz der Vergessenheit anheimgefallen. Obwohl der Tepler Apotheker längst schon aus dem Kreuzbrunnenwasser das Glauber- oder Tepler Salz herstellte, war es erst dem Stiftsordinarius Dr. Joseph Mehr (geb. zu Tepl 1757, gest. zu Marienbad 1820) vorbehalten, durch seinen ärztlichen Rat und seine Überzeugungskraft den Abt Christoph zum Besuche des Hammerhofes, eines Klosterbesitzes unweit Aushewitz, zu bewegen, um ihn mit Hilfe des Wassers von seinen „Anschoppungen“, der Appetit- und Schlaflosigkeit, zu kurieren.

Nach seiner glücklichen Genesung erlaubte Abt Christoph dem Dr. Mehr eine gründliche Reinigung der Quellen vorzunehmen, und ließ auch ein winziges Badehäuschen errichten. Aber erst Christophs Nachfolger, der Prälat Pšrogner, Rektor der Prager Universität und ein weltbekannter Gelehrter, gewährte dem weitblickenden Arzte das Recht zum Ausbau eines „großen“ Gebäudes mit 14 Zimmern und zwei Küchen. Wer weiß, wie viele Jahre die Entwicklung des Bades noch in Anspruch genommen hätte, wenn nicht zu dieser Zeit der Feuergeist Pater Karl Reittenberger sich mit dem Problem einer raschen Förderung des Ortes beschäftigt hätte, der schon 1807 Marienbad benannt worden war. Als Sekretär des Abtes eifert Pater Karl den Einsichtsvollen an, für die Zivilisierung der vielversprechenden, wunderwirkenden Walboase Opfer zu bringen, und beide sahen bald mit Genugtuung zahlreiche Gäste in die eilig aufgestellten Häuschen einziehen. Es gab noch Grund genug zu Klagen, denn das nahe gelegene Karlsbad lockte zu Vergleichen. Nach Pšrogners Tod wurde Reittenberger, kaum 33 alt, zum Prälaten gewählt. Genaue Kenntnisse der Stiftsverhältnisse, große Fähigkeit zu genialer Geldgebarung ermöglichten dem jungen Abt in wenigen Jahren aus dem Nichts einen namhaften Badeort erblühen zu lassen. Dem Sumpf rang er Zoll um Zoll eine liebreizende Landschaft ab. Kolonnaden, Wandelbahn, das Interimstheater wuchsen aus dem Boden. Ansehnliche Gasthöfe und Badehäuser wurden erbaut, die Quellen zierlich gefaßt und die Kapelle geweiht. Endlich konnte auch die Regierung ihre Aufmerksamkeit nicht länger versagen. Das Landespräsidium von Böhmen ordnete 1816 auf Reittenbergers Betreiben die streng wissenschaftliche Untersuchung der Wässer durch den berühmten Reuß und Professor Steinmann an. Die Analyse fiel so günstig aus, daß man im selben Sommer die Quellen schon ernst zu nehmen begann. Damals zählte man 379 Badegäste. Und nach der Erhebung Marienbads zur Stadt und zum Kurort im Jahre 1818 erreichte die Besucherzahl rasch höhere Ziffern. Spaziergänge, Fahrstraßen, Brücken über die gewundenen Bäche, Parkanlagen entstanden; der Feldbau wurde gehoben, indem der weltweise Abt Landleuten aus der Umgebung Grund zur Urbarmachung zuwies und als Gegenleistung Wegearbeiten von ihnen forderte.

Bei der Hungersnot 1817 zeigte Reittenberger zuerst seine großzügige Freigebigkeit. Durch seine Güte wurde im Egerlande allem Elend gesteuert und bewiesen, wie eine richtige Verwaltung mit den knappsten Mitteln hauszuhalten und durchzuhalten weiß. Lehren, die der Gegenwart noch nützen könnten. Niemals beschämten die Gaben, weil sie stets durch Tätigkeit im Dienste des

Bades bedankt werden konnten. — Die eigentliche „Saison“ begann vor einem Jahrhundert, im Mai 1818. Nun wird auch Goethe mit Marienbad bekannt und bezieht bald Kreuzbrunnen nach Weimar. Das Hauptaugenmerk des Prälaten war stets auf eine umfassende Brunnenversorgung gerichtet, in der er den reichsten Zuwachs für das langsam sich mehrende Stiftsvermögen ahnte. Er selbst verzichtete um dringender Verbesserungen des Badehauses gern auf alle persönlichen Einnahmen, wollte die Brüder zu gleichem bereden, was ihm nicht glückte, wohl aber Feinde schuf.

Mit Goethes Kuraufenthalt in den Jahren 1821, 1822, 1823 wurden die Quellen erst beliebt und berühmt. Die ersten natürlichen Kohlensäurebäder wurden hier gewonnen, die Marienquelle gab diesen ihr Wasser. Damals war der Ort keineswegs das Bad der Belebten gewesen, wozu man ihn später hat stempeln wollen, besaß er doch die verschiedensten Heilwerte zu mannigfaltigster Verwendung geeignet. Ein erlesener Kreis war um Goethe versammelt; der Herzog von Weimar wandelte bald zur Seite des Freundes auf den Hamelika-berg. Ulrike v. Levezow ward zum letzten Leidenschaftsmotiv. Und die herrliche Marienbader Elegie entstand hier, dem holden Mädchen zugeeignet, das auch um Goethe die Freiheit des Entschlusses nicht aufgeben wollte, darum vielleicht die reizvollste Frauengestalt unter den vielen, so der Meister mit seinen Namen verknüpft hat. Hier begegneten sich zwei große Männer, zeigten lebhafteste Anerkennung für den gegenseitigen Wert: Goethe und Reittenberger. Jeder ein Schöpfer. Zuviel ist in die Zeit gedrängt, um in einer knappen Schilderung auch nur annähernd Würdigung zu finden. Goethes Abschied vom Egerland und von Ulrike bildet den Ausklang einer bedeutsamen Epoche.

Der Kurort wuchs und gedieh fort. Moor- und Gasbad wurden in den Dienst der leidenden Menschheit gestellt: die Regierung, die Gelehrten, die Kurgäste, alle hatten nur Lobesworte für den Abt Reittenberger, der in dem ausgezeichneten Arzt Dr. Heidler einen verständnisvollen Helfer fand. Zu viel Erfolg für einen Menschen . . . der Neid regte sich denn auch; die älteren Brüder, die sich alle selbst zum Prälaten berufen gefühlt, sahen die Stiftsgüter durch den Verhassten bereichert, statt verschwendet, wie sie böswillig prophezeiten. Sie suchten nur einen Grund, um den Mann zu stürzen, der nach ihrem Ermessen noch dazu ein unerhört strenges Regiment führte. Ein unbedachtes politisch unpolitisches Wort Reittenbergers ward zum willkommenen Anlaß der Verleumdung. Der Abt wurde zur Abdankung gezwungen und zog sich als Verbannter nach dem bei Innsbruck gelegenen Kloster Wilten zurück, wo er noch im blühendsten Mannesalter (1827) alle seine kühnen Pläne begraben mußte, und nach einem langen, dem Wohltun und der Meditation geweihten Leben 1860 die Augen schloß, betrauert von allen Bedürftigen Tirols.

Sein geliebtes Marienbad konnte sich inzwischen, von der Einsicht der Stiftsverwaltung gefördert, frei entwickeln, weil Reittenberger sein Lebenswerk fest gegründet, es zum unzerstörbaren Gute gestaltete. Die Stadt mußte bald erweitert werden, um dem Andrang zu genügen; sie sprengte die Fesseln, die ihr der Wald auferlegt. Reizende Villen klimmen den Berghang hinan. Bänke stehen im Bannkreis der Granitfelsen, die Goethe Stoff zu Studien

geboten. Der wegmüde Wanderer genießt freien Ausblick zum Erzgebirge, zum Böhmerwald, in die bayrischen Berge und kann ins Fichtelgebirge hinüberschauen.

Erst 1888 wurde zu Reittenbergers Andenken ein einfacher Denkstein im Kloster Wilten enthüllt. In Marienbad erhielt er viel später ein stattliches Denkmal unweit des Kreuzbrunnens, den er zu Weltruf gebracht hat. Und viele Bücher verkünden, was er dem Bade gewesen, Entdecker und Schöpfer im besten Sinne. In der Tepler Bibliothek, einem Werk des genialen Marienbader Architekten, des Hansenschülers Josef Schaffer, befinden sich alle auf Goethe bezugnehmende Manuskripte. Die Anwesenheit in Marienbad, die Besuche beim Prälaten, der Verkehr mit ihm und mehreren gelehrten Mönchen, darunter dem Goetheverehrer und Kommentator Jauper, sind hier in Briefen und „Zetteln“ wie auch in Bücherwidmungen bewahrt. Ein eigener Schrein ist bestimmt wie für Reliquien. Schon zur Gründungszeit — zur Goethe-Reittenberger-Zeit — versammelten sich hier Heilungsuchende aus allen Himmelsrichtungen, aus allen Ständen. Und damals brauchte man von Weimar volle zwei Tage bis an die Pforte des Egerlandes. Als dann die Eisenbahn gebaut wurde, und Blitzzüge von allen Großstädten Menschenmassen brachten, da wurde das bunte Treiben lebhafter, steigerte sich zum Sprachenbabel. Eines freilich hat die Verwaltung wie die Gemeinde niemals außer acht gelassen: die Armen- und Krankenpflege. Der demokratische Trieb des Wohltuns äußerte sich hier in Spitälern und Pflegeheimen, wie sie kaum eine Metropole aufzuweisen hat. Ein König steht hier oft am Brunnen neben dem Bettler, dem dasselbe Recht auf Gesundheit zugebilligt wird. Ein liebenswerter Zug dieser Kurortperle. Der verbliehene Abt Clementso und der gegenwärtige Prälat Hellmer haben mit dem Bürgermeister Rubritius viel für das Armenwesen geleistet.

Hand in Hand mit dem mächtigen Aufschwung ging die bauliche Entwicklung Marienbads. Ursprünglich aus schlichten Landhäusern bestehend, bildete sich das neue Profil in fast überreicher Prunkluft. Zum Glück war auch hier ein Mann zur Stelle, der die Grundzüge mit sicherer, mit künstlerisch begnadeter Hand festlegen konnte, der schon genannte Architekt Josef Schaffer, ein Kind des Egerlandes, der die Badeanstalten gebaut, die Parkanlagen umrissen und somit die Linien der Bäderstadt vorgeschrieben hat. Seine Schöpfungen im reinsten Stil, frei aus den Lehren Meister Hansens in eigener Entdeckungsfahrt gefunden, in schlichter Schönheit und stiller Größe mit edlem Material erbaut, sind die Wahrzeichen, die Leitmotive Marienbads, eine Freude für das entzückte Auge. Dabei bedeuten sie wohl die zweckmäßigsten Einrichtungen eines modernen Heilbades. Manches schöne Haus, vor allem aber die Schule und das trefflich benannte Heim des Künstlers „Palladio“, weisen Schaffers schöpferische Bedeutung, die nicht auf die Heimat beschränkt blieb und sich in Kirchen — auch das Tepler Portal ist von ihm — und Schlössern auswirken durfte. Den Mittelpunkt bedeutet der Brunnen, den Badeanstalten und dem prachtvollen Park zugewendet. Wenige Straßenzüge von beträchtlicher Länge sind um den Park in verschobenen Rechtecken angeordnet, am Ausgange

schimmert auf allen vier Seiten Waldgrün. Natur wird hier Baumeisterin und es gilt nur die Häuser in die fichtenumrauschten Hügel zu schmiegen. Trotzdem oder gerade deswegen ist das Geleistete bewundernswert und es gibt auf der Welt wenige Badeorte, deren Anblick so unbedingt harmonisch anspricht, wo die Bauten wirklich den Grundton der Landschaft treffen. In der Zeit vor dem Kriege machte sich zwar eine laute Ausländerei breit; riesenhafte Schloß-hotels schossen wie Pilze hervor; Kaffeegärten für Tausende erstanden auf allen Bergkuppen und Aussichtspunkten, drohten oft den Liebreiz des egerländischen Antlitzes zu entstellen. Das Stift bemühte sich sogar den ausgefallensten Wünschen von Anglomanen zuvorzukommen. Eine unheimlich gähnende Leere mußte entstehen, als der Sturmsommer 1914 die versammelten Kurgäste in die vier Weltgegenden zurückjagte. Schwarzseher faselten schon von einem Ruin, und mit Bangen gingen die Hotelbesitzer an die Eröffnung der Saison 1915. Aber das Unerwartete trat ein. Die Österreicher, die sonst im Ausland Erholung suchten, die nur französische, englische und italienische Bäder für voll genommen, besannen sich auf den köstlichen Besitz in Deutschböhmen. Die Reichsdeutschen kamen zahlreicher denn je. Auch Touristen wanderten in die einzigartige, durch unvergleichliche Weganlagen in jeder Richtung zugängliche Gegend.

Wenn nun Marienbad seine hundertste Saison feiert, so kann dies mit dem Bewußtsein geschehen, einen wirklichen Wert im Kulturleben Europas zu bedeuten. Besonders in dieser schweren Zeit hat man allen Grund dafür dankbar zu sein, daß es im engeren deutschen Vaterlande einen Erdenfleck gibt, der wie dieser allen Reichtum der Natur der Heilkraft und der Kultur gleichmäßig vereinigt. In den letzten drei Jahren ist der Gegensatz zwischen großstädtischer Einengung und guter wirtschaftlicher Versorgung des Heilbades besonders kräftig hervorgetreten. Es steht zu erwarten, daß mit dem ersehnten Frieden für Marienbad noch schönere Zeiten anbrechen werden.

Feuilleton.

„Die Neue Schweiz.“

Von Friederike Maria v. Winternitz.

In dieser Zeitwende innerer und äußerer Gefahren ist ein Buch* von so großem ethischen Wert entstanden, daß es in mehr als einer Hinsicht auch anderen Ländern nützlich sein mag, wiewohl es von den Aufgaben der Schweiz handelt. Im Sinne des Werkes muß allerdings gesagt sein, eben weil es die Schweiz angeht, sei es für die übrige Kulturwelt von Wichtigkeit. Denn der Verfasser, der Theologieprofessor Leonhard Ragaz von der Universität Zürich, ein Mann von leidenschaftlicher

geistlicher Geistigkeit und reformatorischer Kraft, sagt in diesem Werke, daß es die Aufgabe einer neuen Schweiz und ihr bester Sinn sei, als geistiges und seelisches Hochland die Quellen zu hüten, von denen die Völker leben. Dazu müsse das Land aber zur Selbstbesinnung gelangen und sich fremder Einflüsse so lange erwehren, als sie erstarkt, diese ohne Schaden an der eigenen Seele wieder aufnehmen könne. Dies „bewahret eure Seelen“ geht durch das ganze Buch, in dem immer wieder gesagt ist, daß die Seele als Wertmaß betrachtet schon die beste Umwertung bedeute. „Denn wir leben in einer Zeit, der nur gerecht wird, wer mit gewaltigen Änderungen der menschlichen Dinge rechnet.“

* Ein Programm für Schweizer und solche, die es werden wollen. (Verlag W. Trösch, Olten.)

Wir haben es hier aber nicht mit dem Werke des Theologen zu tun, sondern mit dem eines weitsblickenden Volksfreundes und stark national empfindenden Mannes, der aber — und dies ist die neue Fruchtbarkeit dieser Erörterungen — nicht Patriot ist und überdies den Internationalismus fordert. Menschen, denen in diesen Zeitaläufen die Übereinstimmung mit der machthabenden Führung ihres Landes abhanden kam, liefen Gefahr, an ihrem nationalen Gefühl Verletzungen zu erleiden, weil Patriotismus und Nationalsein als untrennbare Begriffe behandelt wurden. Diese abtödtliche Verschmelzung hat in Frankreich die Bezeichnung Desattisti geprägt für jeden, der sich jemals eine Kritik der bestehenden Zustände erlaubt, mag er auch bereit sein, für sein Vaterland zu sterben. Auch in anderen Ländern versucht man im Namen der Nation gegen Menschen vorzugehen, die gerade um der Nation willen sich unpatriotisch gebärden, wie beispielsweise in Irland und anderen irreführten Ländern. Unter Patriotismus versteht Ragaz die blinde Verehrung und Zustimmung gegenüber dem Staate, während ihn das nationale Gefühl als eine warme Gebundenheit an die Seele und den Boden des Landes mit immer erneuter Verantwortlichkeit und Hellsicht erfüllt. Nationalsein ist ihm aber auch nicht gleichbedeutend mit Nationalismus. „Wir wollen national sein“, sagt er. „Wir sind eine Nation und wollen es zugleich immer mehr sein.“ Aber: „wenn wir eine selbständige Schweiz wollen, so kämpfen wir nicht für, sondern gerade gegen den Nationalismus.“ Der fremde Nationalismus erscheint Ragaz als die Gefahr der Schweiz. Er sieht die Propaganda der Fremde als einen feinen, unkenntlichen Staub, der die Schweizer Seele töten will. Ragaz dürfte nicht der einzige sein, der das Wesen dieser Auslandspropaganda, an der Österreich erfreulicherweise keinen Anteil hat, so gründlich durchschaut. Gewiß geht er zu weit und sieht die Gefahr viel zu schwarz, unterschätzt die Widerstandsfähigkeit der gesunden Schweizer Art und er vergißt auch, daß die Propaganda hier, die Propaganda dort gleichsam paralysiert und daß die eine notwendig die andere mit sich zieht. Ragaz spricht nicht für die Kriegszeit allein. Als ein Vertreter einer schlichten, innerlichen Lebensführung sieht er auch in dem modernen Hotelwesen der Schweiz ein Übel, das mit seinem Zustrom großstädtischer Elemente die Sitten des Volkes verderbe. Er will den dienstfertigen Besitzer der Fremdenkaserne durch den Schweizer Wirt ersetzt

sehen, der als Hausvater Gäste, nicht Befehlende empfängt. Nicht ungestraft treten hier im demokratischen Lande, wo es so gut wie keine Standesunterschiede gibt und es zum guten Ton gehört, solche nicht zu kennen, Herrenmanieren auf. Ragaz weiß dem Fremdenverkehr auch gute Seiten abzugewinnen, insbesondere für die Rolle der geistigen Quellhüterin, die er der Schweiz zudenkt, und er sieht es als eine Bevorzugung an, daß sein Land eine Heilstatt der Kranken ist. Aber er spricht für den freien Schweizer, wenn er daran erinnert, daß die Schweiz vor allem den Schweizern gehöre und eben weil diese es in diesem Punkte genau nehmen, wohl aus einer Reaktion und in der allgemeinen Atmosphäre des stärkeren Volksbewußtseins, eben deshalb werden die Fremden umso freundlicher aufgenommen werden, die nicht zur Schweiz der Bahnhofsplakate, sondern zu freiem Schweizer Wesen kommen, das nicht zuletzt seinen Ursprung der reinen Schönheit des Landes verdankt. Dieses Juwel, blinkend im Kristall der Gletscher, der spiegelnden Seen, will seine Fassung nicht aus der Fremde beziehen. Weil es umringt ist, will es frei sein, um seine innere Bedeutung über alle Grenzen, als ein Heil zu senden. Diese ethisch so wertvolle Auslegung wird jeden versöhnen, der die sonst fremdenfreundige Schweiz über das Maß ihrer Ernährungs-sorgen zurückhaltend findet.

Abgesehen von der Einstellung auf den selbstbewußten Fremden, der ein bescheidener Gast werden soll, findet sich in dem Buche Wertvolles in bezug auf den Verkehr mit anderen Völkern. Ragaz erhebt Selbstanklage, daß auch die Schweiz nicht freigesprochen wäre von dem „bösen Blicke“ für die Völker. Er baut nun alles Positive auf, das sie in Italienern, Franzosen, Engländern, Amerikanern, Deutschen zu erblicken hätte und er nennt dies die Methode des Lebens gegenüber der Methode des Todes. Nicht nach Cesare Borgia, sondern nach Franz von Assisi, nicht nach Ludwig den XIV., sondern nach Calvin und Pascal, nach Shakespeare und Carlyle, nach Eckehardt, Kant, Goethe, nicht nach den Pagodenpriestern, sondern nach Laotse und Konfuzius seien die Völker geschätzt. Die Herrschaft des bösen Blickes müsse dem Auge der Liebe und Ehrfurcht weichen.

Es folgen interessante Erörterungen über die Presse und die Arbeiterfrage.

Ein großer Abschnitt des Buches ist der Jugend gewidmet, die helfen soll „die neue Schweiz“ zu bauen. Daß es an der richtigen Jugend fehle, daß nun eigentlich die Alten

die Idealisten seien, hätte eben die Zeit mit sich gebracht, die der Seele keinen Inhalt geben konnte. So kam sie zum Künstlichen und darum fehlte es ihren Idealen an Ernst, darum entstand ein ernüchternder Ästhetizismus, statt ethischer Verantwortlichkeitsgefühle, Gang zu Subjektivismus statt des ewigen Glaubens an den Geist. Ragaz rollt nun das Bild einer völlig neuen und freien Erziehungsmethode auf, die im Lande der Pädagogen des Herzens nicht wundernimmmt. Allem vermeintlichen Fortschritt des Schulwesens wird zu Leibe gegangen und ein Kinderparadies vorgezaubert. Diese Vorschläge, so sagt der Autor, wollen, wie ja das ganze Buch, nur ein Programm für

Zukunftsarbeit sein. Aber voll Achtung muß es gesagt werden, das Programm eines großen Volksmannes und edelsten Volksfreundes, idealistisch und dennoch nicht unerfüllbar.

Bei aller Unterschätzung der ökonomischen Mächte wird das Allgemeingültige dieses Werkes, das eine neue innerliche Kraft hat, die Probleme in ihrem Herzen, sei es gut oder böse, zu erfassen, vielseitigem Interesse begegnen. Mögen auch diejenigen, deren Heimatstolz darin getroffen wird, daraus Anregung empfangen. Vielleicht ist es eine in diesen Zeitwirren enttäuschte Liebe, die ihm dort streng zu sein heischt, wo er lieber bewundern wollte.

Rundschau.

Volkswirtschaftliche Rundschau*.

Auch für Deutschland sind die drei Monate seit meinem letzten Rückblick (vergleiche Nr. 4 vom 15. Februar 1918) politisch bewegte Zeiten gewesen. Zu Beginn der Berichtsperiode steht das Übergreifen der Streikbewegung von Österreich auf Deutschland, doch nahm die Bewegung dort nicht so großen Umfang an wie bei uns, und da die Regierung ihr auch nicht ratlos gegenüberstand, sondern ihr gleich mit Entschiedenheit entgegentrat, kehrten die Streikenden bald zur Arbeit zurück, ohne daß großer Schaden entstanden war. Auch zu der befürchteten Abspaltung der Sozialdemokraten von der Majorität im Reichstage infolge des Streiks ist es nicht gekommen. Allerdings ist das außenpolitische Programm der Majoritätsparteien auf Abschluß eines Verständigungsfriedens durch den Inhalt der Friedensschlüsse im Osten einigermaßen in den Hintergrund geraten und die einzelnen Parteien finden sich mit der Wendung, die zwischen den ersten Friedensverhandlungen mit Rußland und den tatsächlichen Vereinbarungen liegt, mehr minder gut ab. Aber da die deutsche Regierung sich fest zu der Wahlreform für Preußen bekennt, trotzdem das Abgeordnetenhaus sie abgelehnt hat, so stützen die Parteien der Linken weiter die Reichsregierung, um die allmähliche Durchsetzung der demokratischen Richtung in der deutschen und preußischen Politik nicht zu gefährden. Der Reformwille der Reichsregierung ist soeben auch in zwei wichtigen Vorlagen zum Ausdruck gekommen: Die Aufhebung der Strafparagrafen für die Arbeiter

im Koalitionsgezet und die Errichtung von Arbeitskammern, welche unter anderem Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage schlichten sollen. Aber alle diese höchst bedeutsamen politischen und sozialpolitischen Fragen treten zurück hinter dem Jubel über die staunenswerten Erfolge, welche die deutschen Armeen gegen Engländer und Franzosen in Flandern und Nordfrankreich errungen und die die Hoffnung belebt haben, daß ein entscheidender Sieg auch die Gegner im Westen zum Frieden zwingen wird. Unter dem Eindrucke dieser militärischen Erfolge hat auch die achte deutsche Kriegsanleihe, die ganz nach dem Muster der vorangegangenen aufgelegt worden ist, wieder ein glänzendes Ergebnis geliefert. Es wurden 14.766 Millionen Mark gezeichnet, das ist um etwa 1¼ Milliarden mehr als bei der sechsten Anleihe, die vorher den Rekord unter den Kriegsanleihen gehalten hat. Dadurch ist der durch Kriegsanleihen gedeckte Teil der bisher bewilligten (aber noch nicht voll in Anspruch genommenen) Kriegskredite von 124 Milliarden Mark auf 87-73 Milliarden oder über 70 Prozent gestiegen. Kein anderer kriegsführender Staat kommt auch nur entfernt an dieses Verhältnis von öffentlichen Anleihen zu den schwebenden kurzfristigen Anleihenkrediten heran. Dagegen steht England an der Spitze der Steueraufbringung. Auch das neue große Steuerprogramm, das dem deutschen Reichstage vor kurzem vorgelegt worden ist, kann diesen Vorsprung nicht verringern; denn während England nicht nur die Schulzinsen, sondern auch einen Teil der Kriegskosten selbst durch Steuern aufbringt, reichen die im Kriege eingeführten Steuern in

* Vgl. „Österr. Rundschau“, Bd. LV, Heft 3, vom 1. Mai 1918.

Deutschland knapp aus, um die Zinsen der neuen Reichsschuld zu decken. Das neue Steuerprogramm selbst leidet wiederum unter dem Mangel eines systematischen Ausbringungsplanes, dessen Aufstellung durch den alten Widerstreit zwischen dem Reich und den Einzelstaaten über die Verteilung der Steuerquellen verhindert wird. Auch diesmal haben es die Finanzminister der Einzelstaaten zu verhüten gewußt, daß sich das Reich aus direkten Steuern neue Einnahmen schafft, und so beschränken sich die Vorlagen auf eine Reihe von Verbrauchs- und Verkehrsabgaben. Aber wie sehr Deutschland da auf seiner breiten Produktions- und Verkehrsbasis aus dem Vollen schöpfen kann, das zeigt das veranschlagte Ergebnis der neuen Abgaben, von denen das Branntweinmonopol 650 Millionen, die Bierabgabe und die teils erhöhten, teils neu eingeführten übrigen Getränkesteuern und Zölle 590 Millionen, die erhöhte und erweiterte Warenumsatzsteuer 1000 Millionen, die Verkehrsabgaben, Erhöhung des Aktienstempels, der Börsumsatzsteuer, der Tantiemensteuer samt der neuen Kontokorrentzinsensteuer 214 Millionen erbringen sollen. Die Postgebühren werden um 125 Millionen Mark erhöht. Da ein Teil dieser Abgaben im Kriege nicht den vollen Ertrag abwerfen wird, so wird das Programm ergänzt durch die erneuerte und verschärfte Kriegsgewinnsteuer der Aktiengesellschaften, deren Ertrag auf 600 Millionen Mark geschätzt wird. Auf diese Weise erlangt das Reichsschatzamt drei Milliarden Mark, durch welche das Defizit für das laufende Jahr gedeckt wird. Für die Fehlbeträge der vorangegangenen Jahre muß das bisherige Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer herhalten, welche ursprünglich zur Tilgung von Kriegsschulden bestimmt war, aber angesichts der unerwartet langen Dauer des Krieges und der wachsenden Kosten für den laufenden Staatshaushalt selbst verbraucht wird, trotzdem sie den staunenswert hohen Betrag von 571 Milliarden Mark erbracht hat. Dieser Ertrag der Kriegsgewinnsteuer zeigt aber, in welchem Maße auch in Deutschland sich weite Kreise im Kriege bereichert haben und welche Überpreise von der Kriegsverwaltung und bei der Bedarfsdeckung der Zivilbevölkerung gezahlt werden. Diese Verhältnisse haben eine grelle Beleuchtung in der Affäre der Daimler-Motorenwerke erfahren, einem der technisch leistungsfähigsten Betriebe Deutschlands, dessen trotz ungeheuren Gewinnen maßlosen Forderungen aber allgemeinen Unwillen und eine Strafuntersuchung hervorgerufen haben. Die Voraussetzungen

für die Erzielung übergroßer Gewinne sind natürlich auch in Deutschland durch die immer knapper werdende Versorgung und die wachsenden Erzeugungsschwierigkeiten gegeben, die jedoch nicht so katastrophalen Umfang angenommen haben wie in einzelnen Landesteilen Österreichs. Wohl gibt es auch in Deutschland arge Kohlennot und vielfache Störungen, aber da Deutschland auch während des Krieges hiefür Exportland ist, konnte es sich durch Verminderung seiner Lieferungen an die verbündeten und neutralen Staaten Lust schaffen, die freilich die Verringerung der zugesagten Lieferungen sehr unangenehm empfinden. Nicht nur gegenüber Österreich-Ungarn, sondern auch gegenüber der Schweiz sind die Kohlenlieferungen hinter den vereinbarten Kontingenten arg zurückgeblieben. Doch waren Ausfälle gegenüber der Schweiz von vornherein in den Bereich der Möglichkeit gezogen und daher bestimmt worden, daß mit den Kohlenlieferungen auch die im Herbst vereinbarten monatlichen Kredite der Schweiz eine Verminderung erfahren sollten. Deutschland konnte diese Folge der verminderten Kohlenabgabe leicht ertragen, weil seit dem Abflauen des Krieges im Osten seine Valutaverhältnisse sich wesentlich gebessert haben. Bei der Erneuerung des kürzlich abgelaufenen Abkommens mit der Schweiz konnte Deutschland daher auf neue Valutakredite verzichten, verlangte dagegen eine Verdoppelung der bisherigen Kohlenpreise, wodurch sich der Bezugspreis der Schweiz aus Deutschland etwa ebenso teuer stellen würde, wie für englische Kohlen zu zahlen wären, wenn solche der Schweiz überhaupt abgegeben würden. Die Verhandlungen haben infolge von Gegenangeboten Frankreichs eine Unterbrechung erfahren, sind aber nunmehr zum Abschluß gelangt. Deutschlands Industrie und Banken haben, wie die Rechnungsabschlüsse zeigen, weiter Hochkonjunktur. Die Gewinne und Dividenden sind im allgemeinen weiter gestiegen, wenn sich auch gelegentlich bereits Rückschläge zeigen, aber da weder die Erzeugungsschwierigkeiten noch die öffentlichen Lasten in Deutschland so übermäßig sind wie bei uns, hält im allgemeinen die Hochkonjunktur auch noch gleichmäßiger als bei uns an. Sehr stark ist die Konzentrationsbewegung sowohl in der Industrie als auch bei den Banken. In der Industrie hängt sie mit der Kriegswirtschaft zusammen, den zahlreichen Stilllegungen von Betrieben, die sich durch den Verkauf ihrer Kontingente oder ihrer Anlagen selbst vor der Entwertung schützen. Der staatliche Druck zur Erneuerung ab-

laufender und Bildung neuer Kartelle dauert an und so sind insbesondere in der Zement- und Kohlenindustrie neue Kartelle zustande gekommen. Die Großbanken haben den Aufsaugungsprozeß fortgesetzt und die neuen Steuergesetze müssen diesen weiter beschleunigen, so sehr man auch in Deutschland gegen das Verschwinden der lokalen Banken und insbesondere der alten Privatbankiers Bedenken hegt.

Aus den Ententestaaten werden die Nachrichten immer spärlicher. Auf der einen Seite scheint die Zensur immer strenger gehandhabt zu werden, je schlechter es geht — die Grenzsperrren werden immer häufiger und andauernder und gelten nicht nur für Reisende, sondern auch für Zeitungen — auf der anderen Seite haben die deutschen Blätter immer weniger Raum für die eingehende wirtschaftliche Berichterstattung aus dem feindlichen Auslande und auf die deutschen Blätter sind wir angewiesen, da das erst in jüngster Zeit etwas gemilderte Verbot, ausländische Blätter nach Österreich zu bringen, uns jeder Möglichkeit der unmittelbaren Orientierung beraubt hat. Indessen hat es den Anschein, daß, so sehr auch die militärpolitische Lage der Entente sich in den letzten Monaten verschlimmert hat, die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse dadurch noch nicht allzu stark berührt worden sind. Die Weststaaten haben ihre kriegswirtschaftliche Gesetzgebung allmählich ausgebaut, sie haben das Beispiel Deutschlands zum guten Teil nachgeahmt. Staatliche Bewirtschaftung, Höchstpreise und Rationierungen haben Platz gegriffen, und da die wichtigen Versorgungsquellen durch den deutschen Vormarsch im Westen — die Bezüge kommen ja größtenteils aus Übersee — nicht gestört sind und Rußland als Lieferant im Weltkrieg für die Westmächte ohnedies keine große Rolle gespielt hat, geht die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Fabrikaten ihren Gang. Allerdings ist die fortschreitende Verschlechterung unverkennbar, die einerseits die unvermeidbare Folge der andauernden und vermehrten Abziehung von Millionen Menschen aus der produktiven Tätigkeit, andererseits der Vernichtung von Schiffsraum durch den deutschen Unterseebootkrieg ist. Dieser wirkt freilich viel langsamer, als Optimisten in Deutschland angenommen hatten. Viel wird von dem Ausfall der neuen Ernten in den Ententestaaten selbst abhängen, über die derzeit ein Urteil noch nicht möglich ist. Deutlicher als durch die Rationierungen werden die wachsenden Versorgungsschwierigkeiten und die Schiffsraumnot durch die

Maßnahmen beleuchtet, welche die Entente durchführt, um den neutralen Schiffsraum an sich zu ziehen. Mit mehreren Staaten wurden unter der Drohung, die Lebensmittelfuhr ganz zu sperren, Vereinbarungen getroffen. Mit Norwegen, das doch ganz im Fahrwasser der Entente wandelt, konnten angesichts der Schwere der Bedingungen die Vereinbarungen erst nach langen Verhandlungen zustandekommen. Holland wurde gegen seinen nachdrücklichen Protest vergewaltigt, um sich in den Besitz von 400.000 Tonnen Schiffsraum zu setzen. Japan wurde veranlaßt, den Vereinigten Staaten einen Teil seiner Schiffe zu überlassen. So werden allmählich die Reserven, welche die Welttonnage noch bietet, aufgezehrt. Dann aber kommt alles darauf an, ob es endlich gelingt, die Neueinstellung auf die Höhe der ziemlich gleich bleibenden Vernichtung zu bringen. In England erreicht nach offiziellen Bekanntgaben trotz aller Anstrengungen der Neubau kaum die Hälfte der Zerstörungen und Amerika hat bisher nur eine sehr geringfügige Zahl von Schiffen in den Dienst stellen können.

In Frankreich hat das neuerliche Vordringen der Deutschen die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten sehr gesteigert. Die neue Flüchtlingsnot aus dem Norden, dazu die Flucht der durch die weitreichenden Geschütze geängstigten Bevölkerung aus Paris, die durch die großen Truppenverschiebungen bewirkte Inanspruchnahme der Eisenbahnen, von denen wichtige Schienenstränge bereits in der Hand der Deutschen oder im Bereich ihres Geschützfeuers sind, all das muß größere Schwierigkeiten bewirkt haben, als aus den spärlichen Nachrichten, die die Zensur durchläßt, hervorgeht. Vor allem muß die ohnedies prekäre Kohlenversorgung neuerlich leiden, da die im Laufe des Krieges stark ausgedehnten Kohlengruben in Nordwestfrankreich sehr nahe der deutschen Front liegen und bei weiterem Vordringen der Deutschen für die Versorgung Frankreichs ganz ausscheiden würden. Auch die Finanzlage muß sich neuerdings verschlechtern, die Ausgaben steigen und die Steuereingänge sich verringern, wenn auch die bisher eroberten Gebiete, da sie bei dem Rückzug der Deutschen vermißt wurden, nicht viel getragen haben können. Die Kriegskosten wachsen unausgesetzt, für das zweite Quartal 1918 wurden 10¼ Milliarden Franks Kredite für die Landesverteidigung und Schuldzinsen in Anspruch genommen, dazu 736 Millionen Nachtragskredite des Zivilbudgets, das für das ganze Jahr auf einmal vorgelegt, aber noch nicht

vom Parlament erledigt ist. Die Kriegskredite seit Ausbruch des Krieges übersteigen die Höhe von 126 Milliarden Franks, darunter sind 10-15 Milliarden für Anleihezinsen. Von diesen Krediten sind durch die drei nationalen Kriegsanleihen, deren letzte Ende 1917 aufgenommen worden ist, etwa 30 Milliarden Franks gedeckt. Der Kurs der Kriegsanleihen wird durch die Stützungskäufe der französischen Regierung gehalten, für welche 120 Millionen Franks monatlich vorgesehen sind, die jedoch in den ersten Monaten des Jahres überschritten wurden. Auch der Absatz der kurzfristigen Bons und mehrjährigen Obligationen scheint sich zu verlangsamen, obwohl man Ende Januar neben den fünfjährigen fünfprozentigen Bons einen neuen fünfprozentigen Typus mit siebenjähriger Laufzeit geschaffen hat, der zu 96½ Prozent ausgegeben wird, und die Regierung ist stärker als jemals im Kriege auf die Aushilfe der Bank von Frankreich angewiesen. Seit Mitte Januar ist die Schuld des französischen Staates an die Bank von 12.700 auf 16.450 Millionen Franks gestiegen. Anfangs April wurde daher die Vorschufgrenze von 15 auf 18 Milliarden Franks erhöht. Dadurch wächst auch der Notenumlauf unausgesetzt, er beträgt bereits mehr als 25 Milliarden Franks und schon im Januar mußte das Emissionsrecht der Bank, das erst um 3 auf 27 Milliarden Franks erhöht worden ist, neuerlich auf 30 Milliarden hinaufgesetzt werden. Der Finanzmarkt hat sich von dem Schlage, den er durch die Zahlungseinstellung Rußlands erhalten hat, noch nicht wieder erholt. Die französische Regierung, die zunächst die russischen Kupons zur Selbstzahlung übernommen hat, hat die Zahlung der Aprilkupon ausgesetzt und will sich dazu erst durch ein neuerliches Votum des Parlaments drängen lassen. Dieses wird auch schwerlich ausbleiben, da die vielen tausend Rentner in schwere Bedrängnis geraten würden, wenn die Eingänge aus ihren russischen Staatspapieren ausblieben. Auch für die französischen Banken wäre dies ein neuer schwerer Schlag, die sich nur allmählich von der Krise zu erholen beginnen und für 1917 zum Teil etwas höhere Dividenden verteilt haben als für 1916. Aber sie sind noch lange nicht zu der Höhe ihrer Dividenden vor dem Krieg zurückgekehrt. Von der Kriegskonjunktur, die die Banken aller anderen kriegsführenden Staaten erleben, ist keine Rede, obwohl die gleiche Ursache, die Überfülle von Zahlungsmitteln, auch in Frankreich wirksam sein mußte. Aber das Publikum hat das Vertrauen zu

den Banken noch nicht hinlänglich wieder erlangt und das ist ebenso bezeichnend für die gedrückte Stimmung, die in Frankreich herrscht, wie der Umstand, daß die Wechsel-, Mietzins- und andere Moratorien immer noch erneuert werden müssen, während sie in allen anderen Staaten längst abgebaut worden sind. Die Aufrechterhaltung der Wechselkurse erfordert immer schärfere Eingriffe trotz der Vorschüsse Amerikas und der Anleihen, die in Japan, Spanien und anderen Ländern von Zeit zu Zeit aufgenommen werden. Der Geldverkehr mit dem Ausland ist unter die schärfste Kontrolle genommen, weder die Verwendung von Geld oder Wertpapieren nach dem Ausland, noch die Erwerbung von Guthaben und deren Verwendung und die Einfuhr fremder Wertpapiere ist mehr ohne besondere Bewilligung zulässig. Für die Banknoten ist ein Ausfuhrverbot erlassen worden.

Auch England hat mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. So wie in Frankreich wächst auch in England die pazifistische Strömung, wenn sie auch noch nicht zur Herrschaft gelangen kann und wenn auch die Niederlagen in England wie in Frankreich vorerst nur die Verbissenheit des Ausharrens zu steigern scheinen. Aber die Notwendigkeit, neue Millionen für die Front auszuheben, verstärkt den Widerstand und vermehrt die Schwierigkeiten der Gütererzeugung. Die Ausdehnung der zwangsweisen Rekrutenaushebung auf Irland hat trotz der erneuten Zusage, Homerule zu schaffen, die revolutionäre Bewegung mit neuer Gewalt entfacht. Immer schärfer wird die Rationierung der Lebensmittel und immer mehr wird die Kontrolle auf Schifffahrt und Produktion ausgedehnt. Kein Dampfer über 500 Tonnen darf England mehr ohne Erlaubnis des Regierungskontrollors verlassen, auf die Petroleumgewinnung im Königreich hat die Regierung die Hand gelegt. Die Ausgaben in dem Ende März abgeschlossenen Budgetjahr erreichen fast 54 gegen 46 Milliarden Mark im vorangegangenen Budgetjahr, die Einnahmen 14 gegen 12-76 Milliarden Mark. Die gesamten Ausgaben seit Kriegsausbruch bis 31. März betrugen 139 Milliarden Mark, von denen aber etwa 32 Milliarden durch Steuern und andere regelmäßige Budgeteinnahmen gedeckt sind. Für das laufende Jahr werden die Ausgaben auf 51 Milliarden, die Einnahmen auf 16-8 Milliarden geschätzt. In den Ausgaben sind aber die Vorschüsse an die Verbündeten und Kolonien mit 7 Milliarden Mark nicht enthalten. Es sind daher über 42 Milliarden

durch Anleihen zu decken. Langfristige Anleihen stehen nach wie vor nicht an erster Stelle wie in Deutschland, die drei Kriegsanleihen haben nur 37,6 Milliarden Mark erbracht. Das ist kaum 30 Prozent der gesamten Kriegsausgaben gegenüber 70 in Deutschland. Seit Jahresbeginn deckt England seine Kriegskosten hauptsächlich durch ständige Begebung von 5%igen nationalen Kriegsbons, die nach Wahl der Käufer in 5, 7 und 10 Jahren zu 102, 103 oder 105% rückzahlbar sind. Dagegen geht England stets allen anderen Staaten mit der energischen Erhöhung seiner Steuern voran. Auch jetzt wieder ist ein Steuerprogramm vorgelegt worden, dessen Einfachheit ebenso zu bewundern ist, wie seine Großzügigkeit. Die Einkommensteuer wird weiter von 25 auf 30 Prozent und die Zuschlagssteuer für Einkommen über 50.000 K ist gleichfalls wieder erhöht worden. Dadurch allein werden 4200 Millionen Mark erzielt. Im übrigen werden hauptsächlich die Abgaben von Getränken, Genuß- und Luxusmitteln erhöht und nur mit relativ bescheidenen Beiträgen werden Porto und Stempel herangezogen. Die neuen Steuern übersteigen wiederum bei weitem die bloß zur Verzinsung der Schulden benötigten Summen und decken einen allerdings bescheidenen Teil der Kriegskosten selbst. Dabei ist der soziale Charakter der neuen Steuergesetze besonders hervorzuheben. In England legt man die Abgaben auf die tragfähigen Schultern. Man belastet nicht den Verkehr, noch die produktiven Unternehmungen, womit die Unternehmungslust und Konkurrenzfähigkeit untergraben wird, sondern belastet die hohen Einkommen und den Verbrauch von Luxus- und Genußmitteln. Die sozialistischen Bedenken, die man hierzulande gegen soziale Rücksichten in der Steuerverteilung vorbringt, kennt man in England nicht. Die Auslandsverpflichtungen des englischen Staatsschatzes erreichten am 31. März nahezu 20 Milliarden Mark und sind ungefähr ebenso groß wie die Frankreichs. Wohl stehen diesen Verpflichtungen Englands Forderungen an die Kolonien von 3,6 Milliarden und an die Verbündeten von 2,5 Milliarden gegenüber, aber da Rußland allein mit 10 Milliarden, auch Serbien, Rumänien und andere schwache Staaten darunter erscheinen, wird sich eine einfache Kompensation der Zinseneinnahmen und -ausgaben kaum vornehmen lassen und Englands Zahlungsbilanz wird daher durch diese Verschuldung, deren Wirkung sich durch die Abstoßung eines großen Teiles der auswärtigen Wertpapiere verdoppelt, lange

leiden. Auch England hat, trotz der Vorschläge, die es in Amerika, in Japan — das auch seine Schuldtitel ständig zurückkauft — in der Schweiz und anderen neutralen Staaten aufnimmt, Mühe, die Wechselkurse aufrechtzuhalten und sie haben sich auf den neutralen europäischen Plätzen unter dem Eindrucke der ungünstigen militärischen und politischen Ereignisse seit Neujahr nicht unempfindlich verschlechtert. Die englische Ausfuhr geht trotz der Preissteigerungen ständig zurück, während die Einfuhr wieder steigt, was gewiß weniger der Beförderung größerer Mengen als den höheren Preisen zuzuschreiben ist. Infolgedessen beträgt der Einfuhrüberschuß im ersten Quartal 1918 rund 3,6 Milliarden Mark gegen 1,8 Milliarden im ersten Quartal 1917 und auch England ist in der unangenehmen Lage, diese Entwicklung trotz der dadurch wachsenden Verschuldung noch mit Genugtuung begrüßen zu müssen, weil sie ihm mehr Güter zur Befriedigung des dringenden heimischen Bedarfes zur Verfügung läßt. In vielen wichtigen Fabrikaten ist die Ausfuhr auf die Hälfte zurückgegangen, in anderen mußten die Auslandsmärkte ganz geopfert werden und England wird sie ähnlich wie Deutschland nach dem Kriege wiedererobern müssen im Kampfe mit seinen heutigen Bundesgenossen, den Vereinigten Staaten und vor allem Japan, das wirtschaftlich und politisch nach wie vor der eigentliche Kriegsgewinner bleibt. Die Industrie erzielt trotz der Verringerung der Erzeugung (insbesondere in der Textilindustrie) ähnlich wie am Kontinent, dank den hohen Preisen und der serienweisen Produktion noch große Gewinne, wie auch der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer für die Jahre 1916/17 und 1917/18 von 7,2 Milliarden Mark beweist. Interessant ist, wie Industrie- und Finanzkapital, um die Konkurrenz mit Deutschland nach dem Kriege aufzunehmen, immer mehr die deutschen Methoden nachahmt. Die Vertrustung großer Industriezweige macht große Fortschritte und ebenso die der Banken, von denen sich in den letzten Monaten wieder mehrere der größten vereinigt haben. Auch die Fiskalgründungen von Banken im verbündeten und neutralen Auslande nimmt immer größeren Umfang an.

In Italien scheint die anfängliche Bestürzung über die Niederlage auf den venetianischen Schlachtfeldern sich allmählich beruhigt zu haben. Aber die immer schärferen Verfolgungen der Defaitisten beweisen so wie in Frankreich, daß die Bewegung gegen die Fortsetzung des Krieges stetig größeren Umfang annimmt. Die Schwierigkeiten

wachsen und aus dem Rückgang der Einfuhr im Jahre 1917 von 8390 auf 7732 Millionen Lire trotz der fortgesetzt steigenden Preise läßt sich die Zunahme der Versorgungsschwierigkeiten ermessen. Die Kohleneinfuhr allein ist von 1512 auf 958 Millionen Lire gesunken. Die Einfuhr von Baumwolle und anderen Textilfasern ist von 1699 auf 1093 Millionen Lire gesunken, was zu immer größeren Betriebseinschränkungen in den wichtigsten italienischen Industriezweigen, der Textil- und Seidenindustrie zwingt. Aber noch stärker ist die Ausfuhr gesunken von 3088 auf 2259 Millionen Lire, woran ebenso der Mangel an Rohmaterial und Betriebsstoffen wie die Einfuhrverbote der Bestimmungsländer und die Ausfuhrverbote Italiens selbst schuld tragen. Besonders die Seidenindustrie klagt immer mehr über die schwere Notlage, in die sie das Ausfuhrverbot versetzt. Die Höhe des Passivums der Handelsbilanz von 5473 Millionen Lire gegen 5303 Millionen im Jahre 1916 erklärt die Schwierigkeiten, die Italien trotz der Vorschüsse der Vereinigten Staaten und der anderen Verbündeten hat, seine auswärtigen Zahlungsverbindlichkeiten zu erfüllen; die Wechselkurse sind infolgedessen andauernd die schlechtesten unter allen kriegsführenden Staaten, von Rußland abgesehen, für welches regelmäßige Notierungen kaum mehr stattfinden. In der Schweiz erleiden die italienischen Devisen ein Disagio von 54½ Prozent. Die letzte italienische Anleihe hat trotz der wiederholten Verlängerung der Zeichnungsfrist nur 3700 Millionen Lire neues Geld ergeben. Es werden jetzt wieder fünfprozentige Bons mit drei- und fünfjähriger Laufzeit ausgegeben. Die gesamten Kriegskosten Italiens seit Kriegsausbruch bis Ende 1917 werden mit 44½ Milliarden Lire beziffert und die schwebende Schuld Italiens betrug Ende Dezember 1917 bereits 144 Milliarden gegen 10 Milliarden Lire Ende Juni 1917 und ist seither jedenfalls neuerlich erheblich gestiegen. Der Banknotenumlauf betrug Ende März über 9 Milliarden, dazu kamen etwa 2 Milliarden Staatsnoten. Wenn auch unter der Kohlennot und den übrigen Betriebschwierigkeiten wichtige Industriezweige schwer leiden, dauert doch das Fieber auf dem Finanzmarkt an und Verschmelzungen, Neugründungen und enorme Kapitalserhöhungen folgen in der Schifffahrts-, Elektrizitäts- und Metallindustrie aufeinander. Es ist zu zweifeln, daß alle diese aus der Überfülle von Zahlungsmitteln hervorgegangenen Kapitalinvestitionen im Frieden rentable Verwendung werden finden können.

Aus den Vereinigten Staaten liegen zwar viele telegraphische Einzelnachrichten, Einnahmenausweise, Dividenden usw. vor, aber zusammenfassende Darstellungen, welche ein einigermaßen zuverlässiges Bild über die Wirtschaftslage zulassen würden, fehlen. So viel ist sicher, daß auch in Nordamerika die Aufstellung einer großen Armee eine schwer zu bewältigende Aufgabe stellt, wenn gleichzeitig ihre Ausrüstung, die Erzeugung von Kriegsmaterial, die rasche Aufstellung einer Kriegs- und Handelsflotte und die Versorgung der Zivilbevölkerung stattfinden soll. In den Debatten in den gesetzgebenden Körperschaften in Washington ist beschäftigt worden, daß das allerdings von Anfang an ziemlich phantastisch erschienene Programm für den Schiffsbau, für die Herstellung einer Luftflotte, eines ungeheuren Artillerieparkes usw. bisher nur zu einem Bruchteil ausgeführt werden konnte. Aber es ist erinnerlich, daß auch in England das Rüstungsprogramm anfangs große Verzögerungen erlitten hat, daß allmählich aber allerdings mit großzügiger Unterstützung der Vereinigten Staaten, die damals noch ihre ganzen Arbeitskräfte in den Dienst der Rüstungsindustrie stellen konnten, ungeheure Mengen an Kriegsmaterial bereitgestellt wurden. Auch in den Vereinigten Staaten wird die Erzeugung wohl allmählich in großem Maße in Fluß kommen. Vorläufig allerdings ist die Verzögerung für die Verbündeten, die nach dem Ausscheiden Rußlands einen Ersatz sofort bringen notwendig gehabt hätten, eine schwere Enttäuschung. Trotzdem bisher noch so wenig Kriegsmaterial fertiggestellt ist, sind die Kriegskosten der Vereinigten Staaten geradezu ungeheuerlich, obwohl sie hinter den Voranschlägen zurückbleiben; sie betragen pro Monat über eine Milliarde Dollar, also über vier Milliarden Mark, worin freilich nicht viel weniger als ein Drittel auf die Vorschüsse an die Verbündeten entfällt. Die Vereinigten Staaten haben die dritte Kriegsanleihe aufgelegt und die Emissionsbedingungen müssen, sowie es in England der Fall war, von einem Male zum anderen verschlechtert werden. Da das Schatzamt in Washington den Verbündeten die Vorschüsse zu den Selbstkosten berechnet, ist auch hierfür der Zinsfuß allmählich von 3½ auf 5 Prozent erhöht worden, womit sich das Geld natürlich noch immer wesentlich billiger stellt als vor dem Eingreifen der Vereinigten Staaten, als man noch die Anleihen mit den großen Bankiers abschließen mußte. Ende April betrugen die Vorschüsse bereits etwa 7250 Millionen Dollar; davon entfallen 5250 auf die Vorschüsse,

die nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten gewährt worden sind. England ist daran etwa mit der Hälfte, Frankreich mit 30% beteiligt. Die Regierung muß immer tiefer in das Wirtschaftsleben eingreifen. Die Eisenbahnen sind in Staatsbetrieb genommen worden, der bis 18 Monate nach Kriegsende dauern soll, dabei wird den Gesellschaften ein Reingewinn ungefähr in der Höhe des im Jahre 1917 erzielten garantiert. Die Schifffahrt, auch auf den Binnenseen ruht unter Regierungskontrolle. Der Devisenhandel wird durch den Federal Reserve Board kontrolliert, denn auch den Vereinigten Staaten bereitet die Verteidigung der Wechselkurse wachsende Schwierigkeiten. Petroleum, Kohle, Kautschuk steht unter Regierungskontrolle. Rationierungen und Höchstpreisfestsetzungen mehrten sich. Der Brotverbrauch ist auf $1\frac{1}{2}$ Pfund pro Woche festgesetzt und an zwei Tagen soll kein Brot verkauft werden; der Weizenpreis sollte kürzlich von 220 auf 250 Dollar per Bushel erhöht werden, doch scheint der Kongreß nicht zugestimmt zu haben. Der Zuckerverbrauch ist rationiert und herabgesetzt. Lebensmittelpreise und Löhne steigen. Wilde Bewegungen waren an dem Baumwollpreise. Nach einer enormen Preistreibeerei ist ein scharfer Kurssturz eingetreten. Streiks scheinen häufig zu sein und die Eisenbahntarife müssen erhöht werden. In vermindertem Umfang treten in den Vereinigten Staaten nach und nach alle aus der europäischen Kriegswirtschaft bekannten unangenehmen Erscheinungen ein.

Rußland ist von der Außenwelt geradezu vollständig abgeschlossen, über die sozialen und wirtschaftlichen Zustände dringen nur äußerst spärliche Nachrichten zu uns, aus denen man sich gar kein Bild von den Verhältnissen machen kann. Es dürfte sich auch nicht viel geändert haben. Die Kämpfe der verschiedenen Parteien und Gruppen dauern offenbar fort, die Industrie steht zum größten Teil, die Finanzen sind zusammengebrochen und die wichtigste Frage ist, ob wenigstens die Saatenbestellung befriedigend erfolgt ist. Genügend Nahrungsmittel sind wohl die erste Voraussetzung für die Wiederkehr der Ordnung und gegenwärtig gibt es zwar gewiß noch große Strecken Landes, die reichlich versorgt sind, aber auch andere, und wohl nicht nur die großen Städte, in denen Mangel bis zur Hungersnot herrscht. Personen, die aus Rußland kommen, sehen eine allgemeine Hungersnot im europäischen Rußland voraus. Unmittelbar berühren uns die Verhältnisse in der Ukraine, aus der lange Zeit gleichfalls keine Nachrichten zu uns gelangt sind, in diesem Falle

aber in erster Linie durch die Zensurhandhabung der Mittelmächte. Umso peinlicher war für die große Menge die Überraschung, als der Sturz der Regierung, die den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, zu dem Eingeständnis zwang, daß die Verhältnisse auch dort noch sehr weit von einer Konsolidierung entfernt sind. Wie die Dinge liegen, kann man für den Augenblick nur hoffen, daß die Zentralmächte die vereinbarten Lebensmittel- und Rohstoffbezüge aus dem noch kaum pazifizierten Land ohne allzu große Schwierigkeiten und Kämpfe erlangen. Das zukünftige Verhältnis des neuen Staates zu den Mittelmächten und zu Großrußland ist noch ganz im Dunkeln.

In den Verhältnissen der neutralen Staaten sind Änderungen nur insofern eingetreten, als die Versorgungsverhältnisse sich zusehends verschlechterten. In Dänemark ist z. B. der Rinderbestand seit Jahresfrist um 15 Prozent, der Schweinebestand um 60 Prozent gesunken. Überall werden die Rationen herabgesetzt und die staatliche Bewirtschaftung verallgemeinert. Die Kohlenversorgung wird auch in allen neutralen Staaten immer schwerer. Damit steht in Verbindung, daß die Bedrohungen der Neutralität häufiger und ernster werden. Besonders in Holland gab es in den letzten Monaten wiederholt Tage ernster Sorge. Die Beschlagnahme der Schiffe durch die Entente hat überdies einen Kurssturz in den während des Krieges an den Börsen aller seefahrenden Länder hinausgewirbelten Schifffahrtsaktien sowie in den holländischen Kolonialwerten bewirkt, was wieder zu dem Zusammenbruch eines großen Bankhauses in Amsterdam geführt hat. Auch die Staatsfinanzen der meisten durch Mobilisierungskosten und Teuerung bedrängten neutralen Staaten gestalten sich immer unbefriedigender und die sozialen Bewegungen nehmen an Schärfe zu. Die internationalen Wechselkurse sind in den letzten Monaten insofern normaler geworden, als die großen Unterschiede in der Bewertung der Devisen der einzelnen neutralen Staaten nahezu geschwunden sind. Dagegen sind die Kurse der Devisen der kriegsführenden Staaten auf den neutralen Plätzen in den letzten Wochen wieder heftig bewegt gewesen.

In allen Staaten der Erde werden die durch den Krieg verursachten Lebensverhältnisse immer unerträglicher und in den neutralen Staaten wie nicht minder in den kriegsführenden sehnt man sich nach Beendigung des immer sinnloser werdenden Vernichtungskampfes.

Waltherr Federn.

Neue Erzählungen.

I.

Während wissenschaftliche Zeitschriften und gelehrte Arbeiten die schwersten äußerlichen Hemmungen in ihrem Erscheinen erfahren, ergießt sich der Strom der Papierwogen, der die Unterhaltungsliteratur trägt, in nahezu unbeschränkter Fülle. Daheim wie im Felde liest man viel, teils vor den Kümernissen des Tages flüchtend, teils die Schicksale von Welt und Vaterland, durch das Auge berufener Darsteller geschaut, neuerdings erlebend. Soweit der kleine Ausschnitt, der mir vorliegt, urteilen läßt, macht sich, in der besseren Literatur wenigstens, ein starker Rückgang sowohl in der dem Kriege unmittelbar geweihten Produktion wie in dem gänzlich von den Zeitereignissen unberührten Schaffen bemerkbar. Dagegen spielen, oft erzwungen und unbegründet, eine Reihe von Erzählungen, die weit ab vom Tage zu liegen scheinen, als letzten Trumpf den Ausbruch des Krieges und die Teilnahme ihres Helden an der Vaterlandsverteidigung aus.

Zu den kriegsfernen Büchern zählen natürlich Neudrucke älterer deutscher und Übersetzungen ausländischer schon vor dem Schicksalsjahre 1914 geschriebener Werke. Dankenswert ist die Wiederbelebung des großen Romans der Louise v. François: „Stufenjahre eines Glücklichen“*, der künstlerisch wohl an ihre kleineren Kabinetstücke nicht heranreicht, jedoch als Dorf- und Schlossgeschichte in der Erzählung des verlassenen Knaben über Instinkte des Blutes hinaus zum wackern Menschen eine lehrreiche Vergleichung zu dem Gemeindkinde unserer Ebener gestattet. Ein bißchen historisch müssen wir uns wohl dem Jean Paulsierenden Vortrage in seiner behaglichen Breite und Überladung mit Episoden gegenüberstellen, ebenso wie der ganzen Auffassung von Bürgertum und Adel, die einer entschwundenen Zeit entstammt. Aber das bißchen Geduld, das die Durcharbeitung des umfangreichen Bandes erfordert, lohnt sich reichlich durch den Genuß, den die tiefe Erfassung der sozialen Bedingungen um das Revolutionsjahr herum, die weiblich hohe Moral und weise Pädagogik, die erschöpfende Charakteristik der führenden Gestalten gewähren, selbst wo sich etwas dozierende Absichtlichkeit vordrängen und die Handlung sich allzu formlos gestalten mag. Gewiß erscheint der Hirtensohn Decimus allzu passiv, während sein Pilegervater von Güte überquillt, in der Liebesgeschichte herrscht gelegentlich altjüngferliche Brüderie und Verschrobenheit, aber mit Recht mahnt der Herausgeber Oskar Bülle, keinen

ästhetischen Standpunkt einzunehmen, sondern das Werk als ethisches Testament, als Summe eines einsamen Denker- und Dichterlebens aufzunehmen und sich der mit herrlicher Wärme vorgetragenen Überzeugung von dem Aufstiege der Menschheit aus sozialer Tiefe zur Höhe durch Güte und Liebe zu erfreuen.

Nur mit einem Worte sei diesmal auf den ersten Band der gesammelten Werke Mar Halbes* hingewiesen, die bei weiterem Erscheinen eingehender betrachtet werden sollen.

Aus dem Flämischen übertrug Anton Rippenberg August Vermeylens „Ewigen Juden“**. Wie auf einem altniederländischen Heiligenbilde wird Christus und seine Zeit in realistische Gegenwart gestellt, man geht in Kellernwirtschaften und trinkt Kaffee, den Kreuzigungszug eröffnen die Vereine der Hausbesitzer und Grundeigentümer und die Gesellschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs, Kaiphas heißt ein „kleiner Fettsack“. Ahasver selbst ein „stammer, hochgewachsener Keil“, unzufrieden mit seinem Schusterdasein, erhofft von Christus, der ihn aus seinem dumpfen Leben auferweckt, eine große Tat und findet in ihm doch nur einen Träumer, er liebt und haßt ihn, gleich Judas, dessen Figur sichtlich mit der des ruhelosen Wanderers verschmolzen erscheint. Entgegen der landläufigen Tradition seines Austretens gegen den Erlöser verdammt ihn ein Blick Christi zur ewigen Unrast, die Flamme, die aus ihm gezündet, treibt ihn durch die Welt, auf der Jagd nach Erkenntnis der Gottheit, die ihm weder der Strom der Menschen, in den er sich stürzt, noch der glaubensfelige Einsiedler, dem er sich anschließt, zu geben vermag. Auch die Sinnenlockung des Meerweibes, das sich das Göttliche nennt, das man besitzen kann, schafft ihm nicht Befriedigung, weiter gehts auf der „Walze“ zu Arbeitern, wo er sich als Teil eines Werkzeugs schaffend wohl fühlt, bis Streiks ihn forttreiben auf weitere Wanderschaft, geleitet von einem Mädchen, das seine Sehnsucht teilt. Er ist und bleibt der „gleichgültige und doch leidende Zeuge des sinnlosen Daseins, das auf und ab geht, stirbt und aufersteht, um wieder zu sterben“. In der unmittelbar nebeneinander gesetzten grellfarbigen Gegenständlichkeit und dem höchsten Pathos liegt der Reiz dieser ganz eigenartigen Dichtung, die in der Weltliteratur ihren Platz einzunehmen berufen ist.

Aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts stammt der französisch geschriebene Roman Georges Eckhounds „Das neue Karthago“***. Ganz aus Zolas Schule geschaffen, bringt er

* München, Albert Langen.

** Leipzig, Insel-Verlag.

*** Leipzig, Insel-Verlag.

* Leipzig, Insel-Verl.

ein packendes Bild Amsterdams, seiner vornehmen Kaufmannschaft wie seines Proletariats, seines ungesunden Heranwachsens zur Großstadt und der Verderbtheit seiner Sitten. Wir machen gesellschaftliche Feste mit, wohnen dem Stapellauf eines Schiffes bei, wandern durch Fabriken, deren Arbeit bis ins Detail vorgeführt wird, durch Matrosenviertel und Lupanare, das Unbelebte wird, ganz im Geiste des französischen Vorbildes, zum lebendigen Symbol, der Verfasser schwelgt in dem künstlerischen Genuß der prächtigen Körperformen des Volkes, während er die Kaufleute und ihren Kreis, die Umtriebe der städtischen Wahlpolitik, das Gebahren der Auswandereragenten mit Hohn und Verachtung brandmarkt. Grell sind die Farben, aber nur ganz äußerlich aufgetragen; am allerwenigsten aber ist ihm der Roman selber gelungen, in dem er lauter nichtsagende, teils karikierte, teils schablonenhafte Menschen vorführt. Namentlich sein Held, der kleine Paridael, der zuerst als armer Verwandter des reichen Hauses auf unwillig gegebenes Gnadenbrot angewiesen, sich frei macht, um sich völlig haltlos in die von ihm geliebte Welt der Arbeiter zu stürzen, ist sowohl in seinem sinnlosen Handeln wie in der törichten Liebesgeschichte eine völlig mißglückte Figur. So bietet das Werk ein interessantes Kulturbild, hat aber als Dichtung nicht viel zu sagen.

Ganz ebenso liegt der Wert von Schalom Aleichems Erzählungen „Aus dem nahen Osten“* hauptsächlich auf der kulturgeschichtlichen Seite in seinen Bildern aus dem unverfälschtesten Ghetto, zugleich aber sind die Skizzen erfüllt von echtem Humor und liebenswürdigster Laune, mit der allerlei kleine Betrügereien vorgeführt werden. Besonders ausgezeichnet wird die Geschichte einer Auswanderung durch einen jüdischen Lausbuben erzählt, wie der Verfasser überhaupt Kinder mit besonderer Liebe schildert. Manches ist freilich nur Anekdote und Scharm geblieben.

Schwach und wenig fruchttragend wird das Feld des historischen Romans bestellt. Wie ein Sensationsfilm wirkt der holländische Roman „Heliogabal“** von Louis Couperus. Ganz in der Art Pierre Louys wird in den brennendsten Farben ein ganzes Pandämonium von Erotik und Lüsterheit entfaltet, um so widerwärtiger, als es sich durchwegs um Knabenliebe handelt, wie sie der junge Kaiser erweckt und erwidert. Orgie folgt auf Orgie, Verkleidung auf Verkleidung, Heliogabal feiert Hochzeit als Weib mit dem brutalen Hierokles, als Mann mit einer Vestalin. Im Grunde ein Kolportageroman

schlimmster Sorte, der nicht nur Unsittliches schildert, sondern in seinem Urgrund unsittlich, jedenfalls unappetitlich ist.

Welch ein Gegensatz dazu der verwaschene Märtyrerroman der Anna Frein v. Krane „Wenn die Steine reden“*, in dem der christusfeindliche Hohepriester Gerospata in Aelia Capitolina, dem einstigen Jerusalem, bekehrt wird. Ebensovienig ist die Geschichte des Achymisten und Porzellanerfinders Johann Friedrich Böttger „Sachsen-China“, die Peter Keller** mit zahlreichem quellenmäßigen Belegen erzählt, ein Dichtwerk geworden, wenn auch der Ton für das 18. Jahrhundert und das sächsische Lokalkolorit nicht übel getroffen scheint.

Eine gewisse, keineswegs vorteilhafte Verwandtschaft mit dem perversen Geiste des Romans von Couperus zeigt „Erzellenz Unterrock“*** von Adolf Paul, dem nordisch-deutschen Dichter, der als Dramatiker wie als Erzähler die Erwartungen, die man auf ihn setzen wollte, sehr zu enttäuschen beginnt. Hier handelt es sich um die Persönlichkeit des Chevalier d'Con und seine Doppelrolle als Mann und Frau, die er am französischen und englischen Hofe gespielt, und seine Ausforschung, mit der Beaumarchais beauftragt ist. Im einzelnen oft witzig und pikant vortragen, wirkt das Ganze doch wie eine widerliche Beschnüfflung der Unterkleider, über die ein geistreiches philosophisches Mäntelchen gezogen wird. Der Schöpfer des Figaro war jedenfalls etwas mehr als dieser windige Patron, den sein würdiger Partner d'Con mit Recht dem Tiere, das Trüffeln frisst, an die Seite stellt. Der Verfasser verurteilt sich selbst, wenn er Beaumarchais in diesem merkwürdigen Falle, von dem als dem tiefen psychologischen Problem des vorweltlichen Mysteriums der äußeren Geschlechtsteilung bei gleichzeitiger seelischer Einheit der Geschlechter gesunkert wird, nur „einen guten Lustspielstoff nach Art der alten Verkleidungskomödie“ sehen läßt, leider ist aber auch der nicht zur Geltung gekommen. Und das Schlimmste ist die Vorrede, in der Paul Parallelen zum Weltkriege ziehen möchte und in unangenehm chauvinistischem Tone über seinen Dichterhelden als „Strauchritter“ der zweifelhaften französischen Kultur und sein Hauptwerk als „Donquixoterie französischen Geistes“ herfällt und meint, seine Rolle helfe uns, „die Wesensart jener Phrasendrescher und Fälscher aufdecken, von denen eine halbe Welt sich noch heute verführen läßt“.

* Freiburg, Herder.

** Berlin-Charlottenburg, Vita.

*** München, A. Langen.

* München, Georg Müller.

** Frankfurt a. Main, Rütten & Loening.

Eine Reihe von Dichtern findet Zuflucht vor der Gegenwart in einer selbstgeschaffenen Welt der Phantasie, die sich über Zeit und Raum erhebt. So wird Norbert Jacques' „Piraths Insel“* zu einer neuen Insel Felsenburg und der Held, dessen Name schon altes Abenteuerblut bekundet, zum wiederaufgelebten Robinson. Die große Kunst des Dichters, Egotisches und Märchenhaftes anschaulich zu gestalten und Phantasiebilder durch feste Verbindung mit der Wirklichkeit glaubhaft zu machen, feiert ihre höchsten Triumphe. Aus einer Ehe mit einem exzentrischen Weibe, die seine kraftvolle Gutmütigkeit mit ihrer listenspielerigen Ragennatur nicht verstanden, wandert der Fabrikant Peter Pirath durch Ceylon und Java, nach dem kurzen Liebes- traum mit einer Amerikanerin erwachen in der Notwendigkeit des Erwerbes seine Energien wieder; auf der Insel Kiliki, zu der ihn ein Schiffbruch trägt, wird er den Ur- einwohnern zum Gotte und Herrscher, er schafft hier eine neue Welt, in der ihm Europa entschwimmt, er wird selbst mit zum Urwalde unter den voraussetzungslosen Formen der Natur, mit der ihn auch sicheres Liebesglück mit frei sich gebenden Geschöpfen dieses Ur- landes verbindet. Durch Jahre wirkt er als Organisator, doch in seinem Herzen kann Europa nicht sterben und die neue Heimat nicht ganz aufgehen. Nach fünfzehn Jahren, 1928, kehrt er mit einer deutschen Forschungs- gesellschaft nach der Heimat zurück, er findet im Bruder und den Freunden nicht mehr die Alten wieder und steht vor einer Ent- wicklung Deutschlands, die über ihn hin- weg gegangen, vereinsamt, überflüssig da, er spielt die Rolle eines Kuriosums. So zieht er sich in die Nähe Wiens zurück und freut sich des nahen Todes, wo er, dem auf der Insel Erfüllung des physischen Lebens ohne Rest von Sehnsucht und Suchen geworden, nicht mehr zu diesen Menschen zurück kann, die die Natur verlassen. Reich, fast überreich strömen dem Dichter Gestalten, Bilder zu, ein nervöses Hegen und Drängen benimmt fast den Atem, faustisch ist der Drang in dem Helden, das All in seiner Person zu umfassen, Töne der Volksbücher wie der Kindermärchen klingen hindurch, symbolistische Motive werden angeschlagen, an die Fabulierkunst der Romantik, manch- mal des jungen Tieck, fühlt man sich ge- mahnt. Und Pirath selbst wird zum deut- schen Michel, der die Träume von Sehnsucht und Wirklichkeit in seinem treuerzi- gen Wesen und seiner tapferen Arbeit zu gestalten wünscht, bis ihm sein Alter Re- signation als letzte Weisheit gibt. Nicht

alles ist dichterisch durchgebildet, aber jeden- falls ist Jacques ein Erzähler ersten Ranges.

An Reckheit der Erfindung und Berve des Vortrages wird er noch weit überboten durch den Schweden Otto Rung, dessen Novellensammlung „Geheime Mächte“ eine ganze Serie von hinreißenden, phantasie- vollen Skizzen bietet. Da erhält Automobil und Lustschiff eigenmächtiges Leben und wird zur dämonischen Persönlichkeit, dort wird eine Utopie entworfen von einem grau- samen Staate drakonischer Geseze, der Dämon Weib wird durch die männliche Persönlichkeit vernichtet. Er mag das Selt- samste erzählen, wie die langsame Ver- giftung eines Paschas auf einer Nilfahrt oder die systematische Verblödung eines ein- gekerkerten Knaben, in dem die Natur die unterdrückten Sinne erwachen läßt, er mag das Zerrbild eines Schauspielers hinstellen, der einen Menschen kopiert, indem er seine bösen Instinkte zum Ausdruck bringt — wir glauben ihm, wo er versteht auch seine kühnsten Ausschreitungen von der schärfsten Beobachtung ausgehen zu lassen. Es stimmt, was der Dichter einmal von sich selbst sagte: er strebe danach, das Leben für Dr- chester zu instrumentieren. Eine verwandte, wenn auch wesentlich zahmere Begabung offenbart die Novellensammlung „Von Hei- ligen und Sündern“ von Georg von der Gabelenz**. Gerne läßt er Christentum und Heidentum sich durchkreuzen und be- fehlen, am schönsten in der ganz ausge- zeichneten Erzählung, die den Band er- öffnet: „Die Nacht des großen Pan“, wo im Gebirge der Apenninen volkstümliche Überlieferungen des Altertums mit frommen Madonnenlegenden sich wunderbar ver- quicken. Ebenso wie in seinen älteren Samm- lungen finden sich auch hier gruselig er- zählte Gespenstergeschichten, trefflich werden Originale, die zwischen Vernunft und Aber- witz stehen, geschildert, wie der Bildhauer, der seine untreue Frau und ihren Liebsten in allen möglichen Verzerrungen in die Karstfelsen meißelt. Weit weniger gelingt ihm der Ton christlicher Legenden, für die ihm der Kinderglaube fehlt.

Alexander v. Weilen.

Zur Geschichte der öffentlichen Beleuch- tung Wiens.

In Raimunds „Bauer als Millionär“ ruft der schwäbische Zauberer Ujagerle nach seinem Laternbuble, das ihm am Wege nach Hause voranleuchten soll. Zwar gibt es heute keine Feen und Zauberer mehr, aber gegenwärtig

* Weimar, G. Kiepenheuer.

** Leipzig, Staackmann.

* Berlin, S. Fischer.

eine ebenso mangelhafte Straßenbeleuchtung wie in den Zeiten, als das „Gespenst auf der Waise, ein auf die Oberwelt verbannter Geist, genötigt war, den Mond anzuzünden, um die Finsternis auf diesem Spazierwege zu beseitigen. Und der Mond spielte zu Raimunds Zeiten noch immer eine Rolle in der städtischen Beleuchtung, denn bis zum Jahre 1845 sollte in den Vorstädten eine künstliche Beleuchtung nur dann erfolgen, wenn Frau Luna sich verhüllt hatte. In der Inneren Stadt hatten es die Bewohner allerdings besser, da schon 1686 die Beleuchtung der Straßen und Gassen eingeführt worden war. Die Laternen hingen damals mitten in den Gassen an Schnüren und schienen trotz ihrer Höhe doch nicht gegen mutwillige Angriffe geschützt gewesen zu sein, da eine Verordnung jede absichtliche Beschädigung mit dem Abhacken der rechten Hand bedrohte. Die Lampen wurden von städtischen Bediensteten mit Klauenfett gefüllt, das Anzünden aber mußte, sobald das „Brennglöcklein“ dazu mahnte, von jedem Hausbesitzer veranlaßt werden. Von dieser Pflicht wurden sie erst 1777 enthoben, wogegen jährlich ein Gulden an die damals errichtete Beleuchtungsanstalt zu bezahlen war. Ein Jahrhundert später zeigte Wien bereits einen erfreulichen Fortschritt im Beleuchtungswesen; man zählte damals bereits 1654 Laternen. Diese Entwicklung verdankte Wien vornehmlich Josef v. Sonnenfels, dessen Verdienst Maria Theresia mit den Worten anerkannte: „Nachdem dieses Werk Sonnenfels so gut geführt, so sollte er selbes noch continuiert mit 2000 Gulden aus dem Illuminationsfonds remuneration und gratis den Hofraths Titel, doch also, das er seine Dienste bei regierung continuire, bis eine Gelegenheit komme, ihm weiter zu plasirn.“ So reichlich in dieser Zeit die Innere Stadt mit Licht bedacht war, so dunkel sah es in den Vorstädten aus, bis endlich Kaiser Josef 1787 anordnete, daß auch hier die Gassen und Straßen zu beleuchten seien. Seither trat keine wesentliche Änderung in der öffentlichen Beleuchtung ein, bis 1818 die erste Probe mit Gaslicht in der Wallfischgasse und in der Krugergasse stattfand, nachdem bereits Berlin unter Congreves Leitung die Beleuchtung mit Steinkohlengas eingeführt hatte. Schon 1817 hatte der Wiener Apotheker Moser, ein tüchtiger Chemiker, sich mit der Erzeugung von Leuchtgas beschäftigt und seine Erfindung im polytechnischen Institut erprobt. Nunmehr sollte im nächsten Jahre ein Versuch zum Zwecke der öffentlichen Beleuchtung stattfinden, der jedoch mißglückte, denn die

Wirkung des Gaslichtes war ungleich. Laternen, welche dem Gasometer am nächsten waren, erhielten eine überaus starke Flamme, indes die Beleuchtung in der Krugergasse jene der gewöhnlichen Lampen nicht einmal erreichte. Die Frage, ob die Gasbeleuchtung für ganz Wien ausführbar sei, wurde damals verneint. Der Bürgermeister erklärte, ein unüberwindliches Hindernis sei die unterirdische Beschaffenheit der Stadt. Der Beuchtingsinspektor setzte dieser Schwierigkeit noch das Bedenken hinzu, ob das erforderliche Quantum von Steinkohle und eine solche Gattung, die zur Erzeugung von Leuchtgas geeignet wäre, in Österreich aufgebracht werden können. Die Polizei befürchtete Feuergefahr und Verschlechterung der sanitären Verhältnisse, da sich schon durch den unternommenen Versuch ein so widriger Gestank entwickelt habe, der bis in das Kärntnertortheater und in das Palais des Erzherzogs Albert gedrungen sei. Zugleich wurde auf die Möglichkeit erhöhter Holzpreise hingewiesen, da ein großer Teil der Wiener Bevölkerung Steinkohle statt Brennholz gebrauchte, wodurch dessen Konsum vermindert wurde.

Als nun gar am 23. Oktober gegen 10 Uhr abends eine Explosion des Gasbehälters stattgefunden hatte, veranlaßte die Hofkanzlei am nächsten Tage die Einstellung weiterer Versuche. Seither waren mehr als zehn Jahre verstrichen und noch immer hoben die Bediensteten des Beleuchtungsamtes die Lichter in die Laternen. Da tauchte am Ende des dritten Jahrzehnts ein neues Projekt auf. Wieder war es ein Apotheker, der sich mit der Erzeugung von tragbarem Leuchtgas befaßte. Eine österreichische Gasgesellschaft wurde gegründet, der 1832 bewilligt wurde, Gasröhren in der Inneren Stadt zur Beleuchtung von Privat- und öffentlichen Gebäuden zu legen. Bald war die neue Beleuchtung eingeführt: in der Hofküche, in den Zeichenfälen der Akademie der bildenden Künste, im Beymüllerschen Palais auf der Wieden, im Wagnerschen Kaffeehause, in der Nationalbank und in den Bureaus der österreichischen Brandversicherungsgesellschaft. Versuchsweise wurden noch einige Plätze der Inneren Stadt mit Gas beleuchtet. Materiellen Gewinn scheint aber dieses Unternehmen nicht erzielt zu haben, denn die österreichische Gesellschaft sah sich bereits 1842 genötigt, ihre Rechte auf die inzwischen neugebildete englische Imperial-Continental-Gasassociation zu übertragen, deren Monopol erst 1898 durch die Vollendung des städtischen Gaswerkes aufgehoben wurde.

Wiener Bühnen.

Heinrich Villenfein hat versucht, das Hildebrandlied dramatisch zu gestalten und, was in dem ältesten deutschen Heldengedicht unvollendet geblieben ist, zu Ende zu dichten. Das war, zumal in unseren Tagen gigantischer Heldenkämpfe, gewiß ein dankenswertes Unternehmen, würdig, von einem hochgesinnten Dichter, der nach den treibenden Kräften seines Volkes schürft, gewagt und von einer deutschen Bühne, die sich ihrer sittlichen Aufgaben bewußt ist, unterstützt und gefördert zu werden. Dennoch fanden beide, Dichter und Bühne, nur wenig Dank bei den Verwaltern der öffentlichen Meinung, weil Heinrich Villenfeins Drama „Hildebrand“ als ein Rückschlag in die Zeit falscher Deutschstümmelei gedeutet, wohl gar auch mit den Kriegsstücken findiger Sanktionspekulanten in einem Topf geworfen wurde und weil das Burgtheater im Verdacht einer reaktionärgesinnten Leitung steht und es als eine Kulturpflicht gilt, es wieder herauszuführen zur allein selbst machenden Moderne. Es gibt eben in jedem Berufskreise Leute, die wie Don Quixotte alles bloß auf ihre irrende Ritterschaft beziehen und sich berechtigt fühlen, alles, was nicht im Bereiche ihrer Ideen und Interessen liegt, mit Spott und Hohn abzulehnen, so daß, wer anderer Meinung ist, schon fest im Ton sein muß, um nicht in die Melodie zu verfallen, die ihm die anderen vorpfeifen. Diesmal aber hat Viktor Schffel mit seinem Kneipied von Hildebrand und Hadubrand es den Spöttern von Verus und Neigung besonders leicht gemacht, einen feucht-fröhlichen Ton anzuschlagen, gegen den die reinsten künstlerische Absicht nur schwer aufzukommen vermag.

Die Verherrlichung des Waffenhandwerks, wie sie im Hildebrandlied geübt wird, mag unserem sozialen Empfinden noch so ferne liegen, eines aber berührt uns gerade heute, wo das Wohl unseres Vaterlandes wieder einmal von der Waffenehre abhängt, tiefer denn je: der tragische Widerstreit, in den beim Zusammenprall von Hildebrand und Hadubrand zwei der stärksten sittlichen Mächte des Germanentums, Blutsverwandtschaft und Heldenehre, geraten, und man fühlt sich durch ihn unwillkürlich an die Tragik des Weltkrieges erinnert, der sich, wie die Dinge liegen, zu einem Zweikampf der beiden mächtigsten Völker germanischer Abstammung zugespitzt hat. Die erste der beiden sittlichen Mächte, die natürlichere, muß der idealeren geopfert werden, weil kein anderer Ausweg offen bleibt, und wir sehen, wie diese Entscheidung sich mit Notwendigkeit voll-

zieht, wie der Vater in voller Klarheit über das Fürchterliche seines Tuns die Waffe gegen seinen einzigen Sohn zieht und wie er mit vollem Bewußtsein sein eigenes Geschlecht vernichtet. In der Sorge, mit diesem tragischen Motiv allein sein Hildebrand-Drama nicht voll auszufüllen, und in dem Streben, es menschlich zu vertiefen und zu bereichern, greift Heinrich Villenfein das Enoch-Orden-Motiv auf und legt das Schwergewicht des tragischen Konflikts in die Entscheidung von Frau Ute, die als Gattin Hildebrands und als Mutter Hadubrands zwischen den beiden Kämpfern steht. Er schwächt dadurch wohl das sittliche Urproblem des alten Liedes ab, gewinnt aber dafür eine spannende Handlung von starker Bühnenwirkung, die schnell und folgerichtig ihrem Höhepunkt zuschreitet. Gleich nach dem Vorspiel, das sachlich überflüssig sein mag, weil es das Ende vorwegnimmt, aber die tragische Stimmung auf das Glücklichsie vorbereitet, stehen wir mitten in der klar und sicher exponierten Situation: Frau Ute hat sich im festen Glauben an den Tod ihres vor zwanzig Jahren zum Kampfe ausgezogenen Gatten zum zweiten Male vermählt. Da kommt die Kunde von einem nahenden Krieger, der sich für Hildebrand ausgibt. Hadubrand eilt fort, um den Frevler zu züchtigen, der mit dem Namen seines Vaters und mit der Frauenehre seiner Mutter ein so schimpfliches Spiel treibt, und die Tollkühnheit der herausfordernden Jugend steht von dem Kampfe nur unter der einen Bedingung ab, daß Frau Ute den Fremden als ihren Gatten anerkenne. Da geschieht, was man mit heimlichem Grauen befürchtet: Frau Ute verleugnet ihren Gatten. Sie tut dies nicht so sehr aus Liebe zu dem neuen Manne, als vielmehr aus Furcht, die Achtung ihres Sohnes zu verlieren, und in einer Aussprache mit Hildebrand rechtfertigt sie ihre Handlungsweise damit, daß er selber seine Gattenrechte an sie verwirkt habe, als er vor zwanzig Jahren, nur seiner Kampflust gehorchend, Weib und Kind verließ, ohne sich der Pflicht bewußt zu werden, die er ihnen schuldete. So wird das Unabwendliche Ereignis: Frau Ute muß zusehen, wie Hadubrand ihre Lüge mit dem Tode blüht und wie der Vater, der nicht anders seine Ehre retten konnte, als indem er den Sohn erschlug, gebrochen die Unglücksstätte verläßt.

Es bleibt immer Gefühlsache, wie weit man solche Gestalten und Konflikte auf sich wirken zu lassen vermag, und das Hildebrand-Drama Villenfeins hat neben äußeren Stärken gewiß auch innere Schwächen, die zur Kritik herausfordern. Wer aber

seine Ohren nicht absichtlich verstopft, wird aus dem Werke immerhin reine Quellen der deutschen Heldensage vernehmlich rauschen hören, wird sie in einer Sprache rauschen hören, die frei ist von Schwulst und Überschwang, die wohl gelegentlich archaisiert und alttertiert, aber niemals zu ornamentalem Selbstzweck ausartet wie in Eduard Stuckens verklärtesten Dramen aus dem Sagenkreise des Königs Artus. Ist an dem Werke Villenfeins auch nicht alles Dichtung, was dafür gehalten werden möchte, so ist es zum mindesten gutes, ehrliches Theater, das unser sittliches Empfinden nirgends durch falsche Rührseligkeiten auf Abwege lockt, und es gehen von dem Stücke Stimmungswerte aus, die es hoch emporheben über den Durchschnitt unserer dramatischen Tagesproduktion. Es wurde in diesen gastspielreichen Frühlingswochen die Frage aufgeworfen: Könnte ein Wiener Theaterdirektor ernsthaft daran denken, mit seiner Truppe nach Berlin oder nach München zu gehen, um dem Publikum dort literarisch wertvolle Stücke mit der gleichen künstlerischen Vollendung vorzuspielen, wie wir sie hier durch Gäste aus Berlin und München zu sehen bekamen? Schneller und schlagender hätte diese unvorsichtige Frage nicht bejaht werden können, als durch die schlechtthin vollkommene Inszenierung, die das Hildebrand-Drama im Burgtheater erfuhr. Man nenne mir Schauspielkräfte, mit denen das Stück Villenfeins in den Hauptrollen besser besetzt werden könnte als mit Frau Bleibtreu und mit den Herren Marr und Schott, man zeige mir eine Aufführung von feinerem Stilgefühl und größerer Stimmungskraft als die des Hildebrand-Dramas oder eine vornehmere, leichter beschwingte Lustspielgrazie als im „Garten der Jugend“, wie er sich auf unserer Hofbühne darbietet, und ich lasse mich gern zu der Ansicht bekehren, daß überall anderswo besser gespielt und künstlerischer gearbeitet werde als im Burgtheater.

Es war auch unvorsichtig, jene herausfordernde Frage gerade in der Besprechung einer mit berühmten Gästen auf der Volksbühne veranstalteten „Emilia Galotti“-Aufführung aufzuwerfen, die sich die Wiener als Sensation einreden ließen, weil Wasser-

mann, Moissi und Steinrück, Frau Roland und Gräulein Pünkösdn sich für einen Abend vereinigten, um uns zu zeigen, wie die Gestalten der klassischen Dichtung zu vermenslichen seien. In Wirklichkeit hat man eine größere Zersahrenheit an einem Theaterabend in Wien kaum noch gesehen. Statt das Werk Lessings auf die einfachsten Linien seines strengen Stils zurückzuführen, spielte jeder auf eigene Faust, stattete jeder seine Rolle mit Virtuosenmätzchen aus, die das Gefüge des Schauspiels sprengten und es in Stücke zerrissen. Ida Roland zog die Gräfin Orsina in die Niederungen ihrer ungarisch-russischen Zarin und Albert Bassermann machte aus dem Marinelli einen Operettenwurstel, zu dessen Kragzügen und Tänzerschrittchen nur noch parodistische Musikbegleitung fehlte. Wollte das Burgtheater sich vermesen, mit ähnlichen Mitteln den Stil der Klassiker zu erneuern, würde es von denselben Leuten, die den „Emilia Galotti“-Abend der reichsdeutschen Gäste als nachahmenswertes Vorbild priesen, krumm und klein geschlagen werden, und das Beschämende eines solchen Abends liegt nicht in der Unmöglichkeit, den Berlinern mit einer gleichwertigen Klassikervorstellung aufzuwarten, sondern in der Möglichkeit, daß sich bei uns auch Leute von Geschmack und Erfahrung derlei Sensationen als Mustervorstellungen aufschwagen lassen. Gewiß: man soll an die Wiener Bühnen den strengsten kritischen Maßstab legen und mit seinen idealen Forderungen auch vor den Toren des Burgtheaters nicht haltmachen. Aber man soll nicht, was niedriger gehängt zu werden verdient, in den siebenten Himmel heben, und geschehe es auch nur aus dem löblichen Grunde, um unsere Bühnenbetriebe aus ihrem Schlendrian aufzurütteln und sie vor dem Herabgleiten von einmal errungenen Höhen zu bewahren. Mit untauglichen Beispielen, zu müßigen Vergleichen herangezogen, ist aber zur Hebung und Förderung unserer dramatischen Kunstübung nichts getan und was bei der Starwirtschaft mit berühmten Gästen herauskommt, hat uns gerade die vielbewunderte „Emilia Galotti“-Vorstellung auf der Volksbühne mit abschreckender Deutlichkeit gezeigt.

Da fahren wir noch immer besser, wenn wir auf unsere bescheidenere Weise den Dichtern dienen, und was stille künstlerische Arbeit mit wohlthuendem Verzicht auf sensationellen Zuschnitt auch schwächeren Bühnenarbeiten zu geben vermag, haben erst jüngst das Deutsche Volkstheater mit der Erstaufführung des Dramas „Die Hochzeit Adrian Brouwers“ von Eduard Stucken und die Neue Wiener Bühne mit der Uraufführung des Schauspiels „Die Mutter“ von Emil Lucka bewiesen. Das Lebensbild, einst die Lieblingsdomäne des Volksstückes, scheint nun in das höhere Drama emporzürücken zu wollen. Vor kurzem sah man Grabbes Erdenwallen auf lose Bühnenbilder abgezogen und in dem Stücke Stuckens geschieht ein gleiches mit dem wüsten Zigeunerleben eines niederländischen Künstlers. Wie wohl Stucken aus der kunstgewerblichen Freude an einer wort- und bilderreichen Verssprache zur schlichten kräftigen Prosa und aus den mystischen Nebeln der altfranzösischen Artussage zum Leben, wo es ein geistiges und seelisches Ringen mit irdischen Mächten ist, zurückgefunden hat, so ist's doch nur Theater aus zweiter Hand. Hamlet und Narziß sind ihm Vorbilder für die Gestaltung seines Helden, und wenn dieser mehr an Brachvogel als an Shakespeare erinnert, so ist die Ursache davon vielleicht weniger in der Sucht nach starken Bühneneffekten zu suchen, als vielmehr in der Gewohnheit, die Welt und ihre wunderlichen Menschen stets durch die literarische Brille zu betrachten. Nichts schwerer aber, als auf der Bühne ein verhummeltes Genie glaubhaft zu machen, das sich unausgesetzt auf der Grenzlinie des Wahnsinns bewegt, und bei Adrian Brouwer, wie ihn Stucken darstellt, weiß man nie, wie es ihm wirklich ums Herz ist und was ihn eigentlich antreibt, sich in jeder Lebenslage vor der Umwelt als Possenreißer gemein zu machen. Wie heiß Stucken bemüht ist, die farbenprächtige Lebensfülle der Rubenszeit in den sieben Bildern seines Dramas einzufangen, so will sich die Wärme, die ihn beim Schaffen erfüllt haben mochte, doch nicht dem Zuschauer mitteilen, weil seine Gestalten wohl Geist, aber keine Seele ha-

ben. Diese aus eigener Belebungskraft dem Helden einzuhauchen, wäre vielleicht einzig Mitterwurzer gegeben gewesen. Herr Uslan konnte nur ahnen lassen, was der Dichter Großes gewollt. Spielleiter Friedrich Rosenthal hat mit den vorhandenen Darstellungskräften eine sorgsam abgetönte Aufführung zustande gebracht und auf der erweiterten Portalbühne mit den sparsamsten Mitteln stimmungsvolle Bilder gestellt, die wie vom Rembrandtschen Hellbunkel umglänzt waren.

Womöglich noch blässer und lebensfremder ist das Schauspiel „Die Mutter“ von Emil Lucka geraten. Des Wiener Dichters Vorliebe für legendäre Stoffe und für antike Größe fühlt man auch aus seinem dramatischen Erstling heraus, der von der Selbstaufopferung einer Frau handelt, deren Gefühle für den Gatten sich in mütterliche umwandeln. Zweimal bringt sie sich ihm zum Opfer dar. Das erste Mal, als der Mann an einer Blutkrankheit dahinsiecht, rettet sie ihn vor dem Tode, indem sie ihr frisches, gesundes Blut zur Transfusion hergibt und sich dadurch selber dem Siechtum ausliefert, und als der körperlich genesene Mann seine Liebe von der siechen Frau ihrer jüngeren Schwester zuwendet, weil er es nicht ertragen kann, an der Seite eines Engels zu leben, sondern für sein Lebenswerk eine Mitarbeiterin braucht, die keine Heilige ist, entschließt sich die unglückliche Frau zu dem noch größeren, schier über weiblichen Opfer, den Gatten mit ihrer jüngeren Schwester zu verbinden und für den Rest ihrer Tage ihn nur als Mutter zu betreten. Man sieht, es ist alles mehr erlesen als erlebt, alles mehr ersonnen als empfunden. Zweimal wird das Beispiel der sich dem Gatten aufopfernden Alkestis zitiert, um eine Brücke zu schlagen aus dem Reich der legendären Vergangenheit zur Tatsachenwelt der Gegenwart, in der die Wissenschaft romantisch wird und der Geist Jßens bei hellichtem Tag gespenstert. Der liebevollen Darstellung der Neuen Wiener Bühne gelang es immerhin, das Werk zu einem Achtungserfolg zu führen.

Theodor Antr opp.

□	Redaktion und Administration: Wien I., Bräunerstraße 4/6. Telephon 10.817.	□
□	Sprechstunde: Täglich von 12 bis 1 Uhr mittags.	□
□	Für Manuskripte belletristischen Inhaltes wird vorherige Anfrage erbeten.	□
□	Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgesendet.	□
□	Verlag: Wien und Leipzig: Buchdruckerei und Verlagshandlung Carl Fromme, Gesellschaft m. b. S.	□



Luxus- und Lastautomobile Elektromobile

Oesterreichische Daimler-Motoren- Aktiengesellschaft

Fabrik: Wiener-Neustadt
Kommerzielle Direktion:
Wien I., Kärntnerring 17

Kundmachung.

In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der gefertigten Anstalt wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Über Antrag des Revisionsausschusses wird der Rechnungsabsehluß pro 1917 genehmigt und dem Verwaltungsrate das Absolutorium erteilt.

2. In den außerordentlichen Reservefonds wird ein Betrag von K 4.000.000— hinterlegt und dem Pensionsfonds ein Betrag von K 2.000.000— zugewiesen.

3. Die Dividende für das Jahr 1917 wird mit K 39.— per Aktie festgesetzt. Die Auszahlung derselben erfolgt vom 17. Mai d. J. ab gegen Einziehung des Aktien-Coupons Nr. 12.)*

Die vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat:

Zu Verwaltungsräten wurden gewählt die Herren:

Dr. Siegmund Brosche, Exzellenz Anton Graf Cziráky, Adolf Engländer, Dr. Philipp Ritter von Gomperz, Dr. Karl Graf Khuen-Belasi, Exzellenz Dr. Arthur Krupp, Baron Adolf von Ullmann.

In den Revisionsausschuß wurden gewählt die Herren:

Adolf Wiesenburg Edler von Hochsee, Richard Polak, Wilhelm Ritter von Doderer

und als Ersatzmänner die Herren:

Dr. Rudolf Spiro, Friedrich Elsinger.

Wien, den 16. Mai 1918.

**K. K. priv. Oesterreichische Credit-Anstalt
für Handel und Gewerbe.**

*) Die Coupons, auf deren Rückseite der Name des Einreichers ersichtlich zu machen ist, sind bei der Liquidatur der Anstalt, I., Am Hof Nr. 6, vormittags von 9 bis 12 Uhr mit Begleitscheinen einzureichen, wozu Blankette in der Anstalt unentgeltlich verabfolgt werden. **Druck** Nachdruck wird nicht honoriert.

UNGARISCHE HYPOTHEKEN-BANK.

KUNDMACHUNG.

1. Die am 18. Mai 1918 abgehaltene außerordentliche Generalversammlung hat beschlossen, den Nominalwert der derzeit in Umlauf befindlichen 200.000 Stück auf je 100 Goldgilden ö. W. = 250 Francs = 202½, deutsche Reichsmark lautenden Aktien durch Umrechnung auf Kronenwährung und Aufrundung aus dem Reservefonds mit 240 Kronen per Aktie festzustellen. Zum Zwecke der Ersichtlichmachung dieses 240 Kronen betragenden Aktiennominales durch Überstempelung der alten Aktien sind diese bei der Hauptkasse der Bank in Budapest während der ordentlichen Amtsstunden einzureichen.

2. Dieselbe Generalversammlung hat beschlossen, das Aktienkapital der Bank durch Emission von 75.000 Stück auf je 240 Kronen lautenden neuen Aktien um 18 Millionen Kronen auf 66 Millionen Kronen zu erhöhen, und zwar in der Weise, daß die neuen Aktien vom 1. Januar 1918 angefangen am Geschäftsergebnis teilnehmen. Auf Grund des Beschlusses der erwähnten Generalversammlung bieten wir den derzeitigen Aktionären der Bank von den zu emittierenden Aktien 40.000 Stück unter den folgenden Bedingungen zur Übernahme an:

a) auf Grund von je fünf Stück alten Aktien kann eine neue Aktie übernommen werden. Aktienbruchteile werden nicht ausgegeben;

b) der Übernahmskurs wird mit 480 Kronen festgesetzt, wovon 240 Kronen zugunsten des Aktienkapitalkontos, 240 Kronen jedoch nach Abzug der Kosten zugunsten des Reservefonds verbucht werden. Außer dem oben erwähnten Übernahmskurs sind vom 1. Januar 1918 bis zum jeweiligen Einzahlungstage vom Betrage des Übernahmskurses gerechnet 5% laufende Zinsen p. a., ferner per Stück 3 Kronen für Aktienstempelgebühr gleichzeitig einzuzahlen;

c) das Bezugsrecht kann vom 21. Mai 1918 bis inklusive 1. Juni 1918 an Wochentagen während der ordentlichen Amtsstunden in Budapest bei der Kasse der Bank, in Wien bei der Union-Bank, in der Schweiz bei dem Schweizerischen Bankverein und bei der Schweizerischen Kreditanstalt ausgeübt werden. Mit dem 1. Juni 1918 erlischt das Bezugsrecht.

Wer sein Bezugsrecht ausüben wünscht, ist verpflichtet, die alten Aktien bei der Kasse der betreffenden Bank in Begleitung der dort zur Verfügung stehenden Konsignation ohne Couponbogen einzureichen und gleichzeitig die im Punkt b) festgesetzten Einzahlungen zu leisten;

d) die in Budapest eingereichten alten Aktien stempelt die Kasse sofort ab und gibt dieselben zurück; gleichzeitig folgt sie über die neuen Aktien Interimsbestätigungen aus. Die an den anderen Stellen eingereichten Aktien können gleichzeitig mit den Interimsbestätigungen in einem späteren Zeitpunkte an den Einreichungsstellen kostenlos übernommen werden;

e) die Interimsbestätigungen werden vom 15. Dezember an gegen definitive Aktien umgetauscht werden.

Budapest, am 18. Mai 1918.

Die Direktion.

8. Österreichische Kriegsanleihe.

Steuerfreie $5\frac{1}{2}\%$ Staatsanleihe zu K 92·50

Steuerfreie $5\frac{1}{2}\%$ Staatschahscheine . . . zu K 96.—

Der Zeichner erhält eine Bonifikation von $\frac{1}{2}\%$ und bei der amortisablen Staatsanleihe außerdem eine einmonatige Zinsbonifikation.

Die Staatsanleihe wird in den Jahren 1924—1958 durch Auslosung getilgt.

Die Staatschahscheine können vom Inhaber vom 1. September 1923 an am Tage jeder Kuponfälligkeit auf sechs Monate zur Rückzahlung gekündigt werden.

Begünstigungen der Österr.-ung. Bank und der Kriegsdarlehenskasse bei Belehnungen zu Zeichnungszwecken.

Annahme dieser Kriegsanleihe bei Bezahlung der Kriegsgewinnsteuer.

Begünstigung der Zeichner beim Verkauf der Demobilisierungsgüter.

Zeichnungen und Auskünfte beim Postsparkassen-Amt und den Postämtern, bei den Steuerämtern, Staatskassen, bei der Österr.-ung. Bank und ihren Filialen, bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen, Versicherungsanstalten, Kreditgenossenschaften und deren Verbänden.

Zeichnungen vom 28. Mai bis 2. Juli 1918.